Der Dschihad kommt nach Europa S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 29 – 18. Juli 2015

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Kann die AfD auch ohne Bernd Lucke?
Der 13. März könnte zum Schicksalstag werden 2

Deutschland

Kollektiver Realitätsverlust
Ungeachtet der Euro-Krise steigt die Zustimmung zu Merkel und Schäuble 3

Hintergrund

US-Einfluss in Europa
Warum Frankreich in der Griechenlandfrage umkippte 4

Preußen / Berlin

Halbherzige Wende
Berlins Senat will mehr Geld ausgeben – Polizisten sagen: »Zu wenig!« 5

Ausland

Der Dschihad kommt nach Europa
Das Vorbild ist der IS 6

Kultur

Weltkunst und Eichenlaub
60 Jahre documenta – Kassel feiert 9

Geschichte

Mittlerin zwischen Kaiser und Papst
Mathilde von Canossa 10





Verordnete Gleichheit: Die Saat einer historischen Fehlentscheidung ging in Hellas zuerst auf

Bild: Ullstein

Bis alles zusammenbricht

Planwirtschaftliches Denken treibt die verheerende Griechland-Politik

Warum hält die Politik so verbissen an ihrer gescheiterten Griechenland-Politik fest? Die Antwort birgt ein historisches Menetekel.

In der Fachwelt herrscht weitgehend Kopfschütteln über die neueste Volte im endlosen Griechenland-Drama. Der Politk ist das Scheitern ihrer heillosen fünfjährigen „Rettungsmaßnahmen“ krachend um die Ohren geflogen. Doch was tun die Verantwortlichen? Sie marschieren stur weiter auf dem Weg ins Verderben, ja, machen sogar noch einen beherzten Sprung nach vorn in Richtung Abgrund.

Fassungslos fragen sich Steuerzahler, die einst für all die vergeuteten Milliarden werden aufkommen müssen: Sind die Politiker denn taub für den Rat der seriösen, fachkundigen Experten? Meinen sie gar, es besser zu wissen? Wenn dem nicht so ist, warum hören sie nicht auf die Warnungen, die seit fünf Jahren nicht verstummen?

Die Antwort kam diesmal aus Frankreich. Dort jubeln die regierenden Sozialisten, die neuerliche Einigung mit Athen sei ein Beweis für den „Primat der Politik“, sprich für den Vorrang des politischen Willens vor den Gesetzen der Wirtschaft.

> Wie ein Landwirt, der die Naturgesetze besiegen will

Wer in jenem Teil Deutschlands aufgewachsen ist, der dem anderen eine historische Erfahrung voraus hat, den packen angesichts einer solchen Sichtweise ungute Erinnerungen. Und tatsächlich: Es ist die Denkart sozialistischer Planwirtschaftler, die hinter der Genugtuung in Paris hervorlugt – der historische Fehlschluss, dass politischer Wille die Gesetze des Marktes und die tiefsitzenden Mentalitäten der Menschen ignorieren, ja brechen und neuausrichten kann. Wer so vorgeht, der handelt wie ein Landwirt, der meint, die Naturgesetze überwinden zu können. Er wird scheitern.

Dieser planwirtschaftliche Fehlschluss stand schon an der Wiege des Euro selbst. Die Gleichheit der Europäer sollte per Währungsunion von oben erzwungen werden. Stattdessen wurden die Unterschiede nur sichtbarer und sogar größer, und die bis in die 90er Jahren mühsam errungene Eintracht der Völker weicht Misstrauen, ja Hass.

Vor diesem Hintergrund wird auch erklärbar, warum so verbissen an der griechischen Euro-Mitgliedschaft festgehalten wird, um den Preis von Milliardenlasten für die Steuerzahler und der Zerstörung der griechischen Volkswirtschaft, was Elend und Armut für Millionen Griechen bedeutet.

In einer Marktwirtschaft zählen geordneter Bankrott und Neuanfang zum natürlichen Prozess der Erneuerung und werden folglich zugelassen. In einer Planwirtschaft dagegen wird das Ausscheiden jedes einzelnen Teilbereichs als Niederlage für das Ganze betrachtet und daher mit allen Mitteln verhindert.

So schleppten die DDR-Oberen jeden noch so unrentablen VEB durch, was den rentablen Betrieben entsprechende Lasten aufzwang. Wir wissen seit 1989, wie so etwas ausgeht: Am Ende bricht das gesamte System zusammen.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Gutes Geschäft

Wenn es um die Pflege des deutschen Schuld-Kults geht, ist dafür jede Epoche recht, mag sie auch noch so lange zurückliegen. Jüngstes Beispiel ist eine Bundestagsdrucksache, in der die Bundesregierung die Auffassung vertritt, „dass die politischen und militärischen Entscheidungsträger, die für die Gewaltexzesse während der Kolonialherrschaft des Deutschen Reiches über Südwestafrika verantwortlich waren, eine schwere Schuld auf sich geladen haben“. Weiter bekennt sich die Regierung „zur besonderen Verantwortung“ der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der heutigen Republik Namibia „und all ihren Bürgerinnen und Bürgern, einschließlich der Gemeinschaften der Herero, Nama, Damara und San, die unter der Kolonialherrschaft des Deutschen Reiches über Südwestafrika in den Jahren 1884 bis 1915 besonders zu leiden hatten“.

Eine besondere Verantwortung der heute lebenden Deutschen für Ereignisse, die weit über 100 Jahre zurückliegen? Die wird uns in einem „Dialogprozess“ mit der namibischen Regierung schon deutlich gemacht werden. Der umfasst nämlich „auch die Suche nach einer gemeinsamen Haltung und einer gemeinsamen Sprache in Bezug auf den grausamen Kolonialkrieg der Jahre 1904 bis 1908“. Was dabei herauskommt, ist absehbar: Schon bald wird auch die deutsche Politik offiziell von Völkermord sprechen. Und weil Völkermord gewissermaßen nie verjährt, werden wir alle zur Strafe zahlen müssen – zusätzlich zu den jährlich über 150 Millionen Euro, die schon jetzt als Entwicklungshilfe nach Namibia fließen, versteht sich. Deutsche historische Verantwortung ist für die anderen eben immer ein gutes Geschäft.

Spaltung statt Einigkeit

Europäische Organisationen schließen Russland vermehrt aus

Anlässlich der 75-Jahrfeier der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) waren am ersten Juli-Wochenende in Helsinki Regierungchefs von Ost und West zusammengekommen, um das Ereignis feierlich zu begehen. Doch das Treffen stand in diesem Jahr unter keinem guten Stern. Es wurde überschattet von dem schwierigen Dialog zwischen Ost und West und dem „Verlust an Vertrauen“, wie der letztjährige Vorsitzende der OSZE, Didier Burkhalter, in seiner Rede betonte. Beinahe hätte das Treffen ohne Vertreter aus Russland stattgefunden. Kurz vor dem Jubiläum war es zu einem Eklat gekommen, weil Duma-Sprecher Sergej Naryschkin kein Schengen-Visum erteilt worden war. Fünf weiteren russischen Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung der OSZE hatte Finnland ebenfalls die

> Finnland beruft sich auf EU-Sanktionen

Einreise verweigert. Daraufhin drohte Moskau mit einem Boykott der Versammlung. Darüberhinaus drohten Politiker in der Duma mit Sanktionen gegen die finnische Forstindustrie.

Helsinki berief sich auf die von der EU erstellte Sanktionsliste. Der Finne Ilkka Kanerva, Präsident der Parlamentarischen Versammlung, forderte von der EU eine klarere Definition der Sanktionen, da Außenpolitik seiner Meinung nach nicht von juristischen Disputen blockiert werden dürfe. Am Ende war statt der geplanen 15 Teilnehmer nur einer aus Russland angereist.

Da der Westen wegen der Ukraine-Krise Russland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats das Stimmrecht entzogen hat, glaubt Moskau, man wolle ihm nun auch die Tür zur OSZE zuschlagen. Dafür spricht, dass die Mehrheit der Mitglieder Russland einen „einseitigen und ungerechtfertigen Angriff auf die ukrainische Souveränität“ vorwerfen. *MRK*

Finanzsystem »robust«

Expertenausschuss sieht aber Risiken für Stabilität in Deutschland

Nach Überzeugung des Ausschusses für Finanzstabilität beim Bundesfinanzministerium ist das deutsche Finanzsystem „hinreichend robust“, um auch in möglichen Stresssituationen seine zentralen gesamtwirtschaftlichen Funktionen zu erfüllen. Das sei das Ergebnis von Analysen und Stresstests im Zeitraum April 2014 bis März 2015. Allerdings warnt der Ausschuss in dem dem Bundestag als Unterrichtung vorgelegten Bericht auch, dass die Risiken für die Finanzstabilität aus dem gesamtwirtschaftlichen und internationalen Umfeld zugenommen hätten. Vor allem die anhaltend niedrigen Zinsen könnten Ausgangspunkt vielfältiger Fehlentwicklungen werden. Besonders betroffen von der Niedrigzinsphase seien Bausparkassen und Lebensversicherungen. Die Lebensversicherer seien gefordert, „insbesondere ihre Eigenmit-

> Gefahr vor allem durch niedrige Zinsen

telpolster zu stärken, um ihre Risikotragfähigkeit zu erhöhen“.

Positiv bewertet der Ausschuss die Schaffung der europäischen Bankenaufsicht und die Bemühungen um die Bankenunion. Mittel- und langfristig müssten die Privilegien für Staatsschuldentitel im Banken- und Versicherungsbereich abgebaut werden. Eine erneute Verschärfung der Schuldenkrise sei nicht ausgeschlossen, warnte der Ausschuss, der jedoch zugleich feststellte, „dass sich die direkten Risiken für deutsche Banken aus einer erneuten Verschärfung der Schuldenkrise verringert haben“.

Die Banken hätten ihre Forderungen gegenüber Schuldnern in den von der Krise besonders betroffenen Staaten weiter zurückgeführt. Die Forderungen seien von Dezember 2013 bis Dezember 2014 von insgesamt 221 auf 204 Milliarden Euro reduziert worden. Gegenüber dem griechischen Staat hätten keine nennenswerten Forderungen der deutschen Kreditwirtschaft mehr bestanden. *U.M.*

MELDUNGEN

Überfall auf fast jedes Land

London – Nimm dich in acht, Luxemburg.“ So leitet die britische Wochenzeitung „The Telegraph“ einen Beitrag über militärische Interventionen Großbritanniens im Verlauf der Geschichte ein. Unter Berufung auf den britischen Historiker Stuart Laycock heißt es dort, lediglich 22 der rund 200 heute existierenden Staaten seien noch nie Opfer eines militärischen Überfalls (invasion) durch Großbritannien geworden. Dabei hat sich Laycock an den heutigen Staatsgrenzen orientiert. Als erste Intervention nennt er den Einfall nach Gaul, das heute Teil Frankreichs ist, Ende des zweiten Jahrhunderts. Unter den bisher verschont gebliebenen Staaten sind unter anderem Monaco, Usbekistan, der Vatikan und eben Luxemburg. Laycock schließt allerdings nicht aus, dass es mehr als die von ihm nachgewiesenen Interventionen gegeben hat. *J.H.*

Pfarrer darf wieder predigen

Rom – Der Vatikan hat das gegen den Pfarrer Paul Spätling verhängte Predigtverbot aufgehoben. Im Januar hatte der Bischof von Münster, Felix Genn, dem Emmericher Geistlichen die Predigtvollmacht entzogen, nachdem dieser bei einer Pegida-Veranstaltung in Duisburg eine islamkritische Rede gehalten hatte. Nun gab die römische Kleruskongregation Spätlings Beschwerde recht, da die Maßnahme unverhältnismäßig sei. Die Tatsache, dass Spätling „im Zuge einer Demonstration eine Ansprache gehalten hat“, reiche nicht aus, um den vollständigen Entzug der Predigtvollmacht zu begründen. Dazu müsse nachgewiesen sein, dass „der Kleriker nicht zum Predigen befähigt wäre oder dass er die zur Lehr- und zum Predigtdienst gegebenen Vorgaben seines Bischofs nicht eingehalten hätte“. Das von Bischof Genn ausgesprochene Verbot, „öffentlich im Namen der Kirche innerhalb und außerhalb von Kirchen zu sprechen, wurde hingegen vom Vatikan bestätigt. *J.H.*

Kritik an Kiews Geschichtspolitik

Berlin – Die Bundesregierung kritisiert die Geschichtspolitik in der Ukraine (siehe *PAZ* 27/2015). Wie sie in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion schreibt, sieht sie in dem vom ukrainischen Parlament beschlossenen Gesetzespaket zum Verbot der Verwendung kommunistischer Symbole „keinen Beitrag zur Überwindung der Gegensätze“ in der ukrainischen Gesellschaft. Denn verschiedene Teile der Gesellschaft würden entgegengesetzte Interpretationen der in dem Gesetzespaket angesprochenen zentralen Ereignisse der ukrainischen Geschichte des 20. Jahrhunderts vertreten. Problematisch sei etwa die im Gesetz formulierte „Anerkennung der Mitglieder der Ukrainischen Aufständischen Armee als Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine“, da dies den „komplexen historischen Ereignissen“ während des Zweiten Weltkrieges nicht gerecht werde. Aus dem Verbot der Bezeichnung „Kommunistische Partei“ und dem „Verbot der Leugnung des kriminellen Charakters des sowjetischen Regimes“ könnten sich nach Einschätzung der Bundesregierung Einschränkungen für die Tätigkeit von Organisationen und Parteien in der Ukraine ergeben. *U.M.*

Kann die AfD auch ohne Lucke?

Der Wahlsonntag 13. März 2016 könnte zum Schicksalstag der Partei werden

Am Ende sollte er sogar noch ausgeschlossen werden. Doch so weit wollte es Bernd Lucke dann doch nicht mehr kommen lassen. Während die frisch gewählte Vorsitzende Frauke Petry ihren neuen Vorstand zu seiner konstituierenden Sitzung in Berlin versammelte, ging das Austrittschreiben des Parteigründers aus der Alternative für Deutschland in der Geschäftsstelle ein. Ob er nun eine neue Partei gründen wird, ist noch fraglich.

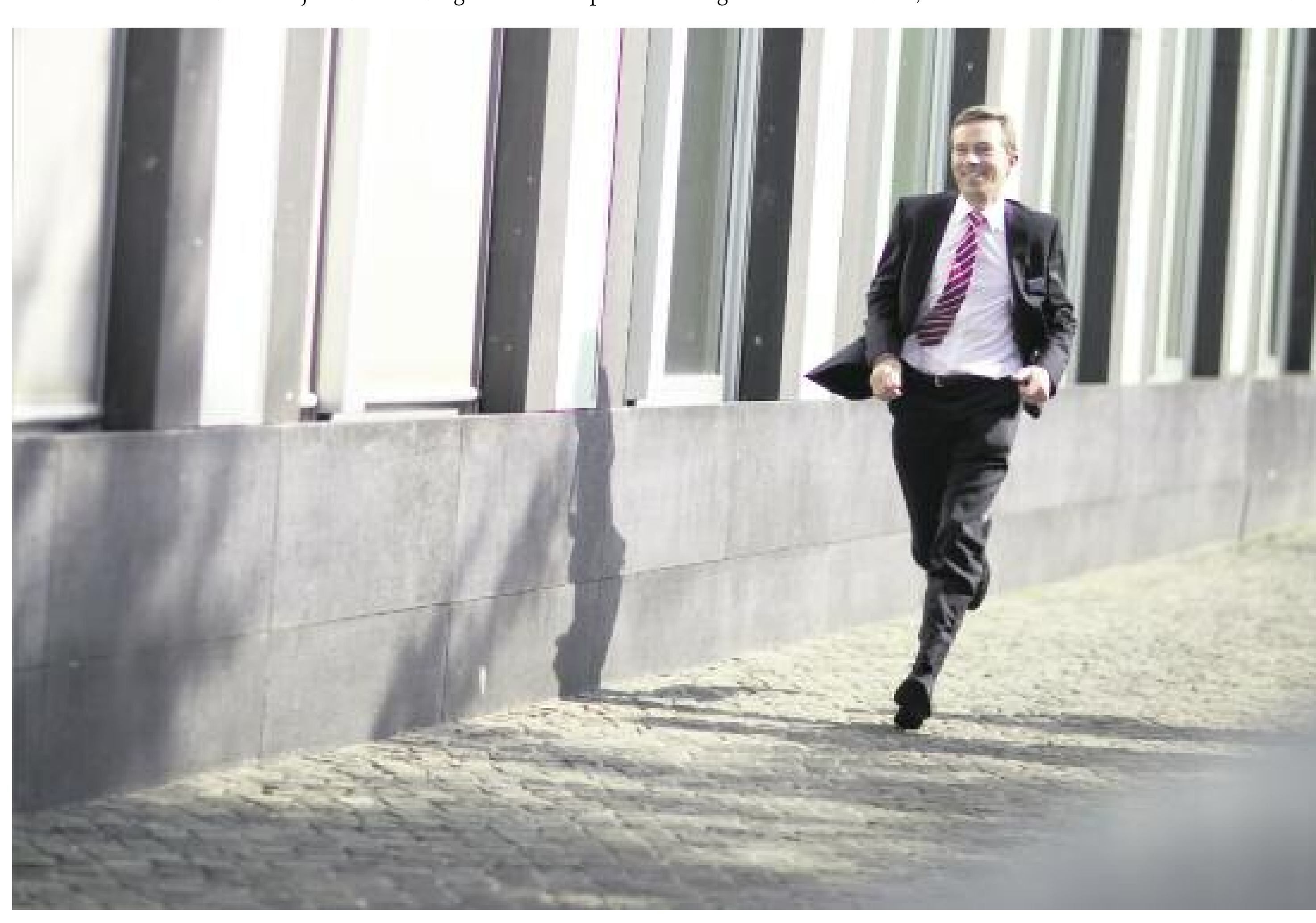
„Damit ist das Thema Lucke beendet“, erklärte der niedersächsische Landesvorsitzende Armin-Paul Hampel, der ein Ausschlussverfahren gegen Lucke angekündigt hatte, sofern dieser die Partei nicht freiwillig verlassen würde. Zwei Jahre nach der Gründung und mehreren Wahlerfolgen hat sich die AfD gespalten. Bis zum vergangenen Wochenende haben rund 2700 der bisher 21000 Mitglieder ihr Parteibuch zurückgegeben. Frauke Petry rechnet mit 4000 Austritten, Luckes Anhänger, die sich mittlerweile in einer Formation namens „Neustart2015“ sammeln, gehen sogar von 6000 Abtrünnigen aus. Während Marcus Pretzell, Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen, davon spricht, „dass Karrieristen und Opportunisten gehen, auf die wir verzichten können“, hält der ehemalige Partei-Vize Hans-Olaf Henkel die Partei für nicht mehr wählbar: „Es treten die Anständigen aus, die klugen Köpfe. Zurück bleibt ein Vakuum, dass die Partei nicht mehr wird auffüllen können.“

Neben fünf Europaabgeordneten und drei Mandatsträgern in der Bremischen Bürgerschaft hat die Partei nach ersten Schätzungen mindestens 100 kommunale Mandate in westdeutschen Parlamenten verloren. Vor allem im Süden und Südwesten ist der Exodus enorm. In zahlreichen Großstädten wie Augsburg, Ludwigshafen oder Saarbrücken traten die Fraktionen teilweise geschlossen aus der Partei aus. Besonders krisengeschüttelt ist der rheinland-pfälzische Verband, dem am Ende wohl die Hälfte aller kommunalen Abgeordneten abhandenkommen könnte. Ausgerechnet dort, wo im kommenden Frühjahr der Landtag neu gewählt wird. Der 13. März 2016 könnte so zu einem Schicksalstag für die AfD werden. Denn auch in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt stehen an jenem Sonntag Landtagswahlen an. „Es könnte eine Delle geben, die Zustimmung auch bei Wahlen könnte kurzfristig zurückgehen“, sagte der stellvertretende Parteivorsitzende Alexander Gauland. Diese Einschätzung dürfte vor allem auf die beiden Südwest-Staaten zutreffen. Im „Ländle“ soll der neu gewählte Co-Sprecher der

> »Ob wir neu gründen werden, ist noch nicht sicher«

Bundespartei, Jörg Meuthen, die Partei als Spitzenkandidat in den Wahlkampf führen. Er gilt als einer der letzten profilierten Vertreter des liberalen Flügels. Allerdings müsste ihm ein Spagat gelingen, um den in Baden-Württemberg sehr starken rechten Parteiflügel bei Laune zu halten. Die Austrittswelle ist bis auf wenige Ausnahmen ein rein westdeutsches Phänomen. Die Ostverbände standen bereits vor dem Essener Parteitag hinter Frauke Petry. So dürfte die AfD in Sachsen-Anhalt wohl auch die besten Chancen haben. Allerdings ist die dortige Landesgruppe strukturell relativ schwach. Zudem gilt Landeschef Andre Poggenburg selbst im Petry-Lager als „zu rechts“. Während die neue Parteivorsitzende noch vor Wochen erklärte, dieser werde in der Partei künftig „keine große Rolle“ spielen, wurde Poggenburg in Essen in den neuen Bundesvorstand gewählt. „Wer sich mit Rechten ins Bett legt, muss sich nicht wundern, wenn er neben ihnen aufwacht“, erklärte daraufhin Ulrike Trebesius. Die Europaabgeordnete und Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein erklärte ebenfalls ihren Austritt. Sie zählte ebenso wie ihr Generalsekretär Jürgen Joost zu den Gründungsvorsitzenden des Vereins „Weckruf2015“, der zuletzt versuchte, seine Mitglieder in der AfD zu halten. „Wir wollten eigentlich den Programmparteitag im November abwarten. Aber Essen hat gezeigt, woher der Wind weht. Rassistische und ausländerfeindliche Reden wurden bejubelt, das war erschreckend“, sagte Joost. Die teils tumultartigen Szenen haben auch Funktionäre verschreckt, die bisher eine eher vermittelnde Haltung eingenommen haben. Zu ihnen zählt der bayerische Landesvorsitzende André Wächter, der nun ebenfalls überlegt, die Partei zu verlassen. „Es geht mir nicht um die Frage Petry oder Lucke. Aber die Art und Weise, wie Bernd Lucke ausgepfiffen und beschimpft wurde, hat mich sehr gestört. Das hatte nichts mehr mit Anstand zu tun, sondern hat mich eher an die Fankurve in einem Fußballstadion erinnert.“ Ebenfalls noch unentschlossen ist der Hamburger Fraktionsvorsitzende Jörn Kruse. Den Landesvorsitz gab er inzwischen ab, an der Fraktionsspitze will er bleiben. „Solange die Fraktion steht, bleibe ich in der Partei“, sagte Kruse, dessen achtköpfige Gruppe allerdings gespalten ist. Insider sagen, dass sich die acht Bürgerschaftsabgeordneten in zwei gleichstarke Gruppen aufteilen. Offenkundig hat man sich derzeit auf einen Waffenstillstand geeinigt.

Ebenfalls noch unklar ist, was Bernd Lucke vorhat. „Ob wir neu gründen werden, ist noch nicht sicher“, sagte er am Wochenende. Die beiden Landtagswahlen im Südwesten dürften für eine neue Formation ohnehin zu früh kommen, im Osten gibt es derzeit kaum Mitstreiter. „Aber zwischen einer immer linker werdenden CDU und einer rechtsradikalen AfD ist jede Menge Platz im Parteienspektrum“, sagte sein ehemaliger Stellvertreter Hans-Olaf Henkel. *Peter Entinger*



Der AfD ist er weggelaufen – wo läuft er hin? Bernd Lucke Bild: action press

Schönstes Gesicht der Staatsverdrossenheit

Wer ist die Frau an der AfD-Spitze? Frauke Petrys Leben pendelt zwischen Verdienstkreuz und Talkshow-Schreck

Voll des Lobes war man im Bundespräsidialamt. Man bescheinigte Dr. Frauke Petry aus Tautenhain, Jahrgang 1975, Courage und Tatkraft. Man schwärmte von ihrem Unternehmen PURinvent. Mit einem selbstentwickelten Kunststoff zur Reifenherstellung war es 2007 auf dem Markt gegangen. Besonders umweltfreundlich sei dieses Material und sogar für die Bereifung von Rollstühlen und Kinderwagen geeignet.

Dass sich Frauke Petry daneben auch noch ehrenamtlich engagiere und aktiv in die Kirchengemeinde ihres Ehemannes, eines Pfarrers, einbringe, war den Laudatoren ebenso eine Erwähnung wert wie die Tatsache, dass diese bemerkenswerte Frau schon viele andere Preise, etwa den sächsischen Gründerinnenpreis, erhalten hat. Bundespräsident Joachim Gauck setzte bei so viel Lob noch einen drauf. Er verlieh der Sächsin am 4. Oktober 2012 die Verdienstmedaille, im Volksmund meist Bundesverdienstkreuz genannt.

Die Feierstunde auf Schloss Bellevue ist jetzt drei Jahre her. Dazwischen liegen der zeitweilige Niedergang ihrer Firma inklusive Privatinsolvenz und eine rasante Politkarriere. Als Hoffnungsträgerin der Konservativen, als „schönstes“ – Gesicht der grassierenden Staats- und Parteienskepsis wird sie von vielen gesehen. Von manchen auch als deutsche Jean-Marie Le Pen. Die „Zeit“ fragte besorgt: „Wie gefährlich ist diese Frau?“



Die neue AfD-Chefin am Mikro: Keine kann so gut Kontrahenten mit den eigenen Argumenten aufspießen Bild: pa

In den abendlichen Talkshows setzen Claudia Roth, Yasmin Fahimi und Co. eine Miene auf, die irgendwo zwischen Faszination und Entsetzen liegt, wenn Frauke Petry neben ihnen Platz nimmt. Sie wissen, was sie erwartet. Die folgende Sendezeit werden sie als Stichwortgeber und plump agierende Nebendarsteller verbringen müssen. Keine kann so abschätzig lächeln wie Frauke Petry, so spitz „Wie bitte!“ in den Raum stellen oder so souverän die Kontrahenten mit ihren eigenen Argumenten aufspießen.

Ja, zumindest für ihre Gegner ist die vierfache Mutter eine ziemliche Gefahr. Auch Bernd Lucke hat es erfahren. Nach monatelangem Kampf setzte sich Frauke Petry gegen ihren wirtschaftsliberalen Widersacher durch. Nun ist sie alleinige Vorsitzende der Alternative für Deutschland. Einst hatte sie mit Lucke, so der AfD-Gründungsmythos, per Telefon die ersten Leitlinien der neuen Partei entworfen. Lucke saß bei sich in der Küche, Petry hockte zu Hause auf dem Kinderstuhl.

Nach eigenem Bekunden hatte sie eigentlich nie vor, in der Politik zu landen. Kurzfristig liebäugelte sie damit, in die CDU einzutreten, dann stieß sie im Internet auf Luckes Pläne, die AfD zu gründen. Schon auf der Gründungsversammlung wurde sie in den Vorstand gewählt. „Die Familie machte mit“, betont sie. Ihr Mann Sven ist Gemeindepfarrer. Gemeinsam haben sie vier Kinder im Alter von vier, fünf, zehn und 13 Jahren. Die Familie wohnt unweit von Leipzig im Frohburger Ortsteil Tautenhain.

Aufgewachsen ist die Tochter einer Chemikerin und eines Ingenieurs in der DDR. Sie stammt aus einer systemkritischen Familie. „Zuhause diskutierten wir über Politik, draußen lernten wir den Mund zu halten“, erzählt sie. 26 inoffizielle Mitarbeiter waren im Laufe der Zeit auf die Marquardts, so der Familienname, angesetzt.

Nach der „Wende“ legte sie in Bergkamen im Ruhrgebiet ihr Abitur ab. Mit einem Notendurchschnitt von 1,1 war sie Jahrgangsbeste. Nur in Englisch gab es eine unbefriedigende Zwei. Es sagt einiges über Frauke Petry aus, dass sie, nach eigenem Bekunden, gerade deswegen nach England ging und dort drei Jahre lang in Reading bei London Chemie studierte. Später folgte in Göttingen die Promotion, danach die Gründung von PURinvest. Das Unternehmen, das bis zu elf Mitarbeitern beschäftigte, musste Ende 2013 Insolvenz anmelden. Vier Investoren, darunter ihr Ehemann, halfen der Firma wieder auf die Beine. Heute firmiert das Unternehmen mit Sitz in Leipzig als Purinvent System. Frauke Petry ist nach wie vor die Geschäftsführerin.

Viel Zeit die patentgeschützten Kunststoffe von PURinvent unter die Leute zu bringen, wird sie nicht haben. Als Vorsitzende einer Partei zwischen Aufbruch und Auflösung dürften genug andere Aufgaben warten. *Frank Horns*

Kollektiver Realitätsverlust

Ungeachtet der Euro-Krise steigt die Zustimmung vieler Bundesbürger zu Merkel und Schäuble

Trotz eines Schuldenschnitts und Rettungspaketen von mehr als 240 Milliarden Euro Umfang ist Griechenland faktisch bankrott. Obwohl Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble damit eigentlich vor dem Scherbenhaufen von fünf Jahren „Rettungspolitik“ stehen, erreicht ihre Beliebtheit bei den Deutschen Rekordwerte.

Bei einer Umfrage für den ARD-Deutschlandtrend gaben Anfang dieses Monats 70 Prozent der Befragten an, sie seien mit der Arbeit von Wolfgang Schäuble (CDU) zufrieden oder sogar sehr zufrieden. Der Bundesfinanzminister ist damit so beliebt wie niemals zuvor. Erstaunliches förderte auch der INSA-Meinungstrend zutage, für den vom 3. bis zum 6. Juli deutschlandweit 2189 Wahlberechtigte befragt wurden. Demnach haben CDU und CSU einen beachtlichen Sprung von 39,5 auf 43 Prozent in der Wählergunst gemacht. Insgesamt würden die beiden Unionsparteien damit so viele Mandate holen wie SPD, Grüne und Linke zusammen. „Die Deutschen“, so INSA-Geschäftsführer Hermann Binker, „vertrauen in der Griechenlandkrise auf die Union. Sie stehen vor allem hinter Schäuble und setzen auf seine Standfestigkeit.“

Geht man davon aus, dass die Umfragewerte und ihre Deutung tatsächlich einen repräsentativen Befund liefern, lässt dies am politischen Urteilsvermögen vieler Deutscher zweifeln. Gerade was das Agieren des Bundesfinanzministers in der Griechenlandkrise angeht, wäre nämlich anzunehmen, dass er in der Meinung der hiesigen Steuerzahler „unten durch“, statt „obenauf“ ist. Als im Juni 2010 aufgrund der prekären Lage einiger Euro-Länder der sogenannte Rettungsschirm EFSF eingerichtet wurde, bot die „FAZ“ Finanzminister Schäuble die Wette an, dass der erste Euro-Rettungsfonds (EFSF) verlängert wird. Schäuble erwiderte: „Solange Angela Merkel Bundeskanzlerin ist und ich Finanzminister bin, würden Sie diese Wette verlieren. Die Rettungsschirme laufen aus. Das haben wir klar vereinbart.“ Inzwischen hat Griechenland nicht nur einen Antrag auf ein drittes Hilfspaket gestellt, sondern mit dem ESM ist sogar ein permanenter Euro-Rettungsfonds etabliert. Im Februar 2012 wurde über Medienberichte öffentlich, wie Wolfgang Schäuble auf einem EU-Gipfel dem damaligen portugiesischen Finanzminister Vítor Gaspar Hoffnungen machte, Sparauflagen entschärfen zu können. Sollte eine „Anpassung des portugiesischen Programms“ notwendig sein, „werden wir das machen“. Jedoch erst nach der Entscheidung über Griechenland-Hilfen, so Schäuble, der sich anscheinend unbeobachtet glaubte. Im Anschluss folgte eine Aussage, die eigentlich einem Affront gleichkommt: „Aber meine Abgeordnetenkollegen im Parlament und die öffentliche Meinung in Deutschland müssen glauben, dass wir es ernst meinen, denn die vertrauen schon unseren Entscheidungen zu Griechenland nicht.“ Im Dezember 2012 hielt dann Schäuble die Krise in der Euro-Zone für überwunden und behauptete: „Wir haben in der Euro-Krise das Schlimmste hinter uns“, und: „Die Regierung in Athen weiß, dass sie die anderen Euro-Staaten finanziell nicht überfordern darf. Deshalb treibt sie jetzt die Reformen ja auch voran.“ Das griechische Referendum vom 5. Juli und Athens Antrag auf ein drittes Hilfspaket deuten darauf hin, dass sich Schäuble abermals grundlegend geirrt hat.

Das kollektive Gedächtnis ist wie ein Sieb

Erstaunlicherweise muss sich der Finanzminister aber keineswegs dafür rechtfertigen, dass er jahrelang mit seinen Diagnosen danebenlag. Vergessen scheinen ebenso, dass im Zuge der Euro-„Rettungspolitik“ enorme Haftungsrisiken übernommen wurden. Es scheint auszureichen, wenn aus Berlin ein paar markige Sprüche in Richtung Athen zu hören sind und der deutsche Finanzminister zum Feindbild vieler Griechen geworden ist.

Dass vor diesem Hintergrund ausgerechnet der deutsche Finanzminister hierzulande auch noch Rekordwerte in der Beliebtheit einfährt, lässt den Verdacht aufkommen, historische Befunde über die Deutschen als zutiefst unpolitisches, geradezu naives Volk könnten noch immer Gültigkeit haben: „Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das deutsche“ so etwa ein Napoleon Bonaparte zugeschriebenes Urteil über die Deutschen. Jahrzehnte später war es Otto von Bismarck, der sich zutiefst skeptisch über die politische Reife des deutschen Volkes zeigte. Inzwischen erfährt der hierzulande vorhandene Hang zum Unpolitischen noch weitere Verstärkung. Vielfältige Ablenkungsmöglichkeiten der modernen Mediengesellschaft lassen das Interesse an Politik weiter verflachen. Zudem führen die Schnelllebigkeit der Berichterstattung und sich „staatstragend“ gebende Medien dazu, das schnell in Vergessenheit gerät, was wichtige politische Akteure vor nur wenigen Jahren in Sachen Euro, Transferunion und Schuldenhaftung gegenüber der Öffentlichkeit zum Besten gegeben haben.

Norman Hanert



Haben gut lachen angesichts der Wahrnehmung ihrer Politik durch die Bevölkerung: Merkel und Schäuble — Bild: Getty

MELDUNGEN

Polizei schlägt Alarm

Hilden/Passau – Angesichts des starken Andrangs von illegalen Zuwanderern kann die Bundespolizei ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. Wie die Gewerkschaft der Polizei (GdP) berichtet, schafft es die Bundespolizei seit Monaten nicht mehr, an der deutsch-österreichischen Grenze alle eingereisten Zuwanderer erkennungsdienstlich zu erfassen, wie es das Asylverfahrensgesetz vorschreibt. Grund seien die extreme Überlastung der Beamten und die völlig veraltete Computertechnologie. Die GdP schätzt, dass seit Jahresbeginn rund 45 000 Personen ohne Registrierung einfach weitergereist seien. Das Bundesinnenministerium bestreitet das und weist darauf hin, dass andere Behörden die Aufgaben übernehmen würden. Wie der „Focus“ berichtet, trifft das zumindest für Passau zu. Hier würde sich die Kripo derzeit ausschließlich mit den Grenzübertritten beschäftigen, so dass andere Aufgaben dahinter zurückstehen müssten, heißt es. *J.H.*

77 000 nicht versichert

Berlin – Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums sind derzeit in Deutschland rund 77 500 Menschen nicht krankenversichert, obwohl seit Jahren eine gesetzliche Krankenversicherungspflicht besteht. Unter den nicht krankenversicherten Menschen seien viele Ausländer. Das gelte zum Beispiel für EU-Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien. Hinzu kämen Asylbewerber und Personen ohne Asylantrag, die sich in Deutschland ausreisepflichtig aufhalten. Für deren Behandlung kommt der Steuerzahler auf. In den ersten 15 Monaten ihres Aufenthalts bekommen Zuwanderer eine Akut- und Schmerzversorgung. Anschließend haben sie Anspruch auf eine Versorgung auf dem gleichen Niveau wie die gesetzlich versicherten Beitragszahler. *U.M.*

Zweiter Versuch

ProSiebenSat.1 und Springer verhandeln über Zusammenschluss

Offiziell will sich noch niemand aus der Deckung wagen. Doch hinter den Kulissen wird eifrig über den bisher größten Zusammenschluss auf dem deutschen Medienmarkt verhandelt. Gut informierte Kreise sollen dem „Handelsblatt“ und Spiegel-Online bestätigt haben, dass die Axel-Springer-Gruppe und der TV-Konzern ProSiebenSat.1 Media über eine gemeinsame Zukunft verhandeln. Die Pressestellen der beiden Unternehmen haben mitgeteilt, dass „sie sich an branchenüblichen Spekulationen nicht beteiligen werden“.

Friede Springer, die 57 Prozent der Konzern-Aktien hält, ließ lediglich ausrichten, dass sie gar nicht daran denke, ihre Position aufzugeben. Aber möglicherweise ist das gar kein Widerspruch. Schon vor längerer Zeit hatte Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner erklärt, die Rechtsform des Unternehmens ändern zu wollen. Früher war der Konzern eine klassische Aktiengesellschaft, aktuell firmiert er als SE, eine europäische Form der AG. Nun soll Springer in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelt werden. Diese Rechtsform würde es Friede Springer ermöglichen, auf ihre Aktienmehrheit beispielsweise zugunsten von ProSiebenSat.1 Media zu verzichten. ohne dass sie deshalb auch auf die Kontrolle über das Unternehmen verzichten müsste. Die „Bild“-Zeitung, nach wie vor das Flaggschiff des Konzerns, bliebe alleine im Machtbereich des alten Springer-Konzerns. Auch im Sinne der Kartellbehörde dürfte sein, dass Springers Aktivitäten auf dem TV-Markt marginal geblieben sind. So würde ProSiebenSat.1 Media durch das Zusammengehen mit Springer auf den beiden entscheidenden Medienmärkten Print und Fernsehen also keine marktbeherrschende Stellung gewinnen.



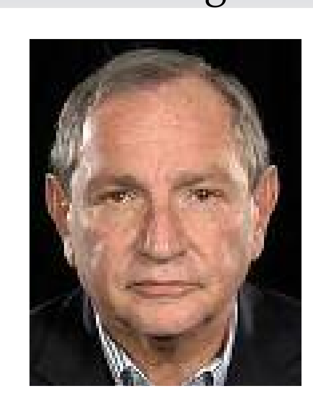
Friede Springer — Bild: Archiv

Beide Konzerne haben in den vergangenen Jahren viel Geld in das Online-Geschäft investiert. Springer-Chef Döpfner hat hier „einen Zukunftsmarkt“ ausgemacht. Und für die Umwandlung zur Kommanditgesellschaft benötigt der Manager Geld. Von daher scheint es wahrscheinlich, dass er die treibende Kraft bei dem Geschäft ist.

Bereits vor zehn Jahren war eine Fusion geplant, doch die Kartellbehörden legten damals ihr Veto ein. Im vergangenen Jahr hat das Bundesverwaltungsgericht die Ablehnung allerdings für nicht rechtmäßig erklärt und damit ein Jahrzehnt nach selbiger neue Verhandlungen über einen Zusammenschluss ermöglicht.

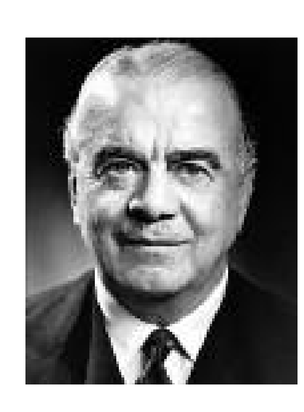
Die Aktienmärkte reagierten alleine auf die Gerüchte regelrecht euphorisch. Die Aktien von ProSiebenSat.1 Media und Axel Springer zogen dank der Fusionsgespräche um zwei beziehungsweise 5,4 Prozent an. Damit erreichten beide Konzerne Jahreshöchststände. Wenn der Zusammenschluss in den kommenden Jahren über die Bühne gehen sollte, würde man mit einem geschätzten Umsatz von sechs Milliarden Euro an den deutschen Branchenprimus Bertelsmann heranrücken – die US-Unternehmen Comcast und Google erwirtschaften allerdings rund 50 Milliarden Euro Umsatz. *Peter Entinger*

Zeitzeugen



George Friedman – In einem Vortrag hat der Gründer der einflussreichen geostrategischen Denkfabrik „Stratfor“ auf eine Hauptkonstante der US-Politik aufmerksam gemacht: „Das Hauptinteresse der USA-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt ... Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, dass deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden.“

James Monroe – Bereits im Jahr 1823 entwarf der US-Präsident James Monroe die Grundzüge einer langfristigen Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Kern der sogenannten Monroe-Doktrin war das Prinzip der Nichteinmischung der Vereinigten Staaten in europäische Konflikte, vor allem aber die Ankündigung, dass die USA keine europäische Einmischung in Lateinamerika dulden würden.



Lord Hastings Ismay – Winston Churchills ehemaliger militärischer Chef-Assistent war von 1952 bis 1957 der erste Generalsekretär der Nato. Ihm wird das Zitat zugeschrieben, das Ziel der Nato in Europa sei es, „die Amerikaner drin, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten“.

Carl Schmitt – Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Carl Schmitt sah mit der Monroe-Doktrin eine neue Epoche von Großräumen mit einem Interventionsverbot für raumfremde Mächte angebrochen. Schmitt zufolge sind die Vereinigten Staaten von Amerika kein gewöhnlicher Staat mehr, sondern eine führende Macht, deren politische Idee in ihrem Großraum, nämlich die westliche Hemisphäre, ausstrahlt.



Wolfgang Schäuble – In einer Rede auf dem European Banking Congress diagnostizierte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) am 18. November 2011: „... wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.“

Warum Frankreich umkippte

Barack Obama telefonierte am 27. Juni mit François Hollande über Griechenland

Ein Anruf bei Frankreichs Präsident François Hollande könnte der entscheidende Wendepunkt im Poker um neue Hilfszahlungen für Griechenland gewesen sein.

Wie unter anderem von der Nachrichtenagentur Reuters berichtet wurde, hat es bereits am 27. Juni ein Telefongespräch zwischen US-Präsident Barack Obama und dem französischen Staatspräsidenten gegeben, in dem es um den Krisenfall Griechenland gegangen ist. Der Vorgang ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. Bislang war es nämlich regelmäßig die deutsche Bundeskanzlerin, die Ansprechpartnerin Washingtons war, wenn es um die Probleme der Euro-Zone ging. Frankreich – selbst ein wirtschaftlicher Problemfall – sah sich im Laufe der letzten Jahre dagegen zunehmend in die zweite Reihe gedrängt. Eine mögliche Interpretation, warum nun ausgerechnet Hollande in Sachen „Euro-Rettung“ einen Anruf aus dem Weißen Haus erhalten hat, liefern die „Deutschen Mittelstands-Nachrichten“. In Washington steigt die Verärgerung über Angela Merkel. Wie von der griechischen Zeitung „Kathimerini“ berichtet wurde, hat bereits vor dem US-Präsidenten dessen Finanzminister Jack Lew klar gemacht, dass Washington von den Europäern eine „dauerhafte Lösung“ für Griechenland erwartet. Im Klartext: Die Griechen sollen aus geostrategischen Gründen im Euro bleiben.

> Die USA spielen die EU-Partner gegeneinander aus

Der Druck aus Washington scheint Erfolg gehabt zu haben. Frankreich eingeschlossen, gab es in den ersten Juli-Tagen noch eine Allianz der verbleibenden 17 Euro-Staaten, die bereit war, Berlin bei seiner Linie gegenüber Athen zu unterstützen und Griechenland notfalls aus dem Euro zu werfen. Innerhalb einer Woche war die Unterstützerfront für die Bundesregierung auf nur noch fünf Staaten zusammengeschrumpft. Frankreichs Präsident war in der Causa Griechenland nicht nur innerhalb weniger Tage von Angela Merkel abgerückt, er war sogar zum wichtigsten Unterstützer Athens und Anführer einer „anti-germanischen“ Allianz geworden. Ins Bild passend, waren es Medienberichten zufolge französische Berater, die zum Unmut Berlins der griechischen Regierung Formulierungshilfe bei ihren Reform-Vorschlägen angedeihen ließen. Dass die Angebote von Athen schon kurz nach der Übermittlung von Paris als „glaubwürdig und ernsthaft“ eingestuft wurden, kann vor diesem Hintergrund kaum noch verwundern.

Immer öfter sucht sich die US-Administration unter den EU-Ländern auf einzelnen Politikfeldern bevorzugte Kooperationspartner, die geschickt in Stellung gebracht werden. Folge ist, dass einzelne Länder gegeneinander konkurrieren und sich gegeneinander ausspielen lassen. Die Bundesregierung hat dies nicht nur bei den Verhandlungen für ein neues Rettungspaket für Griechenland zu spüren bekommen. Im Verteidigungsbereich und in der Russlandpolitik ist unübersehbar, dass Washington zunehmend Polen als Konkurrenten zu Deutschland aufbaut. Dessen ungeachtet musste man in Warschau vor Kurzem zur Kenntnis nehmen, dass Polen eines der Länder ist, die vom US-Nachrichtendienst NSA in Europa am intensivsten ausspioniert wurden. Düpiert mussten Deutschland, Frankreich und Österreich inzwischen ebenfalls zur Kenntnis nehmen, dass sie von Washington bei der Geheimdienstarbeit bei Bedarf als Kooperationspartner behandelt, aber gleichzeitig auch ausspioniert wurden.

Norman Hanert



Bild: action press

Sprachen am 27. Juni über die Griechenland-Krise: Frankreichs Präsident François Hollande und US-Präsident Barack Obama (v.l.)

Der »Verbündete« als Feind

Offenbar über einen längeren Zeitraum hat der US-Geheimdienst „National Security Agency“ (NSA) die französische Staatsspitze abgehört. Unter Berufung auf Dokumente, die von der Enthüllungsplattform „Wikileaks“ veröffentlicht wurden, schreibt die französische Tageszeitung „Libération“, dass die Präsidenten der Französischen Republik Jaques Chirac, Nicolas Sarkozy und François Hollande mindestens von 2006 bis Mai 2012 das Ziel von Lauschangriffen der US-Amerikaner gewesen seien. Von „WikiLeaks“ ebenfalls veröffentlicht wurde eine Liste mit Telefonnummern, die von der NSA als Ziele in Frankreich angegeben worden sind. Unter diesen sogenannten Selektoren sollen sich Telefonnummern vieler französischer Staatssekretäre und Minister befinden. „Im Grunde genommen ist es die Französische Republik, die systematisch von seinem angeblichen Verbündeten abgehört wurde“, so die Einschätzung von Edwy Plenel von der Nachrichtenseite Mediapart, die sich eingehend mit den Dokumenten befasst hat.

> US-Spionage gegen Frankreich

Bekannt geworden sind inzwischen zudem auch Einzelheiten der US-amerikanischen Wirtschaftsspionage gegen Frankreich. Demnach soll der US-amerikanische Geheimdienst auch französische Unternehmen, die Spitze des Wirtschaftsministeriums sowie internationale Handelsabschlüsse französischer Unternehmen mit einem Volumen von umgerechnet mindestens 200 Millionen Dollar ausspioniert haben. „Nie zuvor hat es so klare Beweise für eine massive Wirtschaftsspionage gegen Frankreich gegeben, die auf höchster Ebene des amerikanischen Staats abgestimmt wurde“, so das Fazit von „Libération“ zu den aufgetauchten Unterlagen.

N.H.

Nato oder EU?

Der Streit zwischen deutschen Gaullisten und Transatlantikern

Lange Zeit war es in der wissenschaftlichen Forschung die vorherrschende Ansicht, die Europapolitik der USA wäre in der Zeit zwischen den Weltkriegen von der Doktrin des Isolationismus geprägt gewesen. Der Nachweis massiver wirtschafts- und finanzpolitischer Präsenz der USA im Europa der 20er und 30er Jahre hat inzwischen dazu geführt, dass die Isolationismus-These viel an Überzeugungskraft verloren hat.

Völlig unbestritten ist, welche wichtige Rolle die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem europäischen Kontinent gespielt haben. Die Niederlage Deutschlands und die weltpolitische Schwächung Frankreichs und Großbritanniens machten den Weg dafür frei, dass die USA sowohl zur Schutzmacht als auch zum Hegemon über Westeuropa wurden.

In Frage gestellt wurde die Europapolitik der USA seit 1945 vor allem durch Charles de Gaulle, der von 1958 bis 1969 als französischer Staatspräsident amtierte. De Gaulles Vorstellungen von einem Europa der Vaterländer, samt einer französischen Führungsrolle, liefen der Europakonzeption Washingtons diametral entgegen. So bestätigte de Gaulle zwar Frankreichs Zugehörigkeit zum Atlantikpakt, allerdings stellte er parallel auch ganz demonstrativ den angelsächsischen Führungsanspruch in Frage. So zog er sich 1966 vom integrierten Kommando des Atlantik-Paktes zurück und zwang die Nato, französisches Territorium zu verlassen. Erst unter Präsident Nicolas Sarkozy wurde Frankreich im Jahr 2009 wieder Vollmitglied der Nato.

> Weder US- noch Frankreichhörigkeit zahlt sich aus

Schritte, die im Fall der Bundesrepublik Deutschland völlig undenkbar erscheinen. Hiesigen Vertretern des Gaullismus, wie etwa den CSU-Politikern Franz Josef Strauß und Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, ist es nie gelungen, eindeutig die Auseinandersetzung mit den Transatlantikern für sich zu entscheiden. Die deutschen Gaullisten favorisierten eine starke europäische Integration, während de Gaulle selbst auf ein „Europa der Nationen“ (unter französischer Führung) abzielte. Der Abtritt de Gaulles als Staatspräsident und die Auseinandersetzung um die neue Ostpolitik im Jahr 1969 schwächten die Position der deutschen Gaullisten zusätzlich. Übertüncht wurde die Auseinandersetzung zwischen Transatlantikern und deutschen Gaullisten letztlich mit einem Spagat. In einem „Sowohl als auch“-Kompromiss wurde einerseits an einem atlantischen Bündnis unter US-amerikanischer Führung festgehalten als auch das Konzept der europäischen Integration weiterverfolgt.

Inzwischen spricht einiges dafür, dass für die deutsche Außenpolitik völlig neue Konzeptionen jenseits der bekannten Nachkriegskategorien entwickelt werden müssen: Einkalkuliert werden muss, dass die USA den Zenit ihrer Macht wahrscheinlich bereits erreicht haben und inzwischen ein Imperium im Niedergang sind. Unübersehbar ist aber auch das Konzept der europäischen Integration in eine tiefe Krise geraten.

N.H.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Halbherzige Wende

Bau, Schulen, Sicherheit, Hospitäler: Berlins Senat will mehr ausgeben – GdP sagt: »Zu wenig!«



Gewaltiger Investitionsstau: Viele Berliner Schulgebäude sind bedenklich heruntergekommen

Bild: imago

Der Berliner Doppelhaushalt 2016/17 steht, zumindest als Entwurf. Die Metropole nimmt mehr ein, der Senat gibt auch mehr aus, neue Großprojekte stehen an. Die Kosten für „Flüchtlinge“ steigen massiv: 383 Millionen Euro sind 2016 vorgesehen, 445 Millionen Euro 2017 – ohne politische Diskussion. Allein in diesen Bereich „investiert“ Berlin mehr als in Verkehr, Justiz, Polizei und Krankenhäuser zusammen. Die Zeit des Sparens ist vorbei, doch der Bürger hat nicht immer etwas davon.

Mehr Geld für Wohnungsbau, Schwimmbäder, Kindergärten und Schulen – das klingt gut. Angesichts maroder Brücken, unbesetzter Stellen an Schulen sowie Engpässen bei der Polizei und im Gesundheitswesen hoffen viele Berliner auf sichtbare Verbesserungen. Der Senat antwortet mit dem neuen Haushaltsentwurf. Die Metropole kann danach auf höhere Einnahmen hoffen als noch im März erwartet. Rund 24 Milliarden Euro fließen dieses Jahr in die Landeskasse, auf 25,7 Milliarden hofft der Senat für 2017.

Nach den Planungen steigen aber auch die Ausgaben von 23,6 Milliarden Euro dieses Jahr auf 24,4 Milliarden im nächsten. Rund 25 Milliarden Euro will der Senat 2017 verbrauchen. Der Vergleich der Ausgaben für die kommenden zwei Jahre mit den erhofften Einnahmen lässt für die vom Senat beschworene Konsolidierung wenig Raum. Diese Konsolidierung solle weitergehen, auch wenn der Senat den in „vielen Sektoren erheblichen Investitionsstau mit einer langfristigen Finanzplanung konsequent abbauen“ wolle, so Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD). „Es handelt sich nach 2014/2015 um den zweiten Doppelhaushalt ohne Nettokreditaufnahme“, jubelt der Senat.

Mit bloß erhofftem Geld lässt sich indes schlecht rechnen. Zudem sind die Kosten des Flughafens BER keineswegs gedeckelt, neue Großprojekte wie die Sanierung des maroden Kongresszentrums ICC kommen noch hinzu. Die Opposition kritisiert, es gebe keine Reserve für Notfälle. Im aktuellen Hoch der finanziellen Großwetterlage lässt es der Senat überraschend üppig regnen: Öffentlicher Dienst, Wohnungsbau und Kulturbetrieb bekommen mehr Geld.

> »Flüchtlinge«: Kostenanstieg um 81 Prozent

Im Wohnungsbau muss die SPD ihre eigene Politik korrigieren: Sparte sie einst den sozialen Wohnungsbau zusammen, will sie ihn nun wieder ausweiten. Statt 1000 öffentlich geförderter Wohnungen will der Senat nächstes Jahr 2500 und 2017 sogar 3000 Wohnungen bezuschussen. Um nicht in alte Muster öffentlichen Bauens zu verfallen, lockt die Politik private Investoren über steuerliche Anreize.

Vor allem beim Personal gibt Berlin mehr aus. Im gesamten öffentlichen Dienst will der Senat 3700 neue Vollzeitstellen einrichten. „Die Bezirke bekommen 300 zusätzliche Stellen“, verspricht Bürgermeister Michael Müller (SPD). Der frühere rot-rote Senat hatte im öffentlichen Dienst bis 2011 am härtesten gespart, mit drastischen Folgen unter anderem bei der Polizei. Jetzt steuert die rot-schwarze Nachfolge-Koalition gegen: 420 neue Stellen für Polizei und 300 für die Justiz sind im neuen Doppelhaushalt vorgesehen. Laut Gewerkschaft der Polizei (GdP) sind allerdings 600 weitere Stellen im Bereich der Schutz- und Kriminalpolizei nötig. Die GdP ist mit ihrem Einwand nicht allein: Was zunächst nach viel aussehe, hole die Kürzungen eines Jahrzehnts nicht auf, kritisieren Experten. Taschen- und Fahrraddiebstähle sowie Wohnungseinbrüche haben laut GdP deutlich zugenommen. Um diesen Trend umzukehren, benötige man mehr als die vorgesehenen zusätzlichen Beamten.

Beunruhigende Entwicklungen liefert der Entwurf am Rande: Der Landesverfassungsschutz erhält 45 zusätzliche Kollegen. Sie sollen vorrangig die wachsende Islamistenszene der Metropole im Auge behalten. Schuldirektoren und ihre Stellvertreter muss Berlin notgedrungen besser bezahlen – zu viele Stellen blieben unbesetzt. Für Schwimmbäder und Krankenhäuser stellt Rot-Schwarz weiter knappe Budgets zusammen. Eine erste Zahlung für die dringend nötige Modernisierung erhält das Krankenhaus Charité erst 2017.

Für die Betreuung von Zuwanderern, verallgemeinernd als „Flüchtlinge“ gelistet, sind 2016 hingegen 383 Millionen Euro eingeplant, für 2017 sogar 445 Millionen. Dieser starke Anstieg und die Ungleichverteilung im Vergleich zu klassischen Staatsausgaben lassen befürchten, dass Berlins Politik über mehr Ausgaben auch mehr Ideologie verbreitet. Die „großen Herausforderungen angesichts der ständig wachsenden Zahl von Flüchtlingen“, so Kollatz-Ahnen, machten diese Ausgabe nötig. Die CDU nickte den Punkt kritiklos ab. Die Gesamtausgaben Berlins für „Flüchtlinge“ lagen letztes Jahr bei 246 Millionen Euro. Der Anstieg um 137 Millionen Euro oder 56 Prozent und weitere 199 Millionen Euro, also 81 Prozent, ist dem Senat keine weitere Erklärung wert. Mit solcher Geldzuteilung verhinderte die Politik bisher nicht den Kollaps der rechtsstaatlichen Asylverfahren. Rechtswidrige Aufenthaltstitel waren die Folge, ein faktisches Bleiberecht für alle, das zum Gewohnheitsrecht wird und nicht mehr zwischen Verfolgten und illegal Eingereisten unterscheidet.

Ideologie herrscht auch bei der Kulturförderung. Die Förderung für die „freie Szene“ wird deutlich aufgestockt. Laut Bürgermeister Müller sind zudem eine modernisierte Filmförderung sowie die Ausweitung der gemeinsamen Medienaktivitäten mit Brandenburg vorgesehen. Unangetastet bleiben indes die Altschulden des Landes: Sie verharren bei erdrückenden 62 Milliarden Euro. *Sverre Gutschmidt*

Täglich 100 Mal bereichert

Von Theo Maass

Jeden Tag wird Berlin 100 Mal kulturell bereichert. Jedenfalls dann, wenn es nach der Sprachregelung der Asylantenlobby geht. Dass die meisten der Neuankömmlinge keinerlei politische Verfolgung nachweisen können, ist inzwischen hinlänglich bekannt. Dennoch können die ungebetenen Gäste darauf hoffen, hier auf Kosten der öffentlichen Kassen bleiben zu können. Fast 15 500 Asylbewerber leben in Heimen, rund 10 000 in Wohnungen und knapp 2000 mussten über Gutscheine der Stadt in Hostels untergebracht werden. Der zuständige Innensenator Frank Henkel (CDU) kommt schlicht und ergreifend seinen Pflichten nicht nach: Der politisch verantwortliche Mann schafft es nämlich nicht, die zur Ausreise aufgeforderten Personen außer Landes zu schaffen. Würden regelmäßig alle Ausreisepflichtigen Deutschland verlassen – also 70 Prozent weniger Wirtschaftsmigranten Berlin bevölkern – gäbe es die Unterbringungsprobleme nicht.

Das freut die Gutmenschen, die Mitarbeiter der Ausländer- und Sozialindustrie sowie „die Wirtschaft“. Die Berliner Industrie- und Handelskammer (IHK) fordert die zuständigen Behörden auf, die Asylsuchenden baldmöglichst in den Arbeitsmarkt zu integrieren. „Wir möchten Menschen, die hierherkommen, eine Perspektive bieten“, sagt Berlins IHK-Hauptgeschäftsführer Jan Eder. Eder bemüht dann noch die nette Geschichte vom Fachkräftemangel und vom demographischen Wandel. Selten hat „die Wirtschaft“ ihre Wünsche so offenherzig publik gemacht. Dabei ist ihr augenscheinlich vor allem daran gelegen, Leute zu finden, die für weniger Geld arbeiten wollen als die Einheimischen. Wohin das führt, ist bei den Bahn- und Poststreiks zu bewundern, wenn wild gewordene Arbeitgeber versuchen, ihren Mitarbeitern Niedriglöhne aufzuzwängen.

Innensenator Henkel steht dieser Tage wegen seiner vielen Dienstreisen in der Kritik. In der Tat fährt der Senator gern und viel ins Ausland, leider aber nicht nach Australien oder Dänemark, wo eine klare Zuwanderungspolitik mit Erfolg betrieben wird und wo sich Henkel Rat holen könnte, wie man sich ungebetene Gäste vom Halse schafft.

Im März 2016 – also in etwa neun Monaten – wählt Berlin ein neues Parlament. Die CDU bringt immer wieder ihren Vorsitzenden Frank Henkel als künftigen Regierenden Bürgermeister ins Gespräch. Wenn die Stadt weiter von Asylbewerbern überschwemmt wird, könnte allerdings die Glaubwürdigkeit der Union bei ihren bürgerlichen Stammwählern leiden. Der Traum, solche Verluste durch neugewonnene CDU-Wähler weiter links wieder auszugleichen, wird kaum in Erfüllung gehen. Mitarbeiter der Sozialindustrie und Multikulti-Anhänger wählen die CDU sowieso nicht.

Polizei kriegt mehr Rechte

Vertrag mit Warschau: Beamte dürfen in Polen freier agieren

Seit dem 9. Juli ist ein neuer Polizeivertrag Deutschlands mit Polen in Kraft. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sieht in dem Kontrakt für „beide Seiten große Vorteile“. Ob der laut Woidke „gefühlt zu lange verhandelte“ Vertrag gegen grenzübergreifende Kriminalität hilft, ist allerdings offen – Polens Opposition kritisiert das Papier bereits und könnte es bei einem Regierungswechsel zu Fall bringen.

Bereits 2002 schlossen beide Staaten einen Vertrag – um den Herausforderungen des Schengener Abkommens und der damit verbundenen offenen Grenzen zu begegnen, reichten die Vereinbarungen jedoch nicht aus. Seit 2010 verhandelten deutsche und polnische Politiker daher neu. Die Grenzkriminalität ist seitdem stark gestiegen, Brandenburgs Polizei überfordert und Rot-Rot bemüht, Polen bei der Lösung des Problems ins Boot zu holen. Die Bundespolitik hat ihr dies mit dem neuen Vertrag abgenommen.

Das Abkommen zur Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden erweitert deren Befugnisse. Bisher war eine Festnahme in Polen polnischen Beamten vorbehalten. Jetzt erlauben erweiterte Möglichkeiten des Handelns auf dem jeweils anderen Hoheitsgebiet, auch präventiv vorzugehen. Neu ist zudem das Recht der Beamten, im anderen Land die Schusswaffe zum Selbstschutz einzusetzen und vorläufige Festnahmen vorzunehmen. Kleinere Straftaten und Ordnungswidrigkeiten darf ein Polizist grenzüberschreitend ahnden – das alles aber nur grenznah.

> Grenzkriminalität in den letzten Jahren massiv angewachsen

„Dieser Vertrag geht zu weit. Denn er ermöglicht es, dass die deutschen Dienste auf Polens Gebiet unkontrolliert handeln können“, schimpft Jaroslaw Zielinski, stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses im polnischen Parlament. Stanislaw Wziatek ist für das Linksbündnis SLD als Vizechef des Geheimdienstausschusses im Sejm tätig und bemängelt unterschiedliche Rechte: Für verdeckte Ermittlungen in Deutschland müssten polnische Fahnder die Erlaubnis der deutschen Staatsanwaltschaft einholen. Deutsche Kollegen bräuchten nur die Genehmigung durch die oberste polnische Polizeibehörde.

Woidke beschwichtigt mit einem merkwürdigen Dank: „Bei der polnischen Seite möchte ich mich für dieses Vertrauen gerade vor dem Hintergrund bedanken, was vor 70 Jahren geschehen ist. Auch deutsche Polizeibataillone haben damals eine Blutspur durch Polen gezogen.“ *SG*

Kritik an Henkel

Innensenator wegen Reiselust unter Druck

Die Berliner Landesopposition hat die rege Auslands-Reisetätigkeit von Mitgliedern der Landesregierung scharf kritisiert. Die Senatskanzlei hatte dazu Zahlen veröffentlicht. Obwohl der frühere Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit als „Partymeister“ galt, führen nicht er und sein Nachfolger Michael Müller (beide SPD) die Liste an, sondern Innensenator Frank Henkel (CDU). Die acht Senatoren und der Bürgermeister unternahmen seit dem 1. November 2011 91 Reisen und haben sich dabei 261,5 Tage im Ausland aufgehalten.

Davon entfallen auf Henkel 25 Reisen mit insgesamt 85 Tagen Auslandsaufenthalt. Inlandsreisen sind in der Übersicht nicht enthalten. Die beiden Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und Michael Müller kommen zusammen auf „nur“ 23 Reisen und 68 Tage. Ein Berliner Boulevard-Blatt bezeichnete Henkel spöttisch als „Senator Miles & More“.

> Was hat er auf Nato-Tagungen verloren?

Während Wowereit und Müller vornehmlich Partnerstädte besuchten und Reisen im Rahmen des Netzwerks Metropolis unternahmen, zeigte Henkel im Rahmen des sich anbahnenden USA-Russland-Konflikts Flagge und besuchte Bürgermeister Vitali Klitschko in Kiew und die Nato-Tagungen in Reval, Brüssel, Luxemburg, Dubrovnik, Wilna und Washington. Beobachter fragen sich, was er da gemacht hat, denn deutsche Außen- und Bündnispolitik gehören nicht ins Ressort eines Landespolitikers. Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) hat die wenigsten Auslandsreisen absolviert. Was sie allerdings in Ägypten und Neapel zum Nutzen des Berliner Bildungswesens in Erfahrung bringen wollte, weiß man leider nicht. *Hans Lody*

Schwungvoller »Terminhandel«

Wegen des eklatanten Personalmangels im öffentlichen Dienst wird jeder Behördengang für den Bürger zur Geduldsprobe. Durch die Möglichkeit zur Terminvergabe im Internet sollen die Wartezeiten verkürzt werden. Allerdings sind die angebotenen Termine rasch ausgebucht, so dass man sich häufig sogar wochenlang gedulden muss. Wie der Senat in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Piratenpartei mitteilte, nutzen findige Geschäftemacher diesen Missstand als Einnahmequelle. Sie buchen Termine und bieten diese dann im Internet zum Kauf an. An diesem schwunghaften Terminhandel sind auch Autohändler beteiligt, die verfügbare Termine bei der Kfz-Zulassungsstelle reservieren und diese dann gegen Entgelt an ihre Kunden weitergeben. Die Terminhändler nutzen für ihr Geschäft eine rechtliche Grauzone. Die Innenverwaltung prüft derzeit, ob es mit der Auflage, dass der Name des Antragstellers nicht mehr kurz vor dem Termin geändert werden dürfe, unterbunden werden kann. *J.H.*

MELDUNGEN

Mehr Latinos als Weiße

Sacramento – Im US-amerikanischen Bundesstaat Kalifornien leben jetzt mehr Menschen lateunamerikanischer Herkuft als weiße Bürger. Unter Berufung auf die jüngste Volkszählung berichten US-Medien, dass die Zahl der sogenannten Hispanoamerikaner auf 15 Millionen geschätzt werde. Diesen stünden nur 14,9 Millionen Weiße gegenüber. Damit sei Kalifornien der dritte US-Bundesstaat, ohne weiße Bevölkerungsmehrheit. In Hawai überwiege die asiatische Bevölkerung, in New Mexico die hispanoamerikanische. Die Latinos bilden bei den kommenden Präsidentschaftswahlen ein wichtiges Wählerpotenzial, um das sich vor allem der Republikaner Jeb Bush bemüht. *J.H.*

Putins Flugzeuge stürzen ab

Moskau/Washington – Die russische Luftwaffe wird von einer Serie von Flugzeugabstürzen erschüttert. Allein in den vergangenen vier Wochen verlor sie sechs Maschinen. Wie Mitarbeiter des russischen Verteidigungsministeriums inoffiziell erklärten, seien veraltete Flugzeuge sowie zu junge und nicht ausreichend ausgebildete und erfahrene Besatzungen der Grund für die hohen Verluste. Westliche Militäranalysten führen das auf die gestiegene Einsatzbelastung von Mensch und Gerät zurück. Um gegenüber der Nato Präsenz zu zeigen, würde beides durch Übungen und Überwachungsflüge über die Belastungsgrenze hinaus gefordert werden. Paul Schwarz vom US-amerikanischen Zentrum für Strategische und Internationale Studien nennt einen Grund dafür, dass die Maschinen technisch nicht nachgerüstet werden: Durch die Sanktionen sei es Moskau nicht mehr möglich, dringend benötigte elektronische Komponenten im Ausland einzukaufen. *J.H.*

Der Dschihad kommt nach Europa

Sein Ziel ist der globale Gottesstaat nach Vorbild des IS einschließlich der Vernichtung aller »Ungläubigen«

Es war vorauszusehen, dass die islamistischen Terroristen ihren Dschihad (Heiligen Krieg) auch nach Europa tragen würden, ist es doch deren Ziel, überall den Gottesstaat nach Vorbild ihres Islamischen Staates (IS) zu errichten und alle „Kaffirs“ (Ungläubigen) zu vernichten.

In diesem Jahr begann es Anfang Januar, als zwei „Gotteskrieger“ beim Angriff auf die Satire-Zeitung „Charlie Hebdo“ in Paris 17 Menschen töteten und nicht nur Frankreich in Verwirrung und Schrecken versetzten. Zwei Monate später konnte in Spanien eine siebenköpfige IS-Gruppe verhaftet werden, die Anschläge auf jüdische Einrichtungen und öffentliche Hinrichtungen von Geiseln plante. Tage danach erfolgte ein Anschlag auf einen belgischen Radiosender. Im März attackierte eine Hackergruppe rund 100 US-Soldaten mit Namen und Adressen: „Tötet sie in ihren eigenen Ländern, köpft sie in ihrem eigenen Zuhause“; sie waren in Syrien eingesetzt gewesen. Massiv waren die Aktivitäten im April: Sicherheitsbehörden Malaysias nahmen knapp 20 Dschihadisten fest, die Entführungen sowie Banküberfälle vorgesehen hatten. Der französische Fernsehsender TV 5 Monde wurde durch IS-Hacker für Stunden lahmgelegt. Statt der üblichen Sendungen zeigte der Bildschirm die übliche Hasspropaganda und die Privatdaten von Soldatenfamilien mit der Androhung, sie zu ermorden, falls Paris weiterhin den Islamischen Staat bekämpfe. Via Tunis griffen IS-Hacker die Webseite einer wallonischen Bezirksregierung an. Regelmäßiges Ziel war die Zeitung „Le Soir“ in Brüssel. Im fernen Sydney wurden fünf Australier verhaftet, welche die Feierlichkeiten zum Veteranen-Gedenken stören wollten. In den USA konnte der FBI etliche Dschihad-Gruppen enttarnen, eine hatte mit Anschlägen auf den Flughafen von Los Angeles gedroht.

In Deutschland wurde im Frühjahr ein Karnevalsumzug in Braunschweig abgesagt wegen Terrorgefahr durch Islamisten. In der letzten April-Nacht führte ein polizeiliches Spezialkommando bei Frankfurt am Main ein Ehepaar ab, das das dortige internationale Radrennen attackieren wollte. Um den für Salafisten typischen Sprengstoff TATP, Acetonperoxid oder APEX herzustellen, hatte es unter falschem Namen Wasserstoffperoxid gekauft. Dem Verfassungsschutz waren beide unbekannt, indes war die Verkäuferin misstrauisch geworden – nur schwierig konnte die Identität ermittelt werden. Anfang Mai entging der niederländische Politiker Geert Wilders knapp einem Anschlag zweier „Gotteskrieger“, als er eine Ausstellung von Mohammed-Karikaturen eröffnete.

Die Hälfte der gegenwärtig in Syrien für Allah kämpfenden Dschihadisten sind Ausländer. Die Zahl derer aus Europa wird auf wenigstens 4000 geschätzt. Die stärkste Gruppe stammt mit 1132 „Gotteskriegern“ aus Frankreich, gefolgt von etwa 680 Deutschen und 500 Briten. Aus Belgien kommen wenigstens 440, aus den Niederlanden 330. Die Anzahl der Schweizer ist von 25 im letzten Jahr auf jetzt 63 angestiegen, während diejenige der Österreicher von früher 560 auf heute 230 zurückging. Trotz vieler Verluste der

Die Herausforderung wurde viel zu lange verniedlicht

IS-Kämpfer – allein 85 aus Deutschland fanden dort den vermeintlichen Märtyrer-Tod –dauert der Zustrom bis heute an. In der letzten Zeit kamen viele Dschihadisten aus Tajikistan und Usbekistan. Die Zahl jener aus Südostasien wird mit rund 500 angegeben, zumeist sind es Malaysier. Über einen wachsenden Einfluss des IS klagt auch Djakarta, gegenwärtig befinden sich vier Indonesier im „Heiligen Krieg“. Der Regierungschef Australiens zeichnete vor Monaten ein düsteres Bild der Sicherheitslage, die Zahl der „Gotteskrieger“ habe „signifikant“ zugenommen.

Etwa ein Drittel der IS-Kämpfer sind Rückkehrer in ihr europäisches Heimatland. Die meisten dürften mit Aufträgen zu Terroranschlägen oder neuen Anwerbungen kommen. Zweifellos sind manche aber auch angewidert von der Brutalität des „Heiligen Krieges“. Sollten diese bei Sicherheitsbehörden Angaben machen und damit „Verrat“ begehen, würden sie „gelyncht“ werden. Viele der Rückkehrer wurden bereits bei der Ankunft auf dem Flughafen ihres Landes verhaftet. Neuerdings benutzen sie daher ein benachbartes Ausland und sickern dann auf dem Landwege in das Land ein, aus dem die kamen. Zu denken geben sollten die Waffenfunde in jüngster Zeit bei eigentlich allen Festgenommenen. Auch die in etlichen Ländern festzustellenden Ankäufe von Kalaschnikow-Waffen sind kaum Zufall.



Salafisten in Frankfurt: Hinter der freundlichen Fassade versteckt sich radikales Gedankengut

Die Kommunikation der Dschihadisten von und nach Europa erfolgt seit Monaten konspirativ. Man verwendet Messenger-Dienste auf Mobiltelefon wie Threema und WhatsApp, die verschlüsselt sind. Europäische Nachrichtendienste können deren Code bisher kaum entziffern. Die NSA hingegen kann jeden Code „knacken“, und so verwundert es nicht, dass immer noch die meisten Verhaftungen von „Gotteskriegern“ in Deutschland letztlich auf den US-Abhördienst zurückgehen.

Die Bundeswehr hat Sorge, zukünftige IS-Kämpfer könnten Soldat werden mit dem ausschließlichen Ziel, nach erfolgter Ausbildung in den Dschihad zu ziehen. Unbestritten kämpfen dort frühere Bundeswehr-Soldaten. Innerhalb der belgischen Armee gibt es gegenwärtig 15 solcher „Gotteskrieger“ in spe.

Sollten die Dschihadisten eine Guerilla-Armee anstreben? Obwohl vor bereits elf Jahren in Österreich die ersten Aktivitäten zu spüren waren, haben die Bundesrepublik und gerade auch ihre Sicherheitsbehörden den „Heiligen Krieg“ etliche Jahre unterschätzt. Warnungen, Mahnungen von Islam-Experten wurden allzu lange verlacht. Man habe „alles im Griff“, tönte der örtliche Polizeichef nach dem nur zufällig aufgedeckten Bombenanschlag auf dem Bonner Bahnhof. Jetzt musste sich sogar der G7-Gipfel mit dieser Gefahrenlage auseinandersetzen. Die breite Öffentlichkeit wurde viel zu spät informiert. Noch heute ist die internationale Zusammenarbeit der Abwehrstellen - nicht selten sogar innerhalb der einzelnen Bundesländer Deutschlands - oft zu verbessern. Inzwischen hat die Bundesregierung Ausweispapiere eingeführt, die IS-Verdächtigen die Ausreise verbieten. Ihr Erfolg in diesem Untergrund-Milieu dürfte nicht hoch sein. Endlich richtet man auch in der Bundesrepublik Beratungsstellen für Dschihad-gefährdete Jugendliche ein. Die deutsche Polizei indes muss immer noch auf Kalaschnikow-kugelsichere Westen warten. Die EU plant jetzt den Aufbau eines Europäischen Anti-Terrorzentrums, das hoffentlich nicht lediglich eine bürokratische Einrichtung mit realitätsfremden Beamten darstellen wird. Eine aktive Gegenwehr des Westens wird höchste Zeit.

René Luzern

Unruhen in Eriwan

Russland fürchtet »Elektro-Majdan« in Armenien

Die Enttäuschung über die abgesagte Annäherung an die Europäische Union, die Entwicklung der Beziehungen zu Russland, Ärger über Korruption und die Arroganz der Macht sind Hintergründe der sozialen Proteste in Armenien, die zu einer weiteren „Farbenrevolution“ in einer ehemaligen Sowjetrepublik führen könnten.

Seit Tagen erlebt die Hauptstadt Armeniens soziale Unruhen, wie sie das ärmste Land des Kaukasus seit Jahren nicht mehr erlebt hat. Bis zu 20000 Armenier sind trotz großer Hitze in den letzten Tagen auf die Straßen gegangen, um gegen die für August geplanten massiven Preiserhöhungen für Strom zu demonstrieren. Im Zentrum Eriwans wurden Barrikaden aus Müllcontainern errichtet. So hatte einst der Euromaidan in Kiew auch begonnen.

Nicht die etablierten Oppositionsparteien, die mindestens ebenso korrupt und von Vetternwirtschaft durchsetzt wind wie die Regierung, stehen hinter den Prosteten, sie werden vielmehr getragen von jungen Aktivisten, die sich auf Facebook oder Twitter "Nein zur Plünderung" oder „#Electricyerevan“ nennen und bisher nur am Rand eine Rolle in der armenischen Politik spielten.

Es handelt es sich um die größte soziale Protestwelle der letzten Jahre in Armenien. Ärger über mangelnde wirtschaftliche Perspektiven, Korruption und Arroganz der Macht spielen bei den Protesten die Hauptrolle. Zu Beginn der Proteste hatte die Polizei 237 Demonstranten vorübergehend festgenommen, die den Präsidentenpalast blockierten. 25 Personen wurden verletzt, elf davon Polizisten, erklärte das Gesundheitsministerium.

Armenien, das bereits in den letzten Jahren hart unter einer

Geplante Erhöhungen des Strompreises waren der Auslöser

hausgemachten Wirtschaftsmisere gelitten hat, muss jetzt den Währungsverfall des russischen Rubels mitverkraften, Russland ist der wichtigste Handelspartner und liefert einen Großteil der Elektrizität des Landes. Erst im letzten Jahr hatte sich Armenien der EU geöffnet und war der Östlichen Partnerschaft beigetreten. Gleichzeitig war das Land jedoch auch der Eurasischen Union Putins beigetreten. Aus diesem Grund wurden auch bei den Demonstranten europäische Fahnen gesehen. Russland fürchtet jetzt auch in Armenien, wie bereits in Georgien und der Ukraine, eine sogenannte Farbrevolution, in Moskau spricht man bereits von einem „Elektro-Maidan“. Auch in Kiew und Tiflis hatten die revolutionären Umwälzungen mit sozialen Protesten begonnen. Washington und Brüssel und die OSCE zeigten sich tief besorgt über die Proteste und die Polizeigewalt gegen Demonstranten und Journalisten.

Russland ist Armeniens einziger Verbündeter. Jetzt hat die seit der Ukraine-Krise andauernde Wirtschaftskrise in Russland auch Armenien voll erreicht. Der Kriegszustand mit Aserbaidschan und die gespannten Beziehungen mit der Türkei übersteigen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des kleinen Landes im Kaukasus. Immense Summen werden von der Armee und der Rüstung verschlungen. Armenien kann das militärische Gleichgewicht nur aufrechterhalten, weil russische Truppen in Armenien stationiert sind und helfen, die Grenze zum Nachbarn und Nato-Mitglied Türkei zu bewachen. In Anbetracht dieser Zwangslage wird es schwer für die Regierung, den Demonstranten entgegenzukommen. Eine Umwälzung der Preiserhöhungen für Strom auf alle Steuerzahler, wie angekündigt, wird nicht mehr genügen. *Bodo Bost*

Droht eine neue Kubakrise?

Jetzt soll China eine Stationierung von Atom-Raketen planen

Manche Dementis lesen sich wie eine Bestätigung. Dazu könnten Berichte im chinesischen Internet gehören, wonach Peking gegebenenfalls veranlasst wäre, Kernwaffen auf Kuba zu stationieren. Selbstverständlich wurde von maßgeblicher Seite umgehend erklärt, eine derartige Vorstellung sei derzeit utopisch. Sicher. Aber offenbar nur „derzeit“.

In zehn bis 15 Jahren könne es zu einer neuen Kubakrise kommen, mutmaßt Wassilij Kaschin vom russischen „Zentrum für Analyse von Strategien und Technologien“. Bedenkt man allerdings die Faktoren, die dazu führen könnten, so wäre es auch möglich, dass sich die Lage eher zuspitzt. Ausgangspunkt der Überlegungen ist der Umstand, dass die USA den Pazifischen Ozean als ihr Herrschaftsgebiet betrachten und bislang keine andere Macht dort dulden. Ihr Pflöcke hat die US Navy sehr nahe am asiatischen Festland, das heißt, nahe an China, eingeschlagen: in Japan, den Philippinen, Südkorea und neuerdings Vietnam.

China allerdings gab vor Kurzem eine neue Militärdoktrin bekannt, wonach Peking nicht mehr nur eine Küsten-Verteidigung betreiben, sondern seine Defensive auf die Hohe See ausdehnen wird. Der ständig schwelende Streit um die verschiedenen Inseln im Südchinesischen Meer ist lebhafter Ausdruck davon, sozusagen der kommende pazifische Zwist im Kleinformat.

Selbstverständlich haben sich bislang noch keine offiziellen chinesischen Stellen des Themas angenommen. Vielmehr brachte die taiwanesische Zeitung „Want China Times“ die Sprache darauf. Sie teilte unter Berufung auf das Nachrichten-Portal „Taihainet“ mit, Peking könnte in dem Falle

Die Aufstellung wäre auch diesmal nur eine Reaktion

Kernwaffen auf Kuba stationieren, dass die USA ihrerseits Atom-Raketen im pazifischen Raum aufstellen.

Mit dieser Bedingung ist die Parallelität zur Kubakrise erst komplett. Denn damals schickten die Sowjets deshalb Atom-Raketen nach Kuba, weil zuvor die USA 50 atomare Mittelstrecken-Raketen vom Typ „Jupiter“ in der Osttürkei unmittelbar an der sowjetischen Grenze stationiert hatten. Dieser Zusammenhang ermöglichte dann auch die schiedliche Lösung des Konflikts. Beide Seiten zogen ihre Raketen zurück, die USA, um das Gesicht zu wahren, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die von den "Jupiter"-Raketen gar nichts gewusst hatte. Auch insofern trifft es zu, wenn die "Want China Times" schreibt: "Mit einer Stationierung interkontinentaler ballistischer DF-31-Raketen würde China eine Wiederholung der Kubakrise riskieren."

Das US-Magazin "The National Interest", das halboffiziell die US-amerikanische Weltstrategie begleitet und seinem Publikum erläutert, meint, es sei „in absehbarer Zeit“ unwahrscheinlich, dass Washington Kernwaffen im pazifischen Raum stationiere. Doch natürlich kommt sogleich die Einschränkung: Eine Stationierung hätte allenfalls in Südkorea einen Sinn wegen seiner Nachbarschaft zu Nordkorea und dessen Nuklear-Potenzial.

Dazu passt, dass angeblich eine Mehrheit der Südkoreaner eine Stationierung US-amerikanischer taktischer Atomwaffen in ihrem Land begrüßen würde. Da das US-Repräsentantenhaus vor Kurzem das Pentagon gebeten hat, die Zweckmäßigkeit einer solchen Stationierung zu prüfen, ist diese aus der Utopie in den Bereich des Möglichen gerückt.

Florian Stumfall

Euro-Politik droht Europa zu spalten

Der Süden könnte sich an Griechenland ein Vorbild nehmen, der Norden sich abwenden

In Berlin verzichtet man auf einen Rauswurf Griechenlands aus dem Euro, Athen schluckt harte Auflagen – ein Kompromiss beendet zumindest vorläufig das Drama um ein neues Hilfspaket für Griechenland. Angesichts der dramatischen Verhandlungen ist kaum aufgefallen, dass in den nächsten Jahren nun nochmals eine Summe nach Griechenland fließen soll, von der bisher nicht einmal andeutungsweise die Rede war.

So ging es noch bis Ende Juni bei den Verhandlungen mit Athen darum, ob Griechenland trotz Reformstau eine letzte Rate aus dem zweiten Rettungspaket in Höhe 7,2 Milliarden Euro überwiesen bekommt. Vage angedeutet wurde gelegentlich, dass Griechenland bis zum Jahresende wahrscheinlich noch ungedeckten Finanzbedarf habe. Immerhin erwähnt war damit die Möglichkeit, dass es zu einem späteren Zeitpunkt zu einem dritten „Euro-Rettungspaket" für Griechenland kommen könnte. Bereits in der zweiten Juliwoche tauchten dann verstärkt Medienberichte auf, in denen plötzlich die Rede davon war, dass Griechenland einen höheren zweistelligen Milliardenbetrag benötigt. Das Referendum in Griechenland über die Reformauflagen und die Drohung mit einem „Grexit", einem Ausstieg oder Rauswurf Griechenlands aus dem Euro, ließen in der öffentlichen Wahrnehmung allerdings oftmals verschwimmen, dass nicht mehr über eine Restrate verhandelt wird, sondern schon über ein drittes Paket für Griechenland. Nur wenig später sickerte eine erste konkrete Zahl auf: Die Geldgeber würden bei Griechenland einen Finanzierungsbedarf von 74 Milliarden Euro sehen, so die Berichte. Auch dieser Betrag verschwand in kurzer Zeit. Auf dem EU-Krisengipfel am 12. Juli zirkulierten einem Bericht der Agentur Reuters zufolge bereits Zahlen, die sich im Bereich zwischen 82 und 86 Milliarden Euro bewegten. Es ist davon auszugehen, dass noch vor wenigen Wochen Summen in solchen Dimensionen ins Reich der Fabeln und Verschwörungstheorien verwiesen worden wären.

Insgesamt wirft der inflationäre Anstieg des griechischen Finanzbedarfs beunruhigende Fragen auf: Sollte bei EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds tatsächlich so wenig Sachverstand beisammen sein, dass der Finanzbedarf der Griechen bislang so massiv unterschätzt wurde? Anzunehmen ist vielmehr, dass Athens Finanzlücke zumindest in großen Zügen intern schon länger bekannt war. Das wirft eine weitere Frage auf: Haben einige der Akteure geschickt Regie geführt und bei den Verhandlungen ganz bewusst auf eine Zuspitzung gesetzt, damit die Öffentlichkeit ein drittes Geldpaket für Griechenland besser „schluckt"?

Alimentation statt Hilfe zur Selbsthilfe

Dass in den nächsten Jahren nun nochmals eine beachtliche Summe nach Griechenland fließen soll, könnte dem Krisenprojekt „Euro" allerdings nur kurze Zeit Ruhe verschafft haben. So ist keineswegs sicher, dass der ganz linke Flügel der Syriza-Bewegung mittragen wird, was an Reformauflagen zu erfüllen ist. Auch hat Griechenland nach wie vor kein „Geschäftsmodell". Zu befürchten ist damit, dass das Land dauerhaft vom übrigen Europa alimentiert werden muss.

Eine derartige Alimentation könnte anderswo Begehrlichkeiten wecken, getreu der Maxime: Gleiches Recht für alle. Besonders intensiv verfolgt wurden die Ereignisse der letzten Wochen in Spanien. Dort hat die Schwesterpartei von Syriza, die linkspopulistische Podemos, gute Chancen, bei den Parlamentswahlen in wenigen Monaten an die Regierung zu kommen. Eingeleitet werden könnte damit eine langsame Spaltung der Euro-Zone: Während im Norden die Zeichen eher auf einen politischen Rechtsruck deuten, könnten in Südeuropa Schritt für Schritt populistische Linksparteien wie Syriza, Podemos oder die italienische Fünf-Sterne-Bewegung an die Macht kommen. Die Forderungen, die dann zunehmend die Tagesordnung auf EU-Gipfeln prägen würden, sind leicht absehbar: Schuldenstreichungen und ein Aufgeben des Konsolidierungskurses. Auch aus den Geberländern könnten den „Euro-Rettern" Überraschungen drohen. So beginnen sich Länder wie Slowenien oder die Slowakei nämlich zu fragen, wie sie die Überweisungen nach Athen eigentlich noch stemmen sollen.

Als ein ganz besonderes Problem könnte sich noch Finnland entpuppen. Dort ist nämlich eine öffentliche Debatte entbrannt, ob man mit der Euro-Gemeinschaft womöglich im „falschen Club" sei. Hintergrund der Diskussion um einen finnischen Euro-Austritt ist die Verärgerung darüber, dass die Regierung in Helsinki mit ihrer Ablehnung eines weiteren Kredit-Programms für Griechenland ganz offensichtlich gescheitert ist. *Norman Hanert*



Sein Erfolg wird bei den Nehmerländern Begehrlichkeiten wecken und auf die Gebernationen desillusionierend bis abschreckend wirken: Griechenlands Regierungschef Alexis Tsipras nach Verhandlungen mit den Partnern in der EU Bild: Getty

MELDUNGEN

6,2 Milliarden für Landwirtschaft

Berlin – Deutschlands Landwirtschaft hat 2014 insgesamt 6,2 Milliarden Euro aus den Mitteln der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erhalten. Die GAP besteht aus dem Garantiefonds für die Landwirtschaft, der Direktzahlungen an Landwirte umfasst, und dem Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume. Spitzenreiter bei den Empfängern waren Behörden von Ländern und Kommunen. Ganz oben steht der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt. Er erhielt 2014 knapp 22 Millionen Euro. Spitzenempfänger aus der Privatwirtschaft ist der „Pfalzmarkt", ein Zusammenschluss von 250 Obst- und Gemüsebauern in Rheinland-Pfalz, der rund 4,6 Millionen Euro erhielt. *U.M.*

Zustimmung zu TTIP

Straßburg – Das EU-Parlament hat grundsätzlich für den Abschluss des Freihandelsabkommens TTIP gestimmt. Allerdings fordert es eine Schiedsgerichtsbarkeit, die „demokratischen Prinzipien unterliegt" und die Fälle von unabhängigen Richtern öffentlich verhandeln lässt. Außerdem wird das Prinzip festgeschrieben, dass „private Interessen öffentliche politische Ziele nicht unterhöhlen können". *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.062.027.741.455 €
Vorwoche: 2.061.926.068.142 €

Verschuldung pro Kopf:
25.432 €
Vorwoche: 25.431 €

(Dienstag, 14. Juni 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Strom zum Nulltarif

Russland liefert Energie ins Donezbecken – Kiew verweigert Zahlung

Obwohl die Ukraine die Separatistengebiete im Osten des Landes als ukrainisches Staatsgebiet betrachtet, sorgt Kiews Politik für eine weitgehende Isolierung der Region. Vor allem, was die Energielieferungen dorthin betrifft, macht die ukrainische Regierung gegenüber ihrem Lieferanten Russland eine getrennte Rechnung auf. Damit rechtfertigt Kiew – zumindest im Energiebereich – im Grunde die Existenz einer eigenständigen Ostukraine, wenn diese ihre Beziehungen zu ihrem Lieferanten selbst regeln soll.

Über fünf elektrische Fernleitungen wird Strom in die umkämpften Gebiete geliefert. Seit April hat Kiew für Lieferungen in das Donezbecken nicht mehr gezahlt. Da die Separatistenregierungen nicht über die Mittel verfügen, eigene Verträge mit Russland abzuschließen, versorgt die russische Seite sie seitdem kostenlos mit Energie. Bislang hat Russland monatlich Strom im Wert von 12,7 Millionen Euro weitergeliefert. Mit Kiew konnte noch keine Einigung darüber getroffen werden, wie es weitergehen soll.

Die Grundlage für Energielieferungen in die Ukraine bildet ein Vertrag zwischen dem russischen Energieunternehmen „Inter RAO" und der ukrainischen „Ukrinterergo", einem Unternehmen, das für die Außenwirtschaft auf dem Energiesektor zuständig ist. Laut Vertrag waren Stromlieferungen im Umfang bis zu 1,5 Gigawatt pro Jahr vorgesehen.

Seit dem Frühjahr sind die Zahlungen ins Stocken geraten. Auf Drohungen Russlands, Strom- und Gaslieferungen auszusetzen, folgten Gegendrohungen Poroschenkos, Gaskäufe und Stromlieferungen für die Krim einzustellen. Russland lieferte weiter. Als Jurij Kassitsch, Direktor des staatlichen ukrainischen Konzerns „Ukrenergo", im vergangenen Monat ankündigte, die Ukraine werde für Stromschulden der separatistischen Republiken Donezk und Lugansk nicht mehr aufkommen, schienen die Russen das zunächst zu akzeptieren. Zumindest sieht der ukrainische Energieminister Wladimir Demtschichina es so, wenn er sagt, die Russische Föderation habe sich dazu bereiterklärt, die von Russland in den Donbass gelieferte Strommenge nicht mehr als Export in die Ukraine zu werten. Doch wer zahlt nun für die Schulden der Separatisten? Eine plausible Antwort darauf hat Moskau bislang verweigert. Eine regierungsnahe Quelle spricht sogar davon, dass es ein offiziell gehütetes Geheimnis sei. Das gibt Anlass zu Spekulationen. Ein Experte, der sich mit Energieverträgen auskennt, vermutet, die Lieferungen würden einfach nicht gebucht und stellten so auch kein Problem dar. Möglich ist aber auch, dass die Lieferungen in die Ostukraine auf den Großhandelsmarkt mit einfließen und als Mischkalkulation in den Rechnungen anderer Kunden mit aufgehen. Das glaubt zumindest der Direktor des Fonds für Energieentwicklung, Sergej Pikin. Natalja Prochorowa von der Gazprombank hält eine Erhöhung des Endpreises für Strom in Europa und im Ural um etwa 0,5 Prozent für möglich.

Schulden werden auf andere Abnehmer umgelegt

Auch Gazprom hat seit Februar 750 Millionen Kubikmeter Gas in die Ostukraine geliefert und beziffert den Schaden auf 208 Millionen Euro. In den Konten des Unternehmens wird dieser Betrag als Schulden der ukrainischen „Naftogas" geführt, aber eine Chance auf Begleichung besteht auf lange Zeit nicht. *Manuela Rosenthal-Kappi*

(siehe auch Seite 8)

Renaissance einer Legende

Objekte von »Meyer Optik Görlitz« sind wieder am Markt

In den zurückliegenden Jahrzehnten verringerte sich unter dem Druck aus Fernost die Zahl der deutschen Foto-Unternehmen deutlich. Agfa existiert nicht mehr, Contax-Kameras sind vom Markt verschwunden, Praktica ist ein Label für in Fernost gefertigte Digitalkameras. Auch der Name Porst ist weitgehend Geschichte. Wenn man von Carl Zeiss, Leica und einigen Spezialherstellern absieht, mussten viele Hersteller der optischen Industrie nach und nach aufgeben oder sich neue Geschäftsfelder suchen.

Diese Entwicklung begann in Westdeutschland bereits in den 1970er Jahren, in Mitteldeutschland wurde sie in dramatischer Geschwindigkeit nach 1990 nachgeholt. In Görlitz, einst berühmt für seine optische Industrie, ist vom alten Glanz gerade mal ein Fotomuseum geblieben.

Ausgerechnet eine 1896 in Görlitz gegründete und bereits 1991 beerdigte mitteldeutsche Marke ist nun wieder quicklebendig. Ein niederländisch-deutsches Unternehmen hat die Markenrechte an „Meyer Optik Görlitz" erworben und produziert seit Herbst 2014 Objektive unter dem großen Namen – made in Germany. Die Tradition des Görlitzer Herstellers wird ausdrücklich fortgesetzt: Ein Teil der neuen Objektive – Geschäftsführer Stefan Immes nennt sie „Legenden" – folgt in der Linsenordnung und -berechnung den historischen Vorbildern, so das „Figmentum" mit 35 Millimetern oder das „Trioplan" mit 100 Millimetern Brennweite. Daneben sollen neue Objektive entwickelt werden, welche die alten Vorzüge mit neuen Möglichkeiten verbinden.



Bild: Meyer Optik Görlitz

Meyer-Optik-Görlitz-Objektiv

Meyer Optik Görlitz will mit manuellen Objektiven eine wachsende Marktnische bedienen. Immer mehr Nutzer von Digitalkameras sind mit den schnellen automatisch fokussierten Standardbildern unzufrieden, sie suchen das Zubehör, mit dem sie das besondere, einzigartige Bild schaffen können. Meyer-Optik-Görlitz-Objektive zeichnen sich vor allem durch ein besonderes „Bokeh" aus – bei geringer Schärfentiefe verbreitern sich Lichtpunkte im Unschärfebereich zu attraktiven Kreisformen, die an Seifenblasen erinnern.

Im Juni dieses Jahres lancierte Meyer Optik Görlitz ein neuentwickeltes „Trioplan"-Objektiv bei der Startup-Plattform kickstarter.com. Bereits 24 Stunden nach Einstellung des Angebotes war die zu erzielende Summe von 50 000 US-Dollar erreicht, Anfang dieser Woche war die Mindestsumme um fast 600 Prozent übertroffen, bis zum 26. Juli kann noch gezeichnet werden. Bestellungen liegen inzwischen aus Neuseeland und nahezu allen US-amerikanischen Bundesstaaten vor. Es zeigt sich, dass der alte Name noch heute trägt, noch immer die engagierten Fotografen weltweit fasziniert.

Auf die Frage, ob Meyer Optik Görlitz bald auch wieder in Görlitz fertigen wird, hält sich der Geschäftsführer bedeckt. Noch leisten Zulieferer in ganz Deutschland die Herstellung, die Gläser liefert die Schott AG. Aber mittelfristig, wenn sich das Unternehmen etabliert hat, kann sich Immes eine Endmontage in der Stadt an der Neiße, die dem Unternehmen einst den Namen gab, vorstellen. *Nils Aschenbeck*

Drei Fliegen

Von Jan Heitmann

Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel auf Auslandsreise ist, hat sie meistens den Spendierhosenanzug an. So jetzt auch in Belgrad, wo sie ihrem serbischen Amtskollegen Aleksandar Vucic „Hilfe bei der Bewältigung der steigenden Flüchtlingszahlen“ zugesagt hat. So, als hätten wir dieses Problem nicht selbst. Und das haben wir zu einem nicht geringen Teil Vucics Landsleuten zu verdanken. Obwohl Serbien ein sicheres Herkunftsland ist, strömen diese jeden Monat zu Tausenden in unser Land. Damit steht der Balkanstaat ganz weit oben auf der Liste der Herkunftsländer. Die Anerkennungsquote im Asylverfahren liegt dagegen bei nur 0,2 Prozent und damit ganz unten.

Dabei lassen sich ganz einfach drei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Alle Serben, die nicht asylberechtigt sind, werden unverzüglich und konsequent in ihr Heimatland abgeschoben. Und schon haben wir Geld und Unterbringungskapazitäten, um Serbien diejenigen abzunehmen, die echte Flüchtlinge sind und unsere Hilfe verdienen. Damit wäre allen geholfen. Wir wären die serbischen Asylbetrüger los, Serbien würde etwas weniger unter der ungeheuren Flüchtlingsmasse ächzen und die wirklich Verfolgten wären bei uns endlich in Sicherheit.

»Muttis« Floskeln

Von Frank Horns

Die Kanzlerin hat gesprochen. „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“, tat sie in einer früheren Phase der Griechenlandverhandlungen kund. Zur jüngsten Einigung mit dem unwilligen Mega-Schuldner gab sie diese Erkenntnis zum Besten: „Die Vorteile überwiegen die Nachteile.“ Bei anderer Gelegenheit hatte sie Erschöpfendes zum Thema Terrorismus zu vermelden: „Man muss darauf gültige Antworten finden.“

Merkel-Deutsch ist Kindergarten-Deutsch, und es lässt einen gruseln. Sicher, viele Politiker beschränken sich auf Floskeln und Plattitüden, wenn sie vor den Wähler treten. Sie haben damit ihren Teil zur Politikverdrossenheit beigetragen. Die Kanzlerin aber ist die Königin des Dummsprechs. Kein wichtiges, existentielles Thema, dass sie nicht mit schlichtester Wortwahl verharmlost.

Aber lassen wir wirklich so mit uns reden? Hätten Konrad Adenauer und die folgenden sechs Kanzler so zum Volke gesprochen? Das Schlimmste ist: Nach fast zehn Jahren Kanzlerschaft scheint Deutschland wie hypnotisiert zu sein von derlei Geschwätz. Eingelullt und weggetreten belohnen die Deutschen ihre Kanzlerin mit beispiellosen Beliebtheitswerten. Fehler der Regierung gleiten an ihr ab, als würde sie gar nicht mehr dazugehören. „Mutti“ schwebt auf ihren Wortwolken unerreichbar über dem Bundeskanzleramt. „Warum habt ihr denn nicht gemerkt, dass ihr für dumm verkauft werdet?“, werden spätere Generationen vielleicht ratlos fragen.

Man wird darauf eine gültige Antwort finden müssen.

Fremde im eigenen Land

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Seit Wochen beherrscht neben der Griechenland-Krise das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer die Schlagzeilen. Die Notlage der Menschen in der Ukraine, besonders in den umkämpften Gebieten im Osten des Landes, gerät allmählich in Vergessenheit.

Die Menschen auf der Straße sind sich einig: Sie wollen endlich Frieden. Von den Kämpfen in ihren Städten und Dörfern, den Zerstörungen von Schulen, Krankenhäusern und ihren Wohnungen sowie den vielen Toten haben sie genug. Menschen beiderseits der Konfliktgrenze wollen ein Ende der Kämpfe. Selbst Soldaten beider Kriegsparteien resignieren angesichts der Sinnlosigkeit des Bruderkriegs.

Zur Frontstadt ist vor allem die Industriestadt Donezk geworden. Der Bezirk Oktjabrskaja in der Nähe des Flughafens liegt seit Jahren unter Beschuss, während im Stadtzentrum das Leben beinahe so weitergeht, als wäre nichts passiert. Das Leid der Bürger im Rajon Oktjabrskaja hat vor über einem Jahr begonnen. Die Bewohner sind verzweifelt. Sie berichten von Plünderungen, von Stromausfällen und geschlossenen Läden.

> Kiew hat Bürger im Osten des Landes abgeschrieben

Vor Kurzem zogen aufgebrachte Menschen vor das Rathaus der Stadt, um eine Feuerpause und den Abzug schwerer Waffen aus den Wohngebieten zu fordern. Separatistenführer Alexander Sachartschenko, der sich einem Gespräch mit den Protestlern stellte, blieb jedoch unbeugsam. Er gab der ukrainischen Regierung die Schuld an den Kämpfen. Wenn man angegriffen werde, müsse man sich verteidigen. Auf die Forderung der Bürger nach einen runden Tisch und Friedensverhandlungen mit Kiew ging Sachartschenko gar nicht erst ein.

Ebenso taub gegenüber den Friedenswünschen der Bevölkerung zeigt sich die Regierung Poroschenkos. Auch sie beschuldigt die andere Seite, für ein Wiederaufflammen der Kämpfe verantwortlich zu sein. Statt für Normalität zu sorgen, hat Kiew alle Wanderströme in die selbsternannten Volkrepubliken verboten, Renten-, Arzt- und Lehrergehälter zahlt Kiew schon lange nicht mehr. Ukrainer, die vom Osten in den Westen des Landes fahren wollen, müssen sich Kontrollen des ukrainischen Zolls unterziehen. Sie werden zu Fremden im eigenen Land.

Immer mehr Ostukrainer schicken ihre Kinder in Sommerlager auf die Krim, um sie aus der Schusslinie zu bringen. Sie kaufen Medikamente und Waren aus Russland, die sie inzwischen mit Rubel anstelle der Landeswährung Griwna bezahlen. Dies und die Tatsache, dass das Donezbecken insgesamt von Russland mit Strom und humanitären Hilfsgütern versorgt wird, lässt die endgültige Abtrennung von der Ukraine nur noch als Formsache erscheinen. Seine Bürger im Osten des Landes hat Kiew offenbar längst abgeschrieben.



Grenze zwischen der abtrünnigen Republik Donezk und der Ukraine: Weil die ukrainischen Zöllner Ausreisewillige in Autos kaum noch durchlassen, überqueren viele Menschen die Grenze zu Fuß

Bild: Getty

Frei gedacht



Eine Sommerreise

Von Eva Herman

Heiß war es letzte Woche, als wir uns in Hamburg in den Wagen setzten und eine Reise ins südliche Ungarn antraten. Die Autobahnen waren brechend voll, die Menschen schwitzten, glühende Hitze breitete sich aus. Landschaften flogen vorbei, deutsche Bundesländer wechselten. Hin und wieder bogen wir von der Autobahn ab, um etwas Kühles zu trinken oder eine Kleinigkeit zu essen. Wohin wir kamen, waren die Menschen gestresst. Sie litten, unter der Wärme, wohl auch unter zahlreichen Lebensveränderungen vergangener Jahre wie auch in aktueller Zeit. Viele hasteten ihren Zielen entgegen, mit ernsten Mienen, leerem Blick, oft mit sorgenvoll gebeugten Schultern. Die meisten waren durch ein freundliches Nicken oder zustimmendes Lächeln kaum mehr erreichbar. Schwerer Druck lastete ganz offensichtlich auf ihren Schultern. Man kommt ins Grübeln angesichts solcher Eindrücke, eine Art Mitleid für meine Mitmenschen erfasste mich. Wie viele sind es eigentlich, die sich immer noch gegen feststehende Tatsachen zur Wehr setzen, die sie nicht zulassen wollen, weil das eigene noch immer bequeme Befinden einfach nicht wachwerden mag? Weil es auch politisch unkorrekt ist, weil es deswegen Ausschluss bedeutet für den einzelnen, der sich entgegenzustellen wagt all dem Irrsinn. Doch die meisten spüren es längst, was derzeit auf sie zurollt. Augen auf, möchte man immer wieder rufen, schärft eure Sinne, erhebt euch, wehrt euch! Die Veränderungen, die euch drücken, liegen ausgebreitet vor euch! Ihr könnt sie sehen, könntet das Schicksal womöglich wenden, wenn ihr nur endlich tätig werdet und zusammenhaltet! Der wachsende Kollektivdruck ist es, der die meisten Leute offenbar fortwährend im Geiste schwächt, sie bis ins Mark erschöpft. Viele Probleme bleiben vorsätzlich ungedacht, unausgesprochen, weil die Konturen nicht klar sind, auch niemals werden können, solange die öffentlichen, gesteuerten Meinungsmaschinen sämtliche Debatten über drängende Themen verhindern. Wie verkaufte Sklaven lassen wir es zu, erduldend, leidend, so, als hätten wir gar nichts mehr entgegenzusetzen.

Doch zurück zu der kleinen Sommerreise. Hinter Dresden und dem Elbsandsteingebirge fuhren wir nach Tschechien hinüber, ohne Grenzkontrollen, ohne Störung. Wir durchquerten einfach die ehemaligen Grenzstationen, kauften lediglich Maut-Vignetten, die an die Windschutzscheibe geklebt wurden. So, wie wir in Richtung Süden hindurchfuhren, so geht es für andere freilich auch umgekehrt: Keine Kontrollen Richtung Norden, Richtung Deutschland. Niemand hält irgendjemanden irgendwo auf. Das ist wahre Freiheit, sagen unsere Politiker stolz über dieses seit einiger Zeit eingeführte System, das eigentlich gegen jede Geschichtserfahrung zurückliegender Zeiten verstößt, in denen man sich, im Gegenteil, durch Hunderte Kilometer lange Wälle, Grenzen, gar Mauern stets gegen Fremde abzusichern suchte. Um das Eigene, Traditionelle, um seine Kultur und Identität zu wahren.

Von Tschechien ging es, ebenfalls ohne Kontrolle, in die Slowakei, dann nach Ungarn. Es war ganz einfach gewesen, in den Balkan zu gelangen, ebenso leicht, wie später auch die Rückreise war. Aber nun hatten wir das Land der Magyaren erreicht. Ganz hinunter in den Süden Ungarns sollte es gehen, an die serbische Grenze, wo wir etwas zu erledigen hatten. Wir beschlossen, einen Großteil der Strecke über Nebenstraßen zu fahren, um einen Eindruck von Land und Leuten zu bekommen. Einiges hatten wir in den Medien ja schon über Ungarn gelesen und gehört. Das meiste, was unsere Nachrichten verlautbart hatten, klang nicht gerade einladend: Ungarn gehört, neben Tschechien und der Slowakei, zu den ungeliebten Stiefkindern der EU. Immer wieder wird berichtet über zahlreiche Verstöße gegen die Menschenrechte, über regelmäßige Provokationen vonseiten des Regierungschefs Viktor Orbán gegen die vielfältigen EU-Maßnahmen aus Brüssel, über seine verhärteten Positionen zur Familien- und Medienpolitik, über seine „starre“ Haltung zur Flüchtlingspolitik.

Wir fuhren, man soll es kaum glauben, entgegen allen Annahmen durch blühende Landschaften. Die Felder und Agrarflächen wirkten gepflegt und aufgeräumt, ebenso wie die kleinen und größeren Ortschaften, deren bunte Blumengärten und reiche Früchte tragende Obstbäume die sauberen Häuser und Straßen säumten. Merkwürdig, oder? In den Gärten der Restaurants trafen wir auf ruhige, besonnene Menschen. Mit manchen konnten wir uns in deutscher Sprache unterhalten. Ausnahmslos sprachen sie sich voller Respekt für ihre Regierung aus, Junge wie Alte. Konnte das wahr sein, nach alldem, was geschrieben steht? Wir wähnten uns wie in einer anderen Welt, in einem noch funktionierenden Kosmos. Es war wie früher bei uns: Die Farben der Bäume und Blumen leuchteten intensiver, schöner, deutlicher, die Linien der Landschaften wirkten zuweilen fast kristallin-klar. Alles hatte eine andere Schwingung, strahlte Überlegenheit und Ruhe aus. Dieser Eindruck vertiefte sich, als wir die Hauptstadt Budapest erreichten. Sie war genauso aufgeräumt wie ihre Menschen, in deren aufmerksamen Gesichtern meist hellwache Augen strahlten. Nein, dies ist keine Glorifizierung, sondern Tatsache. Diese Welt hier hatte eine Zukunft, so schien es.

Wer aufmerksam die Fakten zusammenstellt, kommt schneller auf Antworten, als gedacht. Eine kleine Recherche genügt: Regierungschef Viktor Orbán hatte am 18. April 2011 den Gottesbezug für die ungarische Verfassung vorgeschlagen, der auch aufgenommen wurde. Die Regierung änderte damit auch ihre familienpolitischen Grundsätze, und zwar in Richtung gesellschaftlicher wie wirtschaftlicher Wertschätzung der Mutter. Begriffe wie Treue, Verantwortung, Heimatverbundenheit und Nationalstolz für das ungarische Volk wurden ebenfalls als Grundpfeiler in der Verfassung verankert. Die internationalen, vor allem deutschen Medien quittierten diese Maßnahmen mit beißendem Zorn und Begriffen wie „nationale Brutstätte“ und „völkisch-mythische Lebensraumideologie“. Während unseres Aufenthaltes in Ungarn nahm die Regierung ebenso klar zu den derzeitigen Flüchtlingsströmen Stellung. Dort meldete man im Radio, das Land habe soeben sein Asylrecht verschärft, um den Zustrom zu begrenzen. Das Parlament in Budapest hatte gerade ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Dieses bildet unter anderem die rechtliche Grundlage für die Errichtung eines vier Meter hohen Zauns an der südlichen Grenze zu Serbien. So solle die illegale Einwanderung gestoppt werden, hieß es. Dann wurde ein Sprecher der rechtskonservativen Orban-Regierung zitiert: „Das Boot ist voll!“

Wohlgemerkt: Die globale Völkerwanderung von Orientalen und Afrikanern in Richtung Europa haben wir durch Nichtstun mitverursacht, obwohl wir beobachten konnten, wie die Kapitalsammelbecken über ihre Aggregate wie Nato, US-Administration und so weiter die Grundlagen schufen für die heutigen Verwerfungen. Im Rahmen unserer westlichen Werte-Dogmatisierung wurden wir zu kritiklosen Mitläufern umgestaltet. Es ist an der Zeit, endlich die Ursachen zu nennen und zu eliminieren, um den Vertriebenen eine menschenwürdige Basis zu schaffen, damit sie in ihrer Heimat bleiben können. Und die Welt wieder normal wird.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal“, fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Weltkunst und Eichenlaub

60 Jahre documenta – Kassel feiert seine internationale Kunstausstellung und die 7000 Eichen, welche die Stadt grüner machten

Eine ausgestopfte Giraffe in der documenta-Halle, ein kalter Luftzug im Fridericianum oder Reisterrassen unterhalb des Schlosses Wilhelmshöhe: Die documenta verblüfft mit ihren Erweiterungen des Kunstbegriffs immer wieder das Publikum. Ihr Erfolgsweg begann am 15. Juli 1955 mit der Eröffnung der ersten documenta im Kasseler Fridericianum.

Das Fridericianum ist das Stammhaus der documenta geblieben. 13 Ausgaben hat es bereits gegeben. Anfangs im Vierjahresrhythmus, seit 1972 alle fünf Jahre. Nun lässt sich die nach der Biennale von Venedig zweitälteste zyklisch stattfindende Ausstellung internationaler zeitgenössischer Kunst zum 60. Geburtstag hochleben.

Kassel war 1955 Schauplatz der Bundesgartenschau. In deren kulturellem Rahmenprogramm brachte Arnold Bode, Professor an der Kunstakademie, die mit Gemälden und Skulpturen bestückte erste documenta unter. Sie sollte anhand von Meisterwerken die westeuropäische Kunstentwicklung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dokumentieren. Große Namen waren vertreten, etwa Picasso und Miró. Oder Lehmbruck, Marc, Kandinsky und Beckmann, die unter der Verfemung durch die Nationalsozialisten zu leiden gehabt hatten.

In Bodes Konzeptpapier heißt es: „Die Ausstellung sollte nur Meister zeigen, deren Bedeutung für die Gegenwart nach strengster Auswahl unbestreitbar ist. Sie sollte vereinen die Bahnbrecher mit den diesem Weg Gefolgten“, etwa die mit aktuellen Gemälden vertretenen Fritz Winter, Ernst Wilhelm Nay und Willi Baumeister. Die Kunstrezensenten und der größte Teil der 130000 Besucher waren begeistert.

Die ersten vier documenta-Ausstellungen leitete Arnold Bode. Seit der documenta 5 (1972) jedoch wechseln die künstlerischen Leiter. Aus Sicht des Landes Hessen haben die neun Leiter und Leiterinnen der documenta-Ausstellungen der letzten 60 Jahre saubere Arbeit geleistet. Deshalb verlieh ihnen Hessens Ministerpräsident Bouffier am 17. Juli in der Alten Brüderkirche von Kassel den Hessischen Kulturpreis. In der Begründung heißt es, dass Arnold Bode, Harald Szeemann, Manfred Schneckenburger, Rudi Fuchs, Jan Hoet, Catherine David, Okwui Enwezor, Roger M. Buergel und Carolyn Christov-Bakargiev als documenta-Leiter mit ihrem individuellen Blick auf die Kunst der Gegenwart Diskurse angeregt und neue Impulse gesetzt haben.

Die documenta hat eine einzigartige Erfolgsgeschichte aufzuweisen. Stetig hat sie unseren Blick auf die zeitgenössische Kunst erweitert. Anfangs wurde die Kunst Nordamerikas miteinbezogen. Später die aus der ganzen Welt. Von Ausgabe zu Ausgabe wuchs die Zahl der Besucher. Zur letzten documenta wurden 904992 Gäste aus aller Herren Länder begrüßt.

Seit 1999 steht auf den Ortsschildern „documenta Stadt Kassel“. Allerdings ist nicht eben viel documenta-Kunst in Kassel verblieben. 13 Außenskulpturen kann man besichtigen. Auf eine „Schnapsidee“ geht ein documenta-Projekt zurück, das im gesamten Kasseler Stadtgebiet Wurzeln geschlagen hat: Die von Joseph Beuys initiierten „7000 Eichen“. Zum Kasseler Freundeskreis von Beuys gehörte der inzwischen verstorbene Reprofotograf Reinhard Grunewald. Der erzählte einmal von einer feuchtfröhlichen Runde, in der Beuys darauf zu sprechen kam, dass er eingeladen sei, für die documenta ein Außenprojekt zu realisieren. Was tun? Einer schlug vor, man könnte sieben Eichen pflanzen. Ein anderer meinte: „Na ja, 70 sollten es schon sein.“ Die Runde war nicht mehr zu bremsen: „Ach was, wir pflanzen 7000 Eichen.“

Den ersten Baum pflanzte Beuys am 16. März 1982. Den Bürgern aber bot sich ein „unschöner“ Anblick. Zu jedem Baum, übrigens sowohl Eichen als auch 36 andere Baumarten, sollte eine Basaltstele gesetzt werden. Diese 7000 Steine wurden in keilförmiger Formation vor dem Fridericianum abgeladen. Die Empörung über diesen Hort von Ungeziefer, Unkraut und Unrat war enorm. Doch immer mehr Bürger beteiligten sich an den Pflanzaktionen, die sich gelegentlich zu Straßenfesten auswuchsen. Pünktlich zur Eröffnung der documenta 8 am 12. Juni 1987 wurde der letzte Baum gesetzt.



Eichenliebhaber: Joseph Beuys (links) pflanzt am 12. April 1984 mitten in Kassel einen „Vernunftbaum“. Oben rechts: Auf Ortschildern nennt sich Kassel amtlich „documenta-Stadt“ Bild: Dieter Schwerdtle; Wikipedia

Die Neue Galerie widmet den „7000 Eichen“ aktuell eine kleine Sonderausstellung. Gleichzeitig sind über ihre Dauerausstellung 30 documenta-Werke und Modelle von Außenskulpturen verteilt. Seit 1982 wird mit Geldern von Stadt und Land systematisch für die Neue Galerie auf der documenta Kunst eingekauft. Daneben beteiligt sich das Fridericianum mit einer umfangreichen Schau über das Schaffen des vermaligen documenta-Künstlers Marcel Broodthaers (1924–1976) an den Geburtstagsfeierlichkeiten. Zudem stellen vom 17. bis 23. Juli im Fridericianum Alexandra Pirici und Manuel Pelmus mit ihren Körpern bedeutende Kunstwerke und Ereignisse der Moderne nach.

Dorothea von Hantelmann hat die vor zwei Jahren an der Kasseler Kunsthochschule eingerichtete Gastprofessur zur Geschichte und Bedeutung der documenta inne. Die Professorin urteilt: Der documenta „ist von ihrem Anfang her der Anspruch eingeschrieben, ein Seismograf für die Kunst und das Denken der Gegenwart zu sein.“

Enormen Wert misst sie dem documenta-Archiv bei. Es ist mit seinen Akten, Dokumenten, Fotografien, Videos und einer der größten deutschen Spezialbibliotheken zur modernen Kunst gleichsam das „Gedächtnis“ der Weltkunstschau. Leider blieb das 1961 auf Initiative Arnold Bodes von der Stadt Kassel gegründete Archiv bislang wegen Unterfinanzierung weit hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Inzwischen hat neben der Stadt auch das Land das documenta-Archiv als wichtigen Garanten für die Zukunftssicherung der Weltkunstausstellung entdeckt. Daher wurde es am 15. Juli in einem feierlichen Akt der documenta- und Museum-Fridericianum-Veranstaltungs GmbH übergeben, deren Gesellschafter die Stadt Kassel und das Land Hessen sind. Damit erhöht sich der bislang 500000 Euro betragende Jahresetat um das Doppelte.

Stadt und Land planen, das Archiv unter Beteiligung des Bundes und privater Sponsoren zum documenta-Institut weiterzuentwickeln. Dazu erklärt Hessens Wissenschafts- und Kunstminister Boris Rhein: „So besteht die Chance, das Thema documenta und Gegenwartskunst auch außerhalb der documenta-Jahre in Kassel durch Publikationen, Fachtagungen, Seminare, kunstpädagogische Angebote und Ausstellungen verstärkt zu präsentieren.“ *Veit-Mario Thiede*

„Joseph Beuys: 7000 Eichen“: bis 31. Januar 2016 in der Neuen Galerie, Schöne Aussicht 1, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr, Donnerstag bis 20 Uhr. Telefon (0561) 31680400, Internet: www.museum-kassel.de. „Marcel Broodthaers“: bis 11. Oktober im Fridericianum, Friedrichsplatz 18, geöffnet Dienstag bis Sonntag 11 bis 18 Uhr. Telefon (0561) 7072720, Internet: www.fridericianum.org. „Alexandra Pirici und Manuel Pelmus: Public Collection of Modern Art.“: Permanente Aktion bis 23. Juli, täglich von 12 bis 18 Uhr im Fridericianum. Am 19. Juli steigt das documenta-Fest, das auf dem Unteren Friedrichsplatz eröffnet wird. Von dort aus führen den ganzen Tag über Rundgänge zu den einzelnen Veranstaltungen in der Stadt.

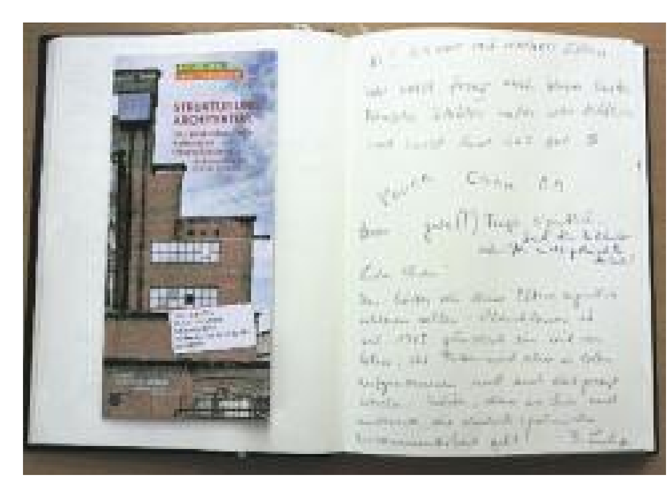
Auf Deutsch, bitte!

Ausstellung über Schlesiens Kulturerbe in Schloss Caputh

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts trieb man die Industrialisierung in der preußischen Provinz Oberschlesien massiv voran. So konnte sich die Region im 19. Jahrhundert zu einem Mittelpunkt industrieller Produktion im preußischen Staat entwickeln. Wie stark das Landschaftsbild verändert wurde durch Bergwerke, Kokereien, Hütten, chemische Industrie und Kraftwerke veranschaulicht die Fotoausstellung „Struktur und Architektur. Das postindustrielle Kulturerbe Oberschlesiens“ im Schloss Caputh südlich von Potsdam.

Die Ausstellung zeigt, wie riesige Industriekomplexe, Zeugen eines der wichtigsten industriellen Zentren des preußischen Staates, den Weltkrieg zum Teil gut überstanden haben. Durch Bomben zerstörte kriegswichtige Anlagen wurden nach 1945 wieder aufgebaut und in den 50er Jahren erneut in Betrieb gesetzt. Die politischen Veränderungen nach 1989 und der Beitritt Polens zur Europäischen Union 2004 führten zu starken Veränderungen. Die veralteten Betriebe konnten nun auf dem Weltmarkt nicht mehr standhalten, sind verschwunden oder stehen kurz vor der Auflösung. Die noch aus Vorkriegszeiten bestehende Industriearchitektur scheint durch Abriss gänzlich zu verschwinden.

Bevor das passiert, besuchte der Fotograf Thomas Voßbeck von der Berliner Gemeinschaft „Europareportage“ die historischen Bauwerke in Polen und hielt mit seiner Kamera fest, was bald im Dunkel der Vergangenheit verschwunden sein wird. So ergaben sich durch Beachtung des Lichteinfalls und einer besonderen Art der Bildkomposition Abbildungen von Hallen und Maschinen einer längst vergangenen Ära.



Eintrag ins Gästebuch: Kritik abgebügelt Bild: Friedrich

Die Ausstellung im Schloss Caputh entstand in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa und dem Schlesischen Museum der Stadt Kattowitz. Schnell erschließt sich dem Betrachter die besondere Ästhetik dieser Architektur und versetzt den Besucher in die Zeit der industriellen Revolution, die inzwischen Patina angesetzt hat.

Die an sich schöne Ausstellung hat doch einen Makel, wie ein Junge, der mit seinen Eltern die Ausstellung besuchte, mit seinem Eintrag ins Gästebuch auf den Punkt brachte: „Warum sind lauter polnische Schilder unter den Bildern?“ Die Kuratorin der Foto-Schau antwortet dem Kind etwas pampig im ausgelegten Buch: „Das hätten dir deine Eltern eigentlich erklären sollen!“ *Silvia Friedrich*

„Struktur und Architektur“, Ausstellung bis 2. August im Schloss Caputh, Straße der Einheit 2, 14548 Schwielowsee, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Eintritt frei. Der Bildband zur Ausstellung kostet 9,80 Euro.

Acht Mal China

Zeitgenössische Kunst aus dem Reich der Mitte an Rhein und Ruhr

Unter dem Titel „China 8“ präsentieren neun Museen in acht Städten an Rhein und Ruhr noch bis zum 13. September zeitgenössische Kunst aus China. Es handelt sich um die bislang größte museale Bestandsaufnahme dieser Art weltweit. Die acht „China-Städte“ sind Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Marl, Mülheim an der Ruhr und Recklinghausen. Rund 500 Werke aus den Sparten Malerei, Skulptur, Fotografie, Tusche, Kalligrafie, Installation und Objektkunst, Video und Klang sind in den Museen versammelt. 120 Künstler sind mit ihren Arbeiten vertreten, unter ihnen namhafte Protagonisten ebenso wie junge, noch unbekannte Künstler.

Jedes der beteiligten Museen übernimmt eine besondere Sparte der zeitgenössischen chinesischen Kunst entsprechend seiner Ausrichtung. Einzig im NRW-Forum Düsseldorf sind Werke von Künstlern unterschiedlicher Sparten zu sehen. Diese Ausstellung endet bereits am 31. August. Unter dem Titel „Neue Figurationen – erzählende Skulptur“ widmet sich das Lehmbruck-Museum in Duisburg im Innen- und Außenbereich der neuen Figuration chinesischer Skulptur. 13 Künstlerinnen und Künstler zeigen Arbeiten aus traditionellen Materialien, die Geschichten aus Chinas Vergangenheit und Gegenwart reflektieren. Teils beinhalten sie verhaltene, selten offene soziale Kritik und verweisen auch auf die Folgen von Umweltzerstörung.

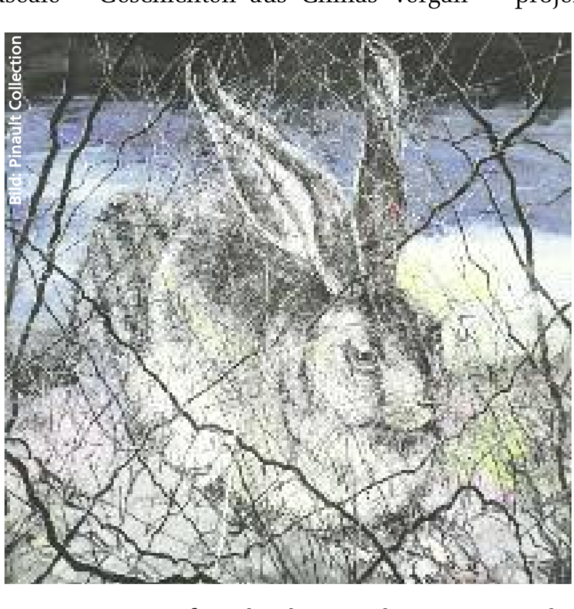


Bild: Pinault Collection

Dürer-Hase auf Farb-Chinesisch: Zeng Fanzhi „Hare“ im MKM-Museum Duisburg

Insgesamt ergibt sich ein facettenreicher Ausschnitt der aktuellen Kunstlandschaft der Volksrepublik China, in der sich Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur weiterhin in rasantem Tempo verändern, beobachtet von einer wachen und ironisch aufgelegten Kunstszene.

„China 8“ ist ein Ausstellungsprojekt, um den kulturellen Dialog zwischen Asien und Europa, China und Deutschland zu fördern, wie der Veranstalter verkündete. Es ist die Stiftung für Kunst und Kultur e.V. Bonn, die erklärtermaßen zeitgenössische chinesische Kunst in Europa bekannt machen möchte.

Auf ihrer Internetseite bekennt sich die Stiftung zu einer Philosophie, die so manchem Künstler aus China und Europa einiges Unbehagen bereiten dürfte, wird darin doch die „effiziente Verbindung von Kultur und Wirtschaft“ propagiert. Wie frei können Künstler noch agieren, wenn ihre Kunst zunehmend kommerzialisiert wird? *D. Jestrzemski*

Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum – Zentrum Internationaler Skulptur, Düsseldorfer Straße 51, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832630/3294. Internet: www.lehmbruckmuseum.de

Mittlerin zwischen Kaiser und Papst

Vor 900 Jahren starb Mathilde von Canossa – Ihre Heimat feiert das Jubiläum mit einem großen Fest

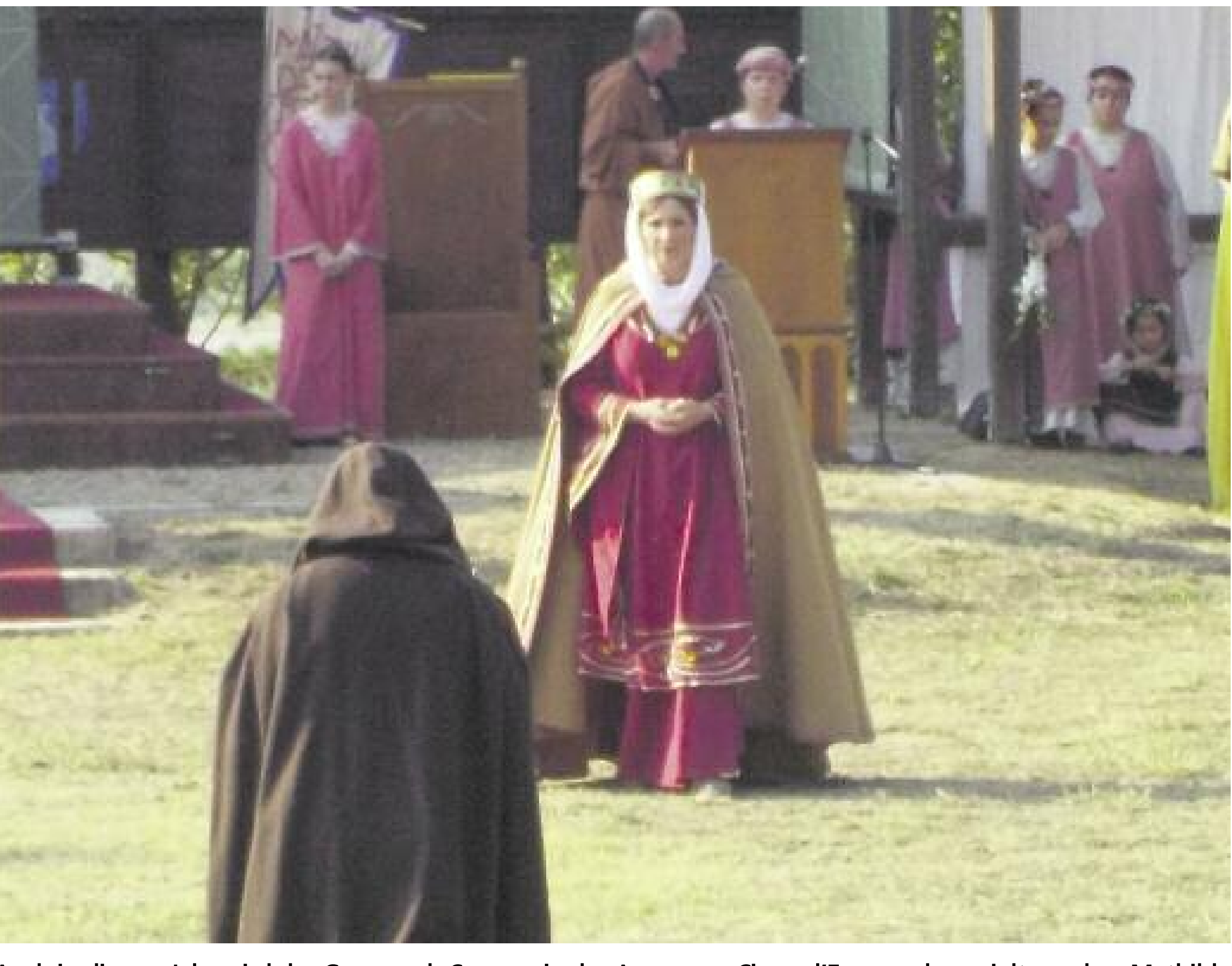
Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Das idyllische Städtchen Ciano d'Enza in der Emilia Romagna bereitet sich seit Monaten auf ein Fest vor, an dem sich ein Großteil seiner 4000 Einwohner aktiv beteiligt. Da werden mittelalterliche Kostüme für die ganze Familie geschneidert und Ritterspiele hoch zu Ross geprobt. „All dies findet zu Ehren unserer Ahnherrin Mathilde von Canossa statt“, erklärt Giovanni, einer der Organisatoren, „Am 24. Juli im Jahre des Heils 1115 verstarb eine der berühmtesten Frauengestalten des Mittelalters mit 69 Jahren.“

Wer war diese Markgräfin, die auch noch 900 Jahre nach ihrem Tode von sich reden macht? Über den Ort ihrer Geburt im Jahre 1046 streiten sich heute noch die Gelehrten. Manche bringen Lucca, Canossa oder Ferrara ins Spiel. Andere plädieren für die lombardische Stadt Mantua. Fest steht, dass Mathilde die Tochter des Herrschers von Canossa und Tuszien, Bonifaz, und dessen Ehefrau Beatrix von Luxemburg war und mit den zwei älteren Geschwistern aufwuchs. Bereits in ihrer Jugendzeit wurde Mathilde in die Pflicht genommen. Mario Bernabei, Publizist, Journalist und intimer Kenner der Vita Mathildes, beschreibt ihre Position innerhalb eines „weitreichenden heterogenen Systems“ als sehr verantwortungsvoll, zumal diese mit vielen gefährlichen Reisen verbunden war. Doch die junge Frau meisterte all diese Herausforderungen mit Charme und Verstand. Bereits in ihrer Kindheit unterschied sich Mathilde von anderen Sprösslingen adliger Häuser durch ihren Wissensdurst. Sie konnte lesen und schreiben – seinerzeit durchaus keine Selbstverständlichkeit –, sprach Latein, die lingua franca des Mittelalters, und war sogar des Lombardischen mächtig, dieser „klingenden spritzigen Sprache der Franken“. Aufgrund ihrer herausragenden Bildung unterhielt die Markgräfin beste Kontakte zu den Herrschern jener Zeit. Auch von der Kurie in Rom wurde sie hoch geschätzt.

Der 25. Januar des Jahres 1077 rückte die trutzige Burg von Canossa ins Licht der Geschichte. An diesem bitter kalten Tag warf sich der Legende zufolge der römisch-deutsche König Heinrich IV. barfuß und im härenen Gewand Papst Gregor VII. zu Füßen, um Vergebung für die Übertretung seiner Befugnisse sowie die Aufhebung des Kirchenbanns zu erbitten. Es ging um die Frage, wem das Recht auf die Einsetzung von Bischöfen zukomme, dem König oder dem Pontifex Maximus. Drei Tage soll der stolze 26-jährige Salier im Vorhof der Burg ausgeharrt haben, bis Seine Heiligkeit sich seiner erbarmte und das Tor öffnete.

Vorarbeit für dieses hoch dramatische Ereignis hatte keine Geringere als Mathilde, die Burgherrin von Canossa, geleistet. Ohne ihre Vermittlung, so behaupten Historiker, wäre die Begegnung nie zustande gekommen. Zu tief seien die beiden Parteien zerstritten gewesen. Heinrichs Verzichtserklärung erwies sich indes als diplomatischer Geniestreich, der seine Position festigte und ihm 1084 die Kaiserwürde einbrachte.

Die zwischen 939 und 988 erbaute Burg von Canossa wurde im Laufe ihrer Geschichte mehrmals schwer zerstört, teilweise restauriert und schließlich dem Verfall preisgegeben. Die auf einem Bergkamm gelegene Ruine kündet heute noch von ihrer einstigen Größe. Ein Museum unterhalb des Hügels dokumentiert das Leben Mathildes und den legendären Bußgang. Die zahlreichen, aus verschiedenen Epochen stammenden Bilder der Markgräfin stellen Mathilde als eine sehr schöne, aristokratische Erscheinung dar. Ein großes düsteres Gemälde direkt über der Eingangstür zieht die Blicke der Besucher magisch an. Es zeigt einen heldenhaften barfüßigen Heinrich mit langen Locken vor dem eisenbeschlagenen Tor der Burg von Canossa. Im Hintergrund sind schemenhaft die Köpfe von Mathilde, Abt Hugo von Cluny und Königsmutter Adelhaid von Turin abgebildet.



Auch in diesem Jahr wird der Gang nach Canossa in der Arena von Ciano d'Enza nachgespielt werden: Mathilde und der vor ihr kniende Heinrich Bild: Buhr

Eine Kopie soll gut sichtbar im Arbeitszimmer des Reichsgründers Otto von Bismarck gehangen haben. Es inspirierte den Fürsten zu seinem Diktum „Nach Canossa gehen wir nicht.“ Anlass für dieses geflügelte Wort, das sich bis heute in unserer Sprache erhalten hat, war die Ablehnung des deutschen Gesandten Kardinal Hohenlohe durch den Heiligen Stuhl. „Seien Sie unbesorgt“, lautete Bismarcks Botschaft 1872 vor dem Reichstag. „Nach Canossa gehen wir nicht. Weder körperlich noch geistig.“ Die auf dem Großen Burgberg bei Bad Harzburg errichtete 19 Meter hohe Canossa-Säule trägt seit 1877 diese Inschrift.

Mario Bernabei, der unterhalb der Burg einen Kiosk mit Büchern und Andenken betreibt, ist nach langen Recherchen über das Leben der Mathilde von Canossa immer noch fasziniert von ihrer Persönlichkeit. „Sie war eine sehr einsame Frau, dabei ihrer Zeit weit voraus“, resümiert er. Bernabei hat ein reich bebildertes, gut gegliedertes Buch über seine historische Lieblingsfigur verfasst. Mancher Hobby-Historiker aus der Region hat sich ebenfalls mit der Vita dieser faszinierenden Frau beschäftigt. Dass Heinrich seiner Wohltäterin, „die ihm sozusagen den Kirchenbann von den Schultern nahm“, zeitlebens dankbar gewesen sei, bestreitet Luigi P. vehement. Während seines zweiten Italienfeldzugs 1092 griff der inzwischen zum Kaiser gekrönte Heinrich Mathildes Truppen an, erlitt jedoch eine empfindliche Niederlage. Und auch der rührseligen Geschichte vom barfüssigen

Am 24. Juli ist es wieder so weit

Heinrich im härenen Gewand, der Gregor VII. unter Tränen um Vergebung bat, erteilt er eine Absage. Wissenschaftler fanden bereits vor langer Zeit heraus, dass der Winter des Jahres 1077 ein ganz besonders strenger mit klirrender Kälte war. „Dem guten Heinrich wären die Füße abgefroren“, lacht er. „Wahrscheinlich ist er in einer Sänfte getragen worden und hat nur die letzten Meter zum Tor der Burg zu Fuß zurückgelegt.“ Aber Menschen lieben nun einmal Legenden, selbst wenn Experten deren Wahrheitsgehalt widerlegen. So wird Heinrich IV. am 24. Juli dieses Jahres in der Arena von Ciano d'Enza erneut vor dem Papst niederknien und ihn in Gegenwart der strahlenden Markgräfin von Canossa demütig um Vergebung bitten. Viva Mathilde! *Uta Buhr*

Stets auf der Seite der Sieger

In Ingolstadt versucht eine Ausstellung »die Geschichte von Napoleon und Bayern einmal aus bayerischer Sicht zu erzählen«

Sauglück“ nannte es Max Joseph von Birkenfeld-Zweibrücken angesichts der undurchsichtigen Erbfolgeverhältnisse der Wittelsbacher, dass er 1799 die Herrschaft in Bayern antreten konnte. Das „Sauglück“ blieb ihm hold. Denn zweimal wählte er sich den passenden Verbündeten. Erst schlug er sich auf die Seite Napoleons. Dem sagte er später gerade noch rechtzeitig „Adieu“ und schloss sich der Koalition gegen den Kaiser der Franzosen an. Der für Bayern erfolgreiche Schlingerkurs aber hat eine zwiespältige Erinnerungskultur nach sich gezogen. Einerseits wird der bayerische Kampf im deutschen Verbund gegen Napoleon betont. Andererseits ist nicht von der Hand zu weisen, dass unter der Obhut des kleinen Korsen die Grundlagen des heutigen Bayern geschaffen wurden.

Vor 200 Jahren erlitt Napoleon die Niederlage bei Belle-Alliance, die ihn zur endgültigen Abdankung und in die Verbannung nach St. Helena zwang. „Es wird also Zeit, die Geschichte von Napoleon und Bayern einmal aus bayerischer Sicht zu erzählen“, wie Margot Hamm betont. Sie ist Kuratorin der vom Haus der Bayerischen Geschichte, dem Bayerischen Armeemuseum und der Stadt Ingolstadt gemeinsam veranstalteten Bayerischen Landesausstellung „Napoleon und Bayern“, die sich in Ingolstadts Neuem Schloss der Franzosenzeit widmet. Die packende Schau führt rund 400 Exponate ins Feld. Repräsentative Gemälde und luxuriöse Gegenstände stellen die „Großkopferten“ vor, persönliche Habseligkeiten und anrührende Gedächtnisbildchen erinnern an das Schicksal der „kleinen Leute“, die deren Politik ausgesetzt waren.

Die Schau beginnt mit dem von Nicolas-Antoine Taunay geschaffenen Monumentalgemälde „Einzug Napoleons in München am 24. Oktober 1805“. Napoleon war den Altbayern willkommen. Denn schließlich sorgte er für eine erhebliche Landeserweiterung. Den bisherigen Kurfürsten Max IV. Joseph beförderte er 1806 zum König. Doch das hatte seinen Preis: Napoleon forderte für seinen Stiefsohn die Hand einer bayerischen Prinzessin. Francois-Guillaume Ménageots Gemälde zeigt uns die zur Ziviltrauung von Eugène de Beauharnais und Auguste Amalie von Bayern am 13. Januar 1806 in die Grüne Galerie der Münchner Residenz“ geladenen Hochzeitsgäste. Zur Prominenz aus Politik und Generalität gesellten sich auf Einladung des von seinen Landeskindern „Vater Max“ genannten Königs vier einfache Bürger.

Gastgeber der diesjährigen Bayerischen Landesausstellung ist das Bayerische Armeemuseum im Neuen Schloss

Einer dieser vier „Volksvertreter“ war der wohlhabende Aichacher Bürgermeister sowie Land- und Brauereibesitzer Lorenz Aloys Gerhauser, den die Franzosenzeit wie viele andere auch in den finanziellen Ruin trieb. Schuld waren die Einquartierungen von Offizieren, Mannschaften und Pferden, die er von 1796 bis 1816 bezahlen musste. Gerhauser hatte alle Einquartierungszettel an einer 15 Meter langen und einen Meter breiten Stoffbahn befestigt, deren Reproduktion ausgestellt ist.

Andere Objekte berichten von Not, Elend und Tod. Zu sehen ist etwa die Einschusslöcher aufweisende weiße Weste des Nürnberger Buchhändlers Johann Philipp Palm, der als Verleger einer antifranzösischen Schrift auf Befehl Napoleons 1806 hingerichtet wurde. Eine Feldflasche verweist auf Andreas Hofer, der die Tiroler in den Freiheitskampf gegen Bayern führte, dem Napoleon Tirol zugeschlagen hatte. Bonaparte ließ Hofer 1810 erschießen. Der bayerische Kronprinz Ludwig, ein erklärter Franzosenhasser, verhielt sich 1809 als einer der Kommandeure des Feldzugs in Tirol gegenüber den Aufständischen so zögerlich und nachsichtig, dass Napoleon wetterte: „Wer hindert mich daran, den Kronprinzen erschießen zu lassen?“ Zu der Zeit hatten sich die bayerisch-französischen Beziehungen eingetrübt. Bayern verlor seine herausgehobene Rolle als Premium-Bündnispartner Napoleons, nachdem Österreich sich 1809 mit Frankreich arrangiert und der österreichische Kaiser dem französischen seine Tochter Marie Luise zur Frau gegeben hatte.

Eine Koproduktion des Hauses der Bayerischen Geschichte, des Bayerischen Armeemuseums und der Stadt Ingolstadt

Doch Napoleons Niedergang war nicht mehr fern: Ausführlich wird der katastrophale Russlandfeldzug von 1812 in Szene gesetzt. Bayern musste für Napoleons über 400000 Mann starke Große Armee rund 30000 Soldaten stellen. Neben Napoleons Taschenfernrohr und seinem während des Feldzuges getragenen Hut ist die Feldflasche Bernhard Weßelbergers ausgestellt. Letzterer gehörte zu den wenigen hundert bayerischen Soldaten, die den Russlandfeldzug überlebten. In ihrer Schlichtheit tief ergreifend sind die Totentafeln, die zum Seelenheil für in Russland umgekommene Soldaten gestiftet wurden. Unter dem am Himmel sichtbaren Kreuz oder dem Auge Gottes kniet auf freiem Feld jeweils ein betender Soldat. Unter der Szene steht auf der einen Tafel: „Peter Asermer in Russland geblieben“, auf der anderen: „Der Huber Hans auch in Russland geblieben.“

Für Bayern wurde es nun höchste Zeit, das Bündnis mit Frankreich zu überdenken. General Carl Philipp von Wrede und Kronprinz Ludwig bedrängten König Max, die Seiten zu wechseln. Doch der Sympathisant Napoleons hatte Skrupel, den Schwiegervater seiner Tochter im Stich zu lassen. Andererseits wollte er nicht für einen möglichen Verlierer sein Königreich aufs Spiel setzen. Bevor der Seitenwechsel amtlich wurde, benachrichtigte Max den Kaiser der Franzosen, dass dieser Schritt unausweichlich sei. Vollzogen wurde er gerade noch rechtzeitig vor der Völkerschlacht bei Leipzig. Am 8. Oktober 1813 schloss Bayern im Vertrag von Ried, dessen Ratifikationsurkunde und geheime Zusatzartikel ausgestellt sind, ein Bündnis mit Österreich. Bayern stellte fortan Soldaten im Kampf gegen Napoleon und bekam dafür seine territoriale Integrität garantiert.

Noch mal „Sauglück“ gehabt. Bayern gehörte so zu den schließlich siegreichen Alliierten. Das zeigt ein Schützenscheibenbild, das in seiner Forschheit außerhalb Bayerns undenkbar wäre. König Max befindet sich darauf gleichberechtigt mit Kaiser Franz I. von Österreich, Zar Alexander I. und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen – die auf den außerhalb Bayerns üblichen Siegerdarstellungen als Triumvirat unter sich bleiben.

Die Schau zeichnet ein differenziertes Bild der Beziehungen Napoleons zu den Bayern. Kritisch hervorgehoben werden die durch ihn ruinierten Staatsfinanzen, die Belastungen der Wirtschaft und das Leid, das er über die Bevölkerung gebracht hat. Aber betont wird auch, was Bayern dem Kaiser der Franzosen zu verdanken hat, nicht zuletzt eine Aufwertung seiner Herrscher zu Königen, eine Erweiterung seines Staatsterritoriums und ein Modernisierungsschub nach dem Vorbild des nachrevolutionären Frankreich.

Veit-Mario Thiede

Nähere Informationen zu der noch bis zum 31. Oktober gezeigten Landesausstellung erteilt das Bayerische Armeemuseum, Postfach 210255, 85017 Ingolstadt, Telefon (0841) 9377-0, Fax (0841) 9377-200, E-Mail: info@armeemuseum.de

Generationen von Ärzten waren beeindruckt

Das Engagement des Pathologie-Professors Carl August Krauspe hat bei der Nachwuchsausbildung Maßstäbe gesetzt

Mit Johannes Zeissler und Luise Rassfeld-Sternberg veröffentlichte Carl August Krauspe 1958 bis 1960 das dreibändige Standardwerk „Die Gasödeme des Menschen". Vor 120 Jahren kam der Student und Professor der Albertina sowie Dekan ihrer Medizinischen Fakultät in Insterburg zur Welt.

Am 19. Juli 1895 wurde Carl August Krauspe als Sohn des Sanitätsrates Franz Krauspe und dessen Ehefrau Elisabeth Heinrici geboren. Carl besuchte die Volksschule, anschließend das Humanistische Gymnasium, das er im März 1914 nach Ablegung der Reifeprüfung verließ. Er begann das Studium der Medizin an den Universitäten Königsberg, Berlin und Greifswald, begleitet durch Kriegsdienst von 1915 bis 1918, zuletzt als Feldunterarzt in Russland und Frankreich. Das Staatsexamen und die Approbation erfolgten am 20. Dezember 1920. Er begann seine weiterführende Ausbildung an einer Reihe von Instituten, zunächst am Pathologischen Institut der Albertina in Königsberg unter seinem verehrten Lehrer Carl Kaiserling. Vom 1. Januar bis 31. Juli 1923 war Krauspe Assistent und Leiter des Medizinaluntersuchungsamts an der Mikrobiologischen Abteilung des Universitäts-Instituts für Hygiene in Königsberg unter der Leitung von Hugo Selter.

> »Die Gasödeme des Menschen« wurde zum Standardwerk

Vom 1. August 1923 bis 1. April 1934 war Krauspe Leiter der Mikrobiologisch-Serologischen Abteilung am Pathologischen Institut der Universität Leipzig unter der Leitung von Werner Hueck. 1926 habilitierte er sich. Nach einer anschließenden Tätigkeit als Privatdozent wurde er 1932 Professor an der Universität Leipzig. Vom 1. April 1934 bis zum 1. April 1935 war Krauspe Direktor des Pathologischen Instituts des Städtischen Krankenhauses Berlin-Moabit und zugleich ordentlicher Professor an der Universität Berlin.

Zum 1. April 1935 erhielt Krauspe den Ruf als ordentlicher Professor und Direktor des Pathologischen Instituts der Universität Königsberg, dem er sofort in die geliebte Heimat folgte. 1938 bis 1940 war er Dekan der Medizinischen Fakultät. In diese Zeit fiel auch die Veröffentlichung seiner Schrift „Über Gewebsveränderungen nach parentaler Eiweißzufuhr mit besonderer Berücksichtigung der fibrinoiden Degeneration". Krauspe gab seinem Institut neue Anregungen und verstärkte die Zusammenarbeit mit Krankenanstalten in der Provinz. Seine wissenschaftlichen Arbeiten richteten sich auf die Pathologie des Knochensystems sowie auf Infektionskrankheiten und Wundinfektionen. Im Zweiten Weltkrieg war Krauspe Beratender Pathologe beim Militär. Bei den britischen Bomberangriffen in den Nächten vom 26. zum 27. und vom 29. zum 30. August 1944 wurde – neben großen Teilen der Stadt – auch das Pathologische Institut der Albertina völlig zerstört. Am 28. Januar 1945 schloss der Kurator die Verwaltung der Albertus-Universität. Krauspe verließ Königsberg und erreichte im Februar 1945 Hamburg. Im Mai 1945 geriet Krauspe in britische Kriegsgefangenschaft, aus der er im April 1946 entlassen wurde.

Der berufliche Neuanfang begann im April 1947 in Kassel als Direktor des Pathologisch-Bakteriologischen Instituts der Städtischen Krankenanstalten. Am 1. April 1948 wurde Krauspe als Ordinarius für Pathologische Anatomie zum Direktor des Pathologischen Instituts der Universität Hamburg berufen, wo er bis zu seiner Emeritierung am 30. April 1965 tätig bleiben sollte; ja, bis zu seinem Todestag, dem 28. August 1983, wirkte er als Emeritus in einem Arbeitszimmer des Instituts.

In der Hansestadt hat Krauspe seine wissenschaftlichen Arbeiten über die Mutation von Bakterien durch chemotherapeutische Einflüsse sowie seine Untersuchungen zur pathologischen Anatomie der Infektionskrankheiten, des Skelett- und Knochensystems sowie des Gastro-Intestinaltraktes fortsetzen können. In diese Hamburger Zeit fiel auch die Veröffentlichung seiner grundlegenden Untersuchungen über die „Gasödeme des Menschen". Von 1958 bis 1960 publizierte er sie zusammen mit Johannes Zeissler und Luise Rassfeld-Sternberg in drei Bänden, ein Standardwerk.



Bild: Achiv

Vor 120 Jahren in Insterburg geboren: Der Albertina-Professor Carl August Krauspe

Doch nicht nur sein schriftliches Werk wusste zu beeindrucken, sondern auch seine um acht Uhr beginnende Hauptvorlesung. Für die Vielfalt an präsentierten Diapositiven brachte Krauspe ein bemerkenswertes Opfer. Tag für Tag begann er bereits um fünf Uhr mit den Vorbereitungen. Diese besondere Unterrichtsarbeit hat Generationen von Ärzten beeindruckt. Im Sektionssaal ließ Krauspe an jedem Vormittag Fälle vorstellen. Er suchte das klinische Gespräch mit Kollegen und sah die Pathologie stets im Dienst der Klinik.

Krauspe war viele Jahre Leiter des Hamburger Pathologen Vereins; er wurde Hamburger Ärzten durch seine Tätigkeit in Fortbildungsveranstaltungen bekannt. Krauspe war Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Pathologie; von 1953 bis 1962 war er Schriftführer der Gesellschaft und damit Herausgeber der „Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Pathologie". 1962/63 war Krauspe Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Pathologie und zur gleichen Zeit Präsident der Norddeutschen Gesellschaft für Tuberkulose. Krauspe suchte einen Europäischen Verbund der Pathologischen Gesellschaften herzustellen. Zunächst kam es zu einer Deutsch-Italienischen Pathologischen Gesellschaft, der die Gründung der Europäischen Gesellschaft für Pathologie 1964 folgen sollte. Krauspes Anerkennung in der Wissenschaft reichte von Finnland bis Italien. 1961 wurde er Ehrendoktor der der Universität Perugia; die Universität Helsinki verlieh ihm ihre Silberne Medaille und die Accademia Medica Lombarda die Ehrenmitgliedschaft.

Über alledem blieb Krauspe seiner ostpreußischen Heimat tief verbunden. Er gehörte der Ostpreußischen Arztfamilie an und war seit 1958 Traditionsvorsitzender des Königsberger Vereins für wissenschaftliche Heilkunde. Beim Familientag vom 31. Mai 1970 berichtete er über „Wissenschaftliche Heilkunde und praktische Medizin in Ostpreußen" (Osterrundbrief 1981). Als Beilage zum Osterrundbrief 1969 hat er eine wertvolle historische Arbeit veröffentlicht: „Zur Geschichte der Allgemeinen Pathologie und Pathologische Anatomie an der Albertus-Universität zu Königsberg i. Pr.".

Krauspe war ab dem 3. September 1925 mit der Medizinerin Ilse Ploch verheiratet; der Ehe entsprangen mit Eva und Sabine zwei Töchter. Seine Frau, die Kinder sowie zwei Enkel boten das Glück der Familie; hinzu trat die geliebte Musik. *E.B.*

Preußens Außenminister beim Tilsiter Frieden

August Friedrich Ferdinand von der Goltz leitete das Außenressort, solange Hardenberg aus Rücksicht auf Napoleon pausierte

Er war ein mittelmäßiger Diplomat, der eher durch strickte Loyalität als durch Verhandlungsgeschick glänzte. Nachdem Preußens Außenminister Karl August von Hardenberg 1806 auf Druck Napoleons hatte zurücktreten müssen, schlug trotzdem die Stunde des Grafen August Friedrich Ferdinand von der Goltz. Glanzvoll wurde seine folgende sechsjährige Amtszeit als Außenminister nicht. Am Ende erregte er sogar den allgemeinen Volkszorn.

Der Graf entstammte einem Adelsgeschlecht, das auf den Grafen Andreas von Dienheim zurückging, der im 12. Jahrhundert in den Besitz der polnischen Herrschaft Golczewo gelangt war. Danach expandierte die Familie durch ihre Verbindungen mit dem Johanniterorden und dem Deutschen Orden nach Pommern und Ostpreußen. In der Folgezeit brachte sie unter anderem fünf Feldmarschälle und 38 Generäle hervor, die zumeist in preußischen Diensten standen. Dahingegen avancierte Graf Carl Friedrich von der Goltz zum kursächsischen Obristen sowie zum Direktor der Feuer-Sozietätskasse und Landschaftskasse in Dresden.

Dort erblickte dann auch am 20. Juli 1765 sein Sohn August Friedrich Ferdinand das Licht der Welt. Dieser studierte später in Frankfurt und Leipzig. 1787 wurde er auf Empfehlung des preußischen Staats- und Kabinettsministers Graf Ewald von Hertzberg von König Friedrich Wilhelm II. zum Legationsrat ernannt und in die diplomatische Personalreserve in Berlin eingegliedert.

1788 schickte Hertzberg seinen Protegé nach Polen-Litauen, wo er die weitreichenden Verwandtschaftsbeziehungen derer von der Goltz nutzen sollte, um für einen Allianzvertrag mit Preußen zu werben. Und dies tat der junge Graf offensichtlich auch mit einigem Erfolg, denn sonst hätte Hertzberg ihn wohl kaum 1790 für die Dauer der Abwesenheit des preußischen Gesandten Marchese Girolamo Lucchesini zum Geschäftsträger in Warschau ernannt.

> Während König und Staatskanzler nach Schlesien auswichen, blieb er als Vorsitzender der »Ober-Regierungscommission« in Berlin

Ab Juli 1792 fungierte von der Goltz als Gesandter in Kopenhagen. Dort langweilte er sich freilich so sehr, dass er mit Freuden auf das Angebot einging, an den Hof des Kurfürsten von Mainz zu wechseln. Doch dort hatte der Graf ebenfalls kaum etwas zu tun – das gleiche galt für die Jahre bis 1798, die er als Gesandter in Schweden verbrachte. Anschließend lebte von der Goltz in Westpreußen, wo er vor allem damit beschäftigt war, seine desolate finanzielle Situation zu ordnen. Diese verhinderte die Annahme von weiteren Dienstposten in München und Madrid.

Dann aber ernannte ihn König Friedrich Wilhelm III. im April 1802 zum Vertreter Preußens in Russland. Diese wichtige Stellung bekleidete der Graf zur großen Zufriedenheit sowohl des preußischen Königs als auch des russischen Zaren, obwohl er seine Aufgabe eigentlich nicht sonderlich gut erfüllte. So blieben ihm beispielsweise viele Feinheiten der russischen Außenpolitik verborgen, weil er über keine eigenen Informanten in Sankt Petersburg verfügte.

Aufgrund des Vertrauens, das von der Goltz genoss, nahm er ab 1806 an den geheimen Verhandlungen teil, die zum Frieden von Tilsit vom 7. und 9. Juli 1807 führten, mit denen der Vierte Koalitionskrieg zwischen Preußen und Russland auf der einen sowie Frankreich auf der anderen Seite beendet wurde. Kurz vor dem Vertragsabschluss, am 6. Juli wurde ihm sogar noch der Posten des preußischen Außenministers übertragen. Napoleon hatte es nämlich rundheraus abgelehnt, mit dem bisherigen Amtsinhaber Karl August von Hardenberg an einem Tisch zu sitzen. Seit dem Abschluss des Potsdamer Vertrages vom November 1805, der Preußen zu seiner Überraschung in das Lager seiner Gegner geführt hatte, hielt der französische Kaiser den deutschen Freiherrn für den „entehrtesten Menschen in Europa". Deshalb trug von der Goltz dann auch eine ganz maßgebliche Mitverantwortung für die Vereinbarungen von Tilsit und die Folgeabkommen von Königsberg und Paris, die für Preußen nachgerade katastrophal ausfielen. So verlor das Königreich über die Hälfte seines Territoriums und geriet zudem durch die auferlegten Kriegskontributionen in Höhe von 120 Millionen Franc beziehungsweise 32 Millionen Reichstalern in größte finanzielle Bedrängnis.

> Nach der Gründung des Deutschen Bundes wurde er preußischer Gesandter beim Bundestag in Frankfurt, wo er acht Jahre blieb

Um wenigstens in diesem heiklen Punkt eine Verbesserung zu erreichen, reiste von der Goltz im Herbst 1808 zum Erfurter Fürstentag, auf dem Bonaparte mit Zar Alexander I. zusammentraf. Und dort gelang es ihm dann tatsächlich, einen Nachlass von 20 Millionen Franc auszuhandeln. Dadurch konnte er sich zunächst auch im Amt halten, als Hardenberg 1810 zum quasi omnipotenten Staatskanzler ernannt wurde, und am Zustandekommen des Vertrages vom Februar 1812 mitwirken, in dem Preußen, das immer noch mit dem Rücken zur Wand stand, die Verpflichtung einging, Napoleons Feldzug gegen Russland zu unterstützen.

Allerdings scheiterte das Unternehmen unter dramatischen Verlusten. Nach der preußisch-russischen Konvention von Tauroggen vom 30. Dezember 1813 wechselte Preußen erneut die Seiten und blies zum Befreiungskrieg. Am 20. Januar wurde von der Goltz zum Vorsitzenden der „Ober-Regierungscommission" ernannt, die im französisch besetzten Berlin verbleiben sollte, während Friedrich Wilhelm III. und Hardenberg nach Schlesien zogen, wo sich die Heere der Anti-Napoleon-Koalition sammelten. In dieser Funktion wurde der Graf schnell zur Zielscheibe des Volkszorns, trat er doch nach Ansicht vieler gegenüber den zum Abrücken gezwungenen Franzosen deutlich zu kulant auf. Vor diesem Hintergrund hatte der König keine Einwände, als Hardenberg im August 1814 beschloss, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Preußens nun wieder komplett selbst zu übernehmen.

Goltz wurde von seinem König jedoch insoweit entschädigt, als dieser ihn zum Oberhofmarschall ernannte. In diesem Amt zeichnete der Ex-Außenminister nun für die Organisation und Beaufsichtigung des gesamten Haushaltes von Friedrich Wilhelm III. verantwortlich. Da er sich jedoch nach wie vor für einen begnadeten Diplomaten hielt, befriedigte ihn dies indes in keiner Weise. Deshalb ging sein Trachten danach, zum preußischen Gesandten beim Bundestag des 1815 gegründeten Deutschen Bundes ernannt zu werden, was 1816 schließlich auch geschah. Hernach verblieb von der Goltz acht Jahre in Frankfurt am Main, bis Carl Ferdinand Friedrich von Nagler an seine Stelle trat und er wieder die Aufgaben des Oberhofmarschalls übernehmen musste, die ihn an Berlin banden. Dort starb der Graf dann schließlich am 17. Januar 1832.

Wolfgang Kaufmann

Neuer Straßenname im Namen Willi Bredels

Zu: Kriegerehrenallee soll weg (Nr. 27)

Selbst die schon 1914 im Ersten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten sollen jetzt auch mit dem Makel belastet werden, dass ihre Ehrung die Akzeptanz der deutschen Kriegsziele impliziert. Mit Steuergeldern hoch finanzierte Institutionen, so auch in Hamburg, phantasieren immer neue Bösartigkeiten gegen Verstorbene herbei, die sich nicht mehr gegen den Vorwurf wehren können, statt ihr Vaterland verteidigt, Eroberungskriege geführt zu haben.

Bevor sie sich mit der Umbenennung der Kriegerehrenallee im Hamburger Friedhof Ohlsdorf beschäftigt, sollte die maßgeblich mit der Umbenennung befasste „Willi-Bredel-Stiftung“ erst einmal ihren Namen abändern; denn Willi Bredel war ein demokratiefeindlicher Stalinist, der bereits 1923 aktiv an einem kommunistischen Umsturzversuch in der Weimarer Demokratie teilnahm, 1936 als kommunistischer Kriegskommissar im Spanischen Bürgerkrieg eine kommunistische Diktatur errichten wollte und später in der DDR ab 1954 dem Zentralkomitee der SED angehörte.

Eine staatlich geförderte Institution, die sich mit dem Namen eines demokratiefeindlichen Subjekts schmückt, hat kein Recht auf Abänderung eines über 100 Jahre alten, den gefallenen deutschen Soldaten Ehre erbietenden Straßennamens. Dabei stellt sich zwangsläufig die Frage, ob diese fragwürdige Stiftung nach ihrem Vorbild Bredel jetzt auch auf die Abschaffung der Demokratie in Deutschland hinarbeitet. Davon muss man nämlich bei Beibehaltung ihres derzeitigen Namens ausgehen.

Ingo Schewiola, Hamm

Dummheit verliert

Zu: Eine Schande (Nr. 27)

Das Geschenk des Bundespräsidenten an Königin Elisabeth II. scheint bei einigen Pressevertretern jenseits des Kanals wenig Beifall gefunden zu haben. Das Gemälde entspräche nicht den üblichen Standards. Was ist aber heute Standard?

Picasso sagte einmal (*PAZ* vom 9. November 2002): „Ich habe die Leute mit dem gefüttert, was von mir verlangt wurde, und den Kritikern habe ich dazu die lächerlichsten Ideen vorgesetzt, die mir gerade durch den Kopf geschossen kamen. Je weniger jene davon kapierten, desto größer war ihre Bewunderung. Und da ich dieses Spiel mit ihnen trieb, wurde ich berühmt – und zwar schnell. Für den Menschen bedeutet Berühmtheit, verkaufen zu können und zu Wohlstand zu gelangen ... Aber im Stillen betrachte ich mich überhaupt nicht als Künstler ... Ich bin nur ein Allerweltsclown, ein Marktschreier. Ich habe meine Zeit verstanden und lediglich von der Dummheit und Eitelkeit unserer Zeitgenossen profitiert.“

Dazu passt auch ein Zitat frei nach Hannah Arendt: „Das Wesen der Moderne besteht im Verlust des gesunden Menschenverstands.“

Martin Knappke, Karlsruhe

Leserbriefe bitte an: *Preußische Allgemeine Zeitung*, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Kriegerehrenallee im Ohlsdorfer Friedhof von Hamburg: Demnächst wird das Straßenschild auf Bestreben einer Gesellschaft, die den Kommunisten Willi Bredel ehrt, ersetzt Bild: Heitmann

Hinterhältiges Verhalten

Zu: Giffey blamiert (Nr. 25)

Das hinterhältige Verhalten dieser religionsfanatischen Dame Betül Ulusoy, die Neuköllns Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey mit einer Stellenabsage düpiert hat, ist in meinen Augen rassistisch. Aber ihre Vorgehensweise hat natürlich genau so viel mit dem Islam zu tun wie die tausendfachen Terrormorde des IS oder anderer Terrororganisationen, die religiös motivierten Morde durch die Ayatollahs im Iran, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, weibliche Genitalverstümmelung oder moslemischer Judenhass. Nämlich gar nichts.

Ihre miese Vorgehensweise ist ausschließlich darauf zurückzuführen, dass sie wie alle hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, von besonders Muslime, von frühester Kindheit an diskriminiert und benachteiligt wurde sowie einen unerträglichen Rassismus zu ertragen hatte. Spöttisch gesagt ist dies auch mit ein Grund, warum so „wenige“ Flüchtlinge in dieses Land kommen.

Aber ich bin fest im Glauben, dass dieses bemitleidenswerte Geschöpf bald eine gut dotierte Anstellung auf Kosten der Gesellschaft bekommt, damit sie dann genau diese Gesellschaft, die sie alimentiert, auch in Ruhe weiterbekämpfen kann. Dafür werden schon Leute von Gauck über Fahimy, Ramelow bis Roth und der gesamte Rest der Islam- und Asyllobby sorgen.

Ralf Kulbrock, Bielefeld

Entwürdigung der Gefühle

Zu: Kriegerehrenallee soll weg (Nr. 27)

Mein Vater, Ferdinand Martin Mittner, war Oberjäger der 10. Kompanie im Jägerregiment 204 der 97. Jägerdivision. Was er im Weltkrieg tat? Er kämpfte, weil er musste – nicht weil er eine Lust daran hatte. Das gilt nicht weniger für die „neuen“ Gefallenen der Gebirgstruppe. Bekommen hat er außer seinem Grab in der Fremde: die Ostmedaille, Kuban-Schild, EK II, Verdienstkreuz mit Schwertern II. Klasse, Infanterie-Sturmabzeichen.

Jede Nation zeigt mit Stolz ihr Lametta – nur bei uns versteckt man das Lob für den fürs Vaterland bewiesenen Mut und die Leistung im Geldbeutel – nämlich beim alljährlichen Pflichterinnertwerden, was wir alles nicht dürfen. Das, heute verbotene, einstige Lob beweist aber, dass mein Vater nicht feige war. Ich weiß nicht, wie vielen seiner Kameraden er damit geholfen oder gar das Leben gerettet hat. Ich sah viele Bilder und erinnere mich sehr gut an ihn: Der Krieg hinterließ, wie bei allen, auch bei ihm schlimme Spuren. Aber er nahm ihm nicht seine Menschlichkeit.

Darf ich nicht trauern um meinen Vater, weil er ein Gebirgsjäger war? Darf ich seiner und seiner gefallenen Kameraden allein oder im Kreis von wenigen noch lebenden Veteranen und Angehörigen von Gebirgsjägern nicht öffentlich gedenken? Darf man einfach, weil es gerade irgendjemandem genehm ist, seit Langem bestehende Gedenksteine oder -plätze rücksichtslos verschwinden lassen? Es ist ein unerhörter Affront uns Lebenden gegenüber und noch eine viel größere Schande, verallgemeinernd und rigoros tote Soldaten und deren Ehranspruch zu beleidigen.

Wer wagt die Behauptung, ein ihm nicht bekannter, nie begegneter Toter habe sich unehrenhaft, gar verbrecherisch als Soldat, Wehrmachtsangehöriger, Gebirgsjäger verhalten? Welcher von solchen anmaßenden Köpfen hat auch nur einen Tag lang den eigenen hingehalten in einem Krieg, den keiner der pflichteingezogenen Soldaten wünschte? Wer nicht selber dabei war, der sollte ganz still sein und sich jeder generell verurteilenden und zerstörenden Handlung enthalten.

Mein Vater, zahllose Väter aller Länder sind vom Krieg nicht zurückgekehrt. Mein Leben, das Leben aller ihrer Zurückgelassenen wurde und blieb für alle Zeit davon betroffen und schwer beeinträchtigt. Es ist und bleibt mein Bedürfnis nicht nur zu Hause vergilbte Fotos in Ehren zu halten.

Es ist mein ganzes Sinnen und Trachten, meinen Nachkommen die Geschichte meiner Familie lebendig zu erhalten, ohne deshalb unrühmliche Idole zu erwirken. Eine Entwürdigung meiner Erinnerungen und Gefühle, meines Vaters und aller seiner toten wie auch noch lebenden Gebirgsjägerkameraden durch sich mehrende öffentliche, ungerechtfertigte und höchst verwerfliche Aktionen lasse ich nicht unkommentiert.

Monica Mittner-Hittenkofer, Eschenlohe

Willkürliches Datum

Zu: Am Ende muss die Gerechtigkeit siegen! (Nr. 27)

Die Aussage der „Drei Mächte“ nach dem Zweiten Weltkrieg, dass das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbestehe, war von Anfang an „Schall und Rauch“. Das Datum ist willkürlich und entbehrt jeglicher völkerrechtlicher Grundlage. Völkerrechtlich bestehen zwei Alternativen für die Definition der Grenzen, in denen das Deutsche Reich den 8. Mai 1945 (richtig eigentlich 9. Mai 1945) überdauert hat, je nachdem, ob man den Versailler Vertrag (VV) anerkennt oder nicht.

Erkennt man den VV an, gilt als Stichtag der 31. August 1939. Anerkennt man den VV aber nicht, gilt als Stichtag der 1. August 1914. Jeweils zu diesen Terminen existierte das Deutsche Reich in völkerrechtlich anerkannten Grenzen.

Rolf Bürgel, Darmstadt

Gedenktag – Vertriebenen ein Zuhause geben

Zu: Wie ein Schritt ins Licht (Nr. 26)

Die Vertreibung von 15 Millionen Ostpreußen, Pommern, Sudetendeutschen, Schlesiern, Baltendeutschen, Siebenbürger-Sachsen und Ungarndeutschen war ohne Zweifel die größte ethnische Säuberungsaktion der dokumentierten europäischen Geschichte. Über 2,5 Millionen deutsche Kinder, Frauen und Greise sind dabei umgekommen, wurden von sowjetischen Panzern niedergewalzt, von Rotarmisten erschossen, von Polen und Tschechen erschlagen, sind in der Ostsee ertrunken oder an den Strapazen von Flucht und Vertreibung in Eis und Schnee erfroren.

Die Überlebenden kamen in ein in Trümmern liegendes und hungerndes Land, welches um ein Drittel seiner Fläche reduziert wurde. Mit nichts in der Hand als einem unbändigen Willen haben die Vertriebenen am Aufbau Deutschlands auf beiden Seiten der Elbe teilgenommen. Sie sind es gewesen, die am hartnäckigsten an einer Wiedervereinigung festhielten. Doch wie wurde und wird ihnen ihr überragender Einsatz gedankt?

In der DDR durfte es keine Vertriebene beziehungsweise Flüchtlinge geben, obwohl allein im Landkreis Demmin mehr als 50 Prozent der Einwohner des Landkreises Flüchtlinge waren. Umsiedler sollte es laut Propaganda heißen, obwohl sich weit über 1000 Einwohner bei der sogenannten „Befreiung“ Demmins 1945 das Leben genommen haben und somit ein wenig Platz für Vertriebene in der zerstörten Stadt schufen. Die Sowjets zeigten dabei eine Brutalität auf, wie sie einmalig in der Geschichte der Menschheit steht.

Und die Bundesrepublik? Nach nun 70 Jahren wurde am 20. Juni der „Weltflüchtlingstag“ begangen. Man höre und staune, selbst den deutschen Opfern von Flucht und Vertreibung wurde in diesem Zusammenhang ein kleines Gedenken ausgesprochen. Natürlich mit dem Hinweis vom Bundespräsidenten Joachim Gauck, dass die Landsmannschaften und Heimatverbände die Heimatliebe in der Vergangenheit reichlich diskreditiert hätten. Leider hat er vergessen, dass die deutsche Politik es 70 Jahre verhindert hat, die Vertriebenen und Flüchtlinge zu rehabilitieren.

Keine Frage ist, dass der Weltflüchtlingstag am 20. Juni ein Tag des Gedenkens an die Flüchtlinge in der ganzen Welt bleiben soll. Allein für die gewaltigen und einmaligen deutschen Opfer ist er nicht geeignet.

Die Landesregierungen Bayerns, Hessens und Sachsens haben aus diesem Grunde im Gegensatz zum deutschen Bundestag beschlossen, den Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung ab 2014 auf jeden zweiten Sonntag im September zu verlegen. So war es im vorigen Jahr der 14. September und wird in diesem Jahr der 13. September sein. Dieses zeigt ein angemessenes Engagement, welches für die gesamte Bundesrepublik Deutschland gelten sollte.

Bundespräsident Gauck irrt, wenn er wohl infolge seines Alters eine Gleichgewichtung des Gedenkens an die deutschen Opfer mit den derzeitigen Flüchtlingen vornimmt. Gleichgewichtig kann ein derartiger Vergleich niemals sein, denn die derzeit nach Europa strömenden Flüchtlinge, vor allem junge Männer, verlassen ihre Heimat aus vornehmlich wirtschaftlichen Gründen, was mit den ehemals aus den ostdeutschen Gebieten flüchtenden Frauen, Kindern und Greisen nichts gemein hat. Deutschland tut gut daran, unseren noch heute lebenden Flüchtlingen und Vertriebenen ein Zuhause zu geben, wie sie es sich mit ihrem Fleiß und ihrer Hingabe verdient haben.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg; Dr. Wolfgang Köpp, Alt-Rehse; Gudula Behm, St. Louis/USA

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 29 – 18. Juli 2015

MELDUNGEN

Weniger Arbeitslose

Allenstein – Nirgendwo sonst in der Republik Polen schrumpft die Arbeitslosigkeit so stark wie im südlichen Ostpreußen. Allerdings beträgt sie immer noch 18 Prozent. Das ist nach wie vor die höchste Arbeitslogenquote der Republik. Nach den Daten des Statistischen Hauptamts ist die Arbeitslosenquote in allen Regionen gefallen. Bei allen Arbeitsämtern des gesamten Staates sind 1,78 Millionen Personen registriert, darunter 907 000 Frauen. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es 297 000 weniger Arbeitslose. Über 86 Prozent der registrierten Arbeitslosen haben keinen Anspruch auf Unterstützung. Mehr als die Hälfte davon sind Dorf-Bewohner. Jeder vierte Arbeitslose ist jünger als 24 Jahre. *PAZ*

Fleischfabrik eröffnet

Königsberg – Im Osten des Königsberger Gebietes wurde die neue Fleischfabrik „Furmanowskoje“ eröffnet. Das Unternehmen der Dolgow-Agroholding will in Zukunft pro Jahr über 1000 Tonnen Wurst und bis zu 250 Tonnen Halbfabrikate herstellen. In einem Produktionsgang kann die Fabrik gleichzeitig bis zu 150 Rinder oder 400 Schweine schlachten und verarbeiten. Die Errichtung der für russische Verhältnisse hochmodernen Anlage wurde durch staatliche Kredite zur Sicherung der Lebensmittelautarkie des Königsberger Gebietes unterstützt. Besitzer Alexander Dolgow ist sich sicher, dass seine Wurstwaren einen guten Absatz finden werden, da sie ausschließlich aus einer regionalen und ökologischen Landwirtschaft stammen. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Berghof [Tatary] – Candien [Kanigowo], Baustelle; Palicken [Pawliki] – Powiersen [Powierz], Baustelle; Powiersen [Powierz] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 16: Groß Herzogswalde [Laseczno], Fußgängerzonenbau; Kulessen [Kulesze] – Skomentnen [Skometno], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 57: Wuslack [Wozławki] – Bischofstein [Bisztynek], Baustelle; Bischofsburg [Biskupiec] – Dimmern [Dymer], Randstreifenarbeiten; Groß Schiemanen [Szymany], Baustelle; Klein Schiemanen [Szymanki], Baustelle. Straße Nr. 58: Johannisburg [Pisz] – Bialla [Biała Piska], Randstreifenarbeiten. Straße Nr. 59: Sensburg [Mragowo] – Altkelbunken [Stare Kiełbonki], Rasenmähen. Straße Nr. 65: Bogusze – Staatsgrenze, Baustelle. *E.G.*

Ein Bremer in Ostpreußen

Königberger Kunstgalerie zeigt Fotografien der Werke des Architekten Hans Scharoun

In der Königsberger Kunstgalerie läuft eine Ausstellung über den berühmten Architekten Hans Scharoun, die zuvor in Moskau gezeigt worden ist. Der Initiator Dimitri Suchin, ein Berliner Architekt, Mitglied des „Ksamwyker Kreises“, bemüht sich seit Jahren um den Erhalt der Scharoun'schen „Bunten Reihe“ in Insterburg. Die Ausstellung stellt einen Schritt zum Erreichen dieses Ziels dar.



Vor einem Rundgang durch die Räume: Dimitri Suchin kommentiert die Ausstellung Bild: J.T.

In Kamswyken, einem Vorort von Insterburg, realisierte der gebürtige Bremer Architekt Hans Scharoun mit der „Bunten Reihe“, einer Wohnhaussiedlung, die sich durch ihre farbigen Fassaden von der übrigen tristen Bebauung unterschied, sein Erstlingswerk. Die Fenster setzten sich durch bunte Profile von der Fassade ab, die Hauseingänge waren individuell gestaltet. Die Häuser der „Bunten Reihe“ sind die einzigen farbigen Bauwerke Scharouns, die fast in ihrem ursprünglichen Zustand, mit originalem Stuck und den Dachziegeln, erhalten geblieben sind.

Die Ausstellung in der Königsberger Kunstgalerie zeigt 75 Fotografien von Gebäuden, die Scharoun entworfen hat, sowie Bücher, die über seine Tätigkeit erzählen. Die Aufnahmen stammen von Carsten Krone, Professor für Architektur an der Universsität Mexiko. Die Fotos zeigen Scharoun als Erschaffer von über 300 Projekten, Konstruktionen und Architekturensembles. Zu seinen berühmtesten Gebäuden zählen die Staatsbibliothek in Berlin, die Johanneskapelle in Bochum, das Theater in Wolfsburg sowie das Museum für Schifffahrt in Bremerhaven. Auch die Berliner Philharmonie zählt zu seinen Meisterwerken.

Es ist das Verdienst der deutschrussischen Gesellschaft „Kamswyker Kreis“ und des engagierten Berliner Architekten Dimitri Suchin, dass nicht nur in Königsberg, sondern auch im fernen Moskau eine Ausstellung über den bedeutenden, aber weitgehend in Vergessenheit geratenen Architekten Hans Scharoun gezeigt werden konnte. Der Ingenieur und Architekt ist Mitglied der Kreisgemeinschaft Insterburg sowie im Vorstand der Berliner Scharoun-Gesellschaft.

In Königsberg öffneten Zoodirektorin Swetlana Sokolowa und Irina Koschewnikowa das Tor zur Kunstgalerie. Mit Frau Sokolowa arbeitet Suchin schon seit Jahren zusammen, da der Architekt einst die Zoobauten begutachtet hat.

Teilnehmern des Deutsch-Russischen Forums der Landsmannschaft Ostpreußen sind die Namen Suchin, Sokolowa und Koschewnikowa von deren Vorträgen bei verschiedenen Foren bekannt. Schon vor zwei Jahren berichtete Suchin von seinen Plänen, die Häuser der „Bunten Reihe“ in Insterburg zu retten. Als Ziel nannte er die Realisierung bis zum 125. Jubiläum Scharouns im Jahr 2018. Doch für die aktuelle Ausstellung dient ein anderer Jahrestag: Am 22. August 1915 begann in Stallupönen der Wiederaufbau Ostpreußens nach den Zerstörungen des Ersten Weltkriegs. 1915 fuhr Scharoun nach Insterburg, wo er sich an der „ostpreußischen Wiedergeburt“ beteiligte. Zu Beginn seiner ostpreußischen Periode baute Scharoun während des Ersten Weltkriegs zerstörte Höfe, das Gemeindehaus in Kattenau und die Notkirche in Walterkehmen wieder auf. Später entwarf er weitere Gebäude in Insterburg, von denen neben der „Bunten Reihe“ noch einige erhalten sind.

> »Bunte Reihe« in Insterburg erhalten

Scharoun wurde am 20. September 1893 in Bremen geboren, studierte in Berlin und Breslau. Während seiner ostpreußischen Zeit entwarf er einen Plan zur Bebauung Insterburgs, darunter die Gestaltung des Neuen Markts, das Kabarettheater „Tivoli“ an der Stelle, wo sich heute ein Wohnhaus mit dem Café „Junost“ befindet. Doch Scharoun schuf nicht nur Heimat, sondern er gründete auch Handwerker-Genossenschaften, an denen es zuvor in der Provinz gemangelt hatte, mit ihm hielten Baukultur und -kritik Einzug.

Nach der feierlichen Eröffnung der Ausstellung „Scharoun in Russland“ erläuterte Suchin bei einem Rundgang die Fotografien und hielt einen Vortrag mit dem Titel „Wie kam Scharoun nach Ostpreußen?“ Musikalisch wurde die Eröffnung von der aus Tilsit angereisten Tanzgruppe „Molodaja gwardia“ [Junge Garde] begleitet. Daneben präsentierten die Veranstalter T-Shirts mit Aufdrucken, die den Insterburger Aquarellen Scharouns nachempfunden sind und im Stadtmuseum Insterburg verkauft werden. *Jurij Tschernyschew/MRK*

Die Ausstellung in der Königsberger Kunstgalerie (Moskowskij prospekt 60–62) ist noch bis zum 6. August zu sehen

In der Welt der Erfinder und Entdecker

AGDM bot Kindern ein spannendes Ferienprogramm im Allensteiner Haus Kopernikus

Im Zeitraum vom 29. Juni bis zum 4. Juli sorgte die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) dafür, dass sich die Kinder ihrer Mitglieder während der Sommerferien auf keinen Fall langweilten, und bereitete spannende Freizeitveranstaltungen vor. Eine Gruppe von 15 Kindern traf sich jeweils um 9 Uhr im Sitz der Gesellschaft, also im Haus Kopernikus.

> Ziel ist es, spielerisch Deutschkenntnisse zu erweitern

Ziel des Projekts war vor allem, den teilnehmenden Kindern auf spielerische Weise die deutsche Sprache sowie die Geschichte des südlichen Ostpreußens und Deutschlands beizubringen. Der von zwei Germanisten geleitete Ferienhort konzentrierte sich auf eine Thematik, die deutsche bekannte Erfinder und Entdecker sowie ihre Erfindungen und Entdeckungen beinhalteten. Außer der allgemeinen Theorie und interessanten Merkwürdigkeiten aus der wissenschaftlichen Welt lernten die Kinder, wie sie selbst verschiedene Experimente durchführen können. Sie konnten sich als richtige Wissenschaftler fühlen. Solche Experimente machten sie zum ersten Mal.



Aufs Spiel konzentriert: Teilnehmer der AGDM-Freizeitveranstaltung Bild: A.K.

Daneben standen viele Wortschatzübungen auf dem Programm, die den Jüngsten helfen sollten, ihre Deutschkenntnisse auf spielerische Art und Weise voranzubringen. Durch angewandte Bewegungsübungen, Sprachspiele und Lernaktivitäten lernten die Teilnehmer neue Vokabeln kennen.

Lena Kazmierczak versuchte jeden Tag, alle in die Welt des Schachspiels einzuweihen. Die Kinder lernten die deutschen Bezeichnungen für die Schachfiguren. Die jungen Menschen konnten die deutsche Geschichte und Kultur kennenlernen. Sie hatten auch die Möglichkeit, mit Reiseführerin Joananna Mariuk viel Neues über Allensteins Geschichte zu erfahren. Während des Spaziergangs in Kortau wurde ein Geschichtsquiz durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass alle, die vorher gut zugehört hatten, ihr Wissen hatten bereichern können.

Außer den Aktivitäten, die darauf abzielten, das Deutsch der Kinder zu verbessen, gab es solche, bei denen sie sich ins Altertum zurückversetzt fühlten. Referent Szymon Marchlewski stellte sehr spannend dar, wie sich die damaligen Bewohner des Ermlands die Ordnung ihrer Welt, die für sie oft unverständlichen Prozesse in der Natur und außerirdische Phänomene zu erklären versuchten.

Während des Lehmworkshops entdeckten die Kinder den neuen Werkstoff und lernten, ihn zu verarbeiten. Diese Bastelarbeit bereitete ihnen die größte Freude. Die Ergebnisse waren großartig. Von der Präsentation der Lehmgestaltung waren sowohl die Kinder als auch ihre Eltern begeistert.

Das Projekt, bei dem die Schulkinder ihre Interessen entwickeln konnten, wurde dank einer Initiative der AGDM und mit finanzieller Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, des Ministeriums für Verwaltung und Digitalisierung, der AGMO e.V., der Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, sowie des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in Danzig durchgeführt. *Anna Kazanska*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

nicht immer haben alte Sprichwörter Recht, und das kann erfreulich sein. Wie ich jetzt feststellen musste, als mir „der Prophet, der im eigenen Lande nichts gilt“ einfiel. Stimmt sicher oft, aber nicht auf meine Heimatstadt Königsberg und auf mich bezogen, denn die Stadtgemeinschaft Königsberg in Duisburg verlieh mir die „Königsberger Bürgermedaille“ für mein Lebenswerk. Schon die Ankündigung hatte mich mit Freude erfüllt, und die Überreichung der schweren Medaille durch den 2. Vorsitzenden, Herrn **Lorenz Grimoni**, machte mich stolz, aber auch nachdenklich. Denn „Lebenswerk“, das klingt so zeitlich begrenzt, wie ein Rückblick auf ein beendetes Schaffen. Und ich bin doch trotz meiner 99 Jahre, die durchaus zu dem Wort berechtigen, ständig bemüht, meine Heimat lebendig zu halten, vor allem in meiner wöchentlichen *PAZ*-Kolumne „Die Ostpreußische Familie“ Aber diese Nachdenklichkeit verflog schnell, als mir Herr Grimoni die Begründung aus der mit unserem Stadtwappen geschmückten Urkunde vorlas, die zu der einstimmig vom Vorstand der Stadtgemeinschaft Königsberg beschlossenen Verleihung der Medaille führte. Denn da wird als Begründung zuerst mein schriftstellerisches und dichterisches Schaffen genannt, aber dann auch meine heutige Arbeit für die *PAZ*, wobei besonders meine Bemühungen, Menschen, die sich durch Flucht und Vertreibung aus den Augen verloren haben, wieder zusammen zu bringen, Erwähnung findet. Es fiel zum Glück nicht ein Wort, das ich nach Möglichkeit immer vermeide: „noch“. Ich lese es in vielen Briefen und entnehme es auch manchen Gesprächen über meine wöchentlich geleistete Arbeit: „Dass Sie das noch immer schaffen!“ Gut, es liegt ehrliche Anerkennung und Verwunderung darin, aber das Wort hat auch etwas Omenhaftes, als wollte es voraussagen, dass meine Tätigkeit bald beendet sein könnte, wenn die mir zusätzlich vom lieben Gott bewilligte Ration Schaffenskraft verbraucht ist. Doch es gibt ein Wort, das ich dafür einsetze: „bislang“. Das bedeutet, dass man froh und dankbar sein kann, es bis hierher geschafft zu haben, lässt aber keine Begrenzung für den weiteren Wegverlauf zu. Das wollte ich einmal sagen, auch im Sinne meiner älteren Leserinnen und Leser, die wegen ihrer geistigen oder körperlichen Regsamkeit auch mit einem „noch“ bedient werden.

Ja, so regt eine solche kleine Feierstunde zum Nachdenken an, und das zeigte sich auch in den Gesprächen mit Lorenz Grimoni und seiner Frau **Hiltrud-Maria**, die ihn begleitete. Sie fand entgegen der ursprünglichen Planung, die Ehrung in einem öffentlichen Rahmen zu veranstalten, auf meinen Wunsch bei mir Zuhause statt und gewann dadurch an Intimität und Dichte. Mein Dank gilt besonders dem 1. Vorsitzenden, Herrn **Klaus Weigelt**, und Frau **Gottschalk**, der ich hiermit nachträglich zu ihrem 90. Geburtstag gratuliere und die als Redakteurin des Königsberger Bürgerbriefes weiß, was eine publizistische Arbeit wie die ihre und meine an Wissen, Fleiß und Ausdauer verlangt. Wenn es mal ganz hart kommt, werde ich die Medaille hervorholen und aus den Kant-Worten auf der Rückseite Kraft schöpfen: „Pflicht erhabener Name der uns Gesetz wurde vor dem wir uns neigen und dem wir dienen“. Danke, liebe Königsberger!



Bild: privat

Endlich wieder saubere Wäsche: Flüchtlingsunterkunft in Hamburg-Harburg

Und hart war es in der letzten Zeit schon geworden durch den Poststreik, der nicht nur den Briefeingang versiegen ließ, sondern auch eine Reaktion auf die veröffentlichten Beiträge verzögerte und sogar verhinderte. So langsam pendelt sich das wieder ein, aber manche Sendung scheint doch auf der Strecke geblieben zu sein. Vielleicht wird diese oder jene Folge der Ostpreußischen Familie nicht gelesen, es ist schade um die Beiträge, deren Verfasser vergeblich auf eine Resonanz warten. Durch die vermehrte Belieferung nach Streikende kann es auch zu einer verzögerten Reaktion auf die Anfragen kommen, die direkt beantwortet werden müssen.

Deshalb hatte ich auch ein Schreiben zurückbehalten, das zwar als E-Mail vom Poststreik nicht berührt wurde, dessen Absenderin sich aber Posteingang von unseren Leserinnen erhofft. Denn man lese und staune: Sie liebt und schreibt gerne Briefe. Und das als Angehörige einer Generation, die nur noch über die elektronischen Medien zu korrespondieren scheint. So kann man sich irren. Und warum sie gerne Briefe schreibt und empfängt, soll sie selber begründen:

„Mein Name ist **Lisa Löschner-Döhler**, wohne in Rudolstadt und bin 27 Jahre alt. Da ich gerne korrespondiere und sehr wissbegierig bin, hoffe ich, dass Sie mir da vielleicht weiterhelfen können. Ich suche vornehmlich Damen, die vielleicht die Vorkriegszeit bereits miterlebt haben. Gerne würde ich sie nach Rezepten, Kleidungsordnung und auch einfach nach ihrem damaligen Lebensstil befragen. Ich denke, dass es die Eine oder die Andere sogar freuen würde, dass sich eine junge Frau dafür interessiert. Ich möchte mir eben ein eigenes Bild machen und nicht nur das, was die Medien schreiben und veröffentlichen, aufsaugen, denn den Medien vertraue ich schon lange nicht mehr. Man liest, hört, sieht manches, was die Männerwelt betrifft wie über das Soldatentum. Aber ich möchte nun auch einmal die Sichtweite der Frauen aus dieser Zeit kennen lernen. Ich möchte wissen, was sie für Bücher gelesen, welche Lieder sie gesungen, welche Tänze sie getanzt haben, um nur einige Beispiele zu nennen. Und es gab sehr viele Frauen, die Gutes geleistet haben. Dann kann man wieder erfreuliche Sachen lesen und wird nicht immer erboster wegen der Dinge, die zurzeit in der Welt und in der Bundesrepublik geschehen. Sicherlich könnte ich auch meine Großmutter befragen, leider hat diese aber bereits mit der Altersdemenz zu kämpfen. Sie war eine Sudentendeutsche, und ich habe leider vergessen, sie nach dem Rezept für ihre köstlichen Quarkkeulchen, die ich als Kind immer von ihr bekommen habe, zu befragen. Meine Bitte wäre eigentlich nur, dass Sie vielleicht Kontakt herstellen oder vielleicht Foren nennen können, die vielleicht so etwas vermitteln.“

Nun, das beste Forum für das Anliegen von Frau Löschner-Döhler dürfte unsere Ostpreußische Familie sein, und die Kontakte stellen wir im Eigenbau her, da brauchen wir keine Vermittler. Ich bin sicher, dass sie Zuschriften bekommen wird, da spreche ich aus eigener Erfahrung. Denn viele Briefe, die ich bekomme, enthalten Erinnerungen der älteren Generation an das Leben vor Krieg und Flucht, geschrieben und getrieben von dem Wunsch, sich einmal mitteilen zu können, weil man keinen geeigneten Gesprächs- oder Briefpartner hat. Und hier kann man einem jungen Menschen auf dessen Aufforderung hin Erlebtes und Bewahrtes mitteilen, das in das Zeitbild passt, ohne allzu persönlich zu werden. Vielleicht kommt so ein von beiden Seiten gewünschter Briefwechsel zustande. (Lisa Löschner-Döhler, Kopernikusweg 1 in 07407 Rudolstadt, Telefon 01520/9108336.)

Auch Herr **Günther Hein** aus Tangstedt hatte sich vor längerer Zeit an uns gewandt, weil er hoffte, in unserer Leserschaft einige der von ihm dringend gesuchten Informanten zu finden. Er beschäftigt sich mit einer Dokumentation über die Nissenhüttenlager in und um Hamburg, in denen viele Heimatlose nach Flucht und Vertreibung eine erste Bleibe fanden, speziell mit den Lagern in Harburg. Seine Bemühungen gelten vor allem der Erstellung von Gedenktafeln, damit dieser Abschnitt der Nachkriegsgeschichte sichtbar erhalten bleibt und nicht in Vergessenheit gerät. Wir hatten in unserer Kolumne mehrfach seinen Suchwunsch veröffentlicht, und Herr Hein zeigt sich optimistisch, wenn er schreibt, dass er in dieser Angelegenheit schon sehr weit gekommen sei. Ein Entwurf für das Nissenhüttenlager Hastedtplatz in Hamburg-Harburg liegt bereits vor. Nun bittet uns Herr Hein, noch einmal nachzufassen und nach Vertriebenen zu suchen, die damals in den Lagern in Harburg untergebracht waren. „Schön wäre es, wenn es Bilder und Unterlagen von den damaligen Unterkünften gäbe“, schreibt Herr Hein, aber es müsste schon Zufall sein, wenn sich diese in dem eng begrenzten möglichen Informantenkreis noch finden ließen. (Günther Hein, Lärchenweg 2 in 22889 Tangstedt, Telefon 015251/585858, E-Mail: ifpch@ifpch.com)

Eure

Ruth Geede

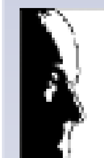




Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Irene Piepenbrinks Idee und was daraus wurde

Goldene, Diamantene und Eiserne Konfirmation in Sensburg

Vielleicht interessiert es Sie, was denn aus einer Idee geworden ist, die Sie im Ostpreußenblatt durch Ihren Beitrag unterstützt haben“, beginnt Frau Irene Piepenbrink aus Dortmund-Oespel ihren Brief, der schon durch seine Länge viel Informatives verheißt. Und das bewahrheitet sich beim Lesen: Ihre Idee, die sie verwirklichen konnte, erbrachte einen Erfolg, wie die Initiatorin ihn selber wohl kaum erwartet hatte, als sie im Jahr 2000 mit der Realisierung ihres Vorhabens begann. Es handelt sich um die Jubelkonfirmation ehemaliger Konfirmanden aus acht masurischen Kirchspielen, die seit 2001 in jedem Jahr stattfand. Bis heute, wie Frau Piepenbrinks Berichte und das Foto von der letzten Feier am 31. Mai 2015, an der noch elf Jubilare teilnahmen, beweisen.

Wir hatten in der Neujahrsausgabe 2000 in unserer noch einspaltigen und damit wenig Platz bietenden Kolumne ihr Vorhaben so angekündigt: „Irene Piepenbrink geborene Bierfreund plant bereits für das Jahr 2005 voraus. Es geht um eine Goldene Konfirmation, die in der Heimat gefeiert werden soll, mit möglichst vielen der 66 ehemalige Konfirmanden aus Aweyden und Peitschendorf, die 1955 in Aweyden eingesegnet wurden. Da das Gotteshaus heute der Katholischen Kirche gehört, werden die Teilnehmer in die Evangelische Kirche in Sensburg ausweichen. 48 Mitkonfirmanden hat Frau Piepenbrink bereits von ihrem Vorhaben in Kenntnis gesetzt, elf sind leider schon verstorben, vier leben noch in der Heimat. Frau Piepenbrink hofft, dass sich noch weitere Mitkonfirmanden melden.“ Was dann geschah, sprengte den ursprünglichen Rahmen, der ja auf die 2005 geplante Feier begrenzt war. Frau Piepenbrink lässt die unerwartete Resonanz in ihrem Schreiben noch einmal Revue passieren:

„Die Suche nach Konfirmanden von Aweyden/Peitschendorf ist im Schneeballsystem explodiert. Nach vielen Anrufen hatten wir uns entschlossen, die Konfirmanden der beiden Kirchspiele nach den Gruppenbildern aus den Jahren 1950 bis 1959 zu suchen. Wir haben von über 650 Konfirmanden dieses Zeitraumes den Verbleib herausgefunden. Großen Erfolg hatten Familienfeiern, bei denen die ältere Generation zu Besuch war, denn wer erinnert sich schon nach den Gruppenbildern an seine Mitkonfirmanden. Nicht wie geplant im Jahr 2005 fand die erste Jubelkonfirmation in der Heimat statt, sondern bereits ein Jahr nach der Planung.

14 ehemalige Konfirmanden aus Aweyden und Peitschendorf nahmen im Mai 2001 an der Feier in der Evangelischen Kirche in Sensburg teil. Diese evangelische Kirchengemeinde entstand aus der Zusammenlegung der Gemeinden Aweyden, Peitschendorf, Königshöhe, Seehesten, Sensburg-Stadt und Sensburg-Land. Im Heimatbrief der Kreisgemeinschaft Sensburg berichteten wir jedes Jahr über die Jubelfeier. Ab 2003 nahmen auch Konfirmanden aus den übrigen nun zur Kirchengemeinde Sensburg gehörenden Kirchspielen teil, so dass wir die jährliche Einladung zur Jubelkonfirmation auf alle Kirchspiele erweitern können.“



Irene Piepenbrink und Pfarrer Piotr Mendosch bei der Jubelkonfirmation in Sensburg Bild: privat

So stieg die Teilnehmerzahl auf je 22 in den Jahren 2003 und 2004 an, sank dann wieder auf nur vier im Jahre 2009, stieg aber wieder bis auf elf Jubilare in diesem Jahr. Insgesamt haben in diesem Zeitraum 188 Ehemalige in der Evangelischen Kirche in Sensburg ihre Goldene, Diamantene und sogar Eiserne Konfirmation gefeiert. Viele konnten dabei Freunde aus der Heimat wiedertreffen, die Orte besuchen, die sie aus ihrer Jugend kannten, und auf vertrauten Wegen wandern. Manche haben den Frieden mit der verlassenen Heimat gefunden, einen Stein oder ein anderes Andenken mitgenommen, haben mit den Menschen sprechen können, die nun dieses Land ihre Heimat nennen. „Wir sind in den 15 Jahren älter geworden“, schreibt Irene Piepenbrink. „Viele haben ihr Bedauern ausgedrückt, dass ihre Gesundheit oder die der Familie eine Reise nach Sensburg nicht mehr erlaubt. Wir sind ihnen innerlich verbunden geblieben. Es ist durch unsere Treffen in Sensburg in der uns verbliebenen PARAFIA Evangelico-Augsburgska eine neue Verbundenheit entstanden. Mit Pfarrer Piotr Mendrch haben wir uns in jedem Jahr über die große Schar gefreut, die mit ihren Angehörigen, ihren Freunden immer wieder vorbei gekommen ist, um gemeinsam am letzten Sonntag im Mai den Jubelgottesdienst zu feiern.“

Irene Piepenbrink gibt uns noch eine Übersicht über die Lage der Evangelischen Kirche im Kreis Sensburg: „Hier hat sich die Einwohnerzahl seit 1945 bis heute nicht wesentlich verändert, es waren immer um die 60 000 Menschen. Doch 1945 waren von diesen über 80 Prozent evangelischen Glaubens, und es gab zwei katholische Kirchen. Aus den 14 Kirchspielen wurden nach der großen Ausreisewelle drei Kirchengemeinden in Sensburg, Sorquitten und Nikolaiken. Nach unseren Zählungen lebten in den 50er Jahren noch über 10 000 evangelische Christen im Kreis Sensburg – heute gehören zu den drei Evangelischen Gemeinden nicht einmal 900 Mitglieder. Und einige von ihnen werden sich wohl schon auf den nächsten Mai freuen, wenn wieder ehemaligen Konfirmanden aus Deutschland zu ihrer Goldenen, Diamantenen oder vielleicht sogar Eisernen Konfirmation nach Sensburg kommen.“

Das bestätigt die Initiatorin, deren Idee so glänzend umgesetzt wurde: „Wir wollen die Feier in den nächsten Jahren so weiterführen.“ Wir freuen uns mit Ihnen, liebe Frau Piepenbrink, dass Ihre Initiative zu solch einem Erfolg geführt hat und danken Ihnen und Ihrem Mann für den ausführlichen Bericht. *R.G.*



ZUM 99. GEBURTSTAG

Göbel, Christel, geb. **Schulz**, aus Lyck, Hindenburgstraße 40, am 24. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Nikoleyczik, Gertrud, geb. **Kaleyka**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 19. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hein, Christel, aus Königsberg-Ponarth, am 20. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Matthes, Dr. Christel, aus Wehlau, am 22. Juli
Nadrowski, Anna, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli
Petzold, Elly, geb. **Skerra**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Wiesner, Edeltraut, geb. **Fischer**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Böhnke, Herta, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 22. Juli
Buber, Ernst, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 24. Juli
Burger, Frieda, geb. **Machmüller**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 23. Juli
Schultze, Grete, geb. **Mitzkat**, aus Georgenheide, Kreis Elchnie-derung, am 19. Juli
Waschk, Käthe, geb. **Kotowski**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 22. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baltrusch, Walter, aus Lyck, Soldauer Weg 11, am 19. Juli
Becker, Ilse, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Bräunig, Elli, geb. **Akthun**, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Dörner, Gerda, geb. **Paulokat**, aus Neuhof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. Juli
Felke, Helene, geb. **Kaminski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli
Kurtz, Edeltraut, geb. **Liebich**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juli
Lehmann, Elfriede, geb. **Bartoschewitz**, aus Lyck, Blücherstraße 5, am 19. Juli
Strauss, Hans, aus Königsberg, am 17. Juli
Weiß, Elfriede, geb. **Bartels**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 24. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Palfner, Gertrud, geb. **Wichmann**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 18. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartholomeyczik, Waltraud, geb. **Wabbals**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Hansen, Hedwig, geb. **Pichlo**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 19. Juli
Jortzick, Hildegard, aus Mulden, Kreis Lyck, am 20. Juli
Joswig, Anna, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Mäckle, Irmgard, geb. **Pallasch**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Podufal, Erna, geb. **Rogalla**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Riecken, Hildegard, geb. **Glaubitt**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 23. Juli
Schellong, Günther, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Strodt, Ursela, geb. **Ruhnau**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Wasilewski, Mathilde, geb. **Kaminski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. Juli
Wilde, Helene, geb. **Fenzau**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dotzki, Helmut, aus Jarken, Kreis Treuburg, am 19. Juli
Finneisen, Gertrud, geb. **Kowalewski**, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 20. Juli
Hahn, Rotraud, geb. **Holstein**, aus Königsberg, am 5. Juli
Marzischewski, Heinz, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 23. Juli
Menzemer, Lieselotte, geb. **Kara-schewski**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 22. Juli
Meyer, Edith, geb. **Gaedtke**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 20. Juli
Niebler, Gertrud, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 21. Juli
Rossa, Lieselotte, geb. **Kloß**, aus Lyck, Hindenburgstraße 13, am 18. Juli
Schuba, Hildegard, geb. **Reetz**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 24. Juli
Topeit, Hermann, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 19. Juli
Walter, Margarete, geb. **Silen**, aus Taplacken, Kreis Samland, am 20. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ahlgrimm, Edith, geb. **Gaidies**, aus Moditten, Kreis Samland, am 20. Juli
Bufe, Dr. Maximilian, aus Wehlau, am 18. Juli
Clemens, Edith, geb. **Druba**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 23. Juli
Dietrich, Heinz, aus Wehlau, am 20. Juli
Fiedrich, Karl, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli
Friederitz, Margarete, aus Baiten-berg, Kreis Lyck, am 20. Juli
Hammann, Waltraut, geb. **Schön-hoff**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 22. Juli
Hartwig, Emil, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 18. Juli
Holubek, Sonja, geb. **Gall**, aus Wehlau, am 22. Juli
Joswich, Erika, geb. **Ballnus**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Klipp, Liesbeth, geb. Jackson, aus Windau
Klipp, Liesbeth, geb. **Jackson**, aus Windau, Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Kugland, Gerhard, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Lange, Dorothea, aus Pfaffendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli
Meier, Gerda, geb. **Hensel**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Meyer, Ursula, geb. **Wittrin**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Müller, Ingeburg, geb. **Atzler**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 19. Juli
Nikulski, Irmgard, aus Gollen, Kreis Lyck, am 22. Juli
Petermann, Siegfried, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 21. Juli
Schmedemann, Frieda, aus Soldahnen, Kreis Lötzen, am 21. Juli
Schwarm, Inge-Maria, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 18. Juli
Schweers, Lieselotte, geb. **Hein**, aus Treuburg, am 22. Juli
Seidensticker, Gertrud, geb. **Mielke**, aus Leegen, Kreis Eben-rode, am 21. Juli
Spindelmann, Marlies, geb. **Belgard**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 22. Juli
Zielinski, Else, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baumgart, Benno, aus Lotterfeld, Kreis Braunsberg, am 24. Juli
Berg, Joachim, aus Banners, Kreis Mohrungen, am 19. Juli
Duscha, Gerd, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Gromer, Karola, geb. **Braunschweig**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Hilscher, Erika, geb. **Ohmke**, aus Budeweg, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Howe, Egon, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 24. Juli
Kaminski, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 20. Juli
Köhler, Gertrud, geb. **Krafft**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 22. Juli
Kreickenbaum, Helene, aus Funken, Kreis Lötzen, am 18. Juli
Krüger, Johannes, aus Ebenrode, am 20. Juli
Kutzinski, Helmut, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 22. Juli
Lange, Heinz, aus Borken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Maguhn, Irmgard, geb. **Jedanowski**, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, am 21. Juli
Nowack, Waltraut, geb. **Sakowitz**, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 24. Juli
Packmor, Georg, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 20. Juli
Rischkowetzky, Annemarie, geb. **Breitmoser**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. Juli
Skrbensky, Doris von, geb. Elgert, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. Juli
Syska, Alfred, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 20. Juli
Tutahs, Irmgard, aus Ortelsburg, am 21. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adomeit, Fritz, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Baltschinat, Hedwig-Elisabeth, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Juli
Bojar, Ernst, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Brzenk, Helmut, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. Juli
Fodi, Christel, geb. **Parodat**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. Juli
Freitag, Elli, geb. **Luxa**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 22. Juli
Funck, Irmgard, geb. **Tobe**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 22. Juli
Gohrke, Heinrich, aus Salzwedel, Kreis Ortelsburg, am 20. Juli
Gumbold, Christa, geb. **Weinreich**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 24. Juli
Jüngling, Karl-Heinz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Juli
Kensy, Herward, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 20. Juli
Kiupel, Alfred, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. Juli
Klotzek, Gerhard, aus Ortelsburg, am 20. Juli
Korte, Lisbeth, geb. **Wunderlich**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 21. Juli
Krupinski, Hans-Jürgen, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 21. Juli
Lezius, Waltraut, geb. **Berlin**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juli
Liesenfeld, Anni, geb. **Deptolla**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Manier, Waltraut, geb. **Lendzian**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli
Rosenmüller, Hannelore, geb. **Dammasch**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 19. Juli
Ross, Elli, geb. **Saborowski**, aus Andreken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Steiger, Edeltraud, geb. **Bolscho**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 19. Juli
Wagner, Hilde, geb. **Schmakowski**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 23. Juli
Widwald, Edith, geb. **Rauch**, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 18. Juli
Wiedwald, Erhard, aus Waltersdorf, Kreis Mohrungen, am 22. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Biehl, Gisela, geb. **Garbrecht**, aus Ebenrode, am 24. Juli
Düputell, Werner, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 23. Juli
George, Fritz, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 20. Juli
Hänig, Ursula, geb. **Arndt**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 24. Juli
Herbstreit, Ulrich, aus Königsberg-Tannenwalde, am 22. Juli
Horch, Martin, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 21. Juli
Klose, Erika, aus Tilsit, am 20. Juli
Koslowski, Bernd, aus Wildheide, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Kommorowski, Paul, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 23. Juli
Masberg, Artur, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 20. Juli
Neumann, Herbert, aus Brasdorf, Kreis Fischhausen, am 23. Juli
Poppinga, Gisela, geb. **Papendick**, aus Ortelsburg, am 22. Juli
Schulze, Gerd, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli



Denda, Siegfried, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, und Ehefrau Erna, geb. **Reuter**, am 24. Juli

TERMINE DER LO

2015
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016
11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826 oder info@ostpreussen.de. Internet: www.ostpreussen.de

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 18. Juli, 16.15 Uhr, SWR/SR: Die Danziger Bucht – Das junge Polen.
Sonnabend, 18. Juli, 18.20 Uhr, Der Berg ruft. Bergdrama, D 1937.
Sonnabend, 18. Juli, 18.30 Uhr, 3sat: Polnische Grenzerfahrungen.
Sonnabend, 18. Juli, 19.25 Uhr, ZDF: Königliche Dynastien (2/3): Die Osmanen. Dokumentation, D 2015.
Sonnabend, 18. Juli, 21.45 Uhr, WDR: Hannah Arendt. Drama, D/F/L/IL 2012.
Sonnabend, 18. Juli, 22.30 Uhr, Phoenix: Wolfskinder. Dokumentation, D 1991.
Sonnabend, 18. Juli, 23.05 Uhr, SWR/SR: Stauffenberg – 20. Juli 1944. TV-Politdrama, D/A 2004.
Sonnabend, 18. Juli, 23.05 Uhr, RBB: Operation Walküre –Das Stauffenberg Attentat. Thriller, USA/D 2008.
Sonnabend, 18. Juli, 0.35 Uhr, SWR/SR: Die Verschwörer des 20. Juli.
Sonnabend, 18. Juli, 1.05 Uhr, SWR/SR: Der Baron und die Bombe – Sprengstoff für den 20. Juli
Sonntag, 19. Juli, 16 Uhr, SWR/SR: 300 Jahre Karlsruhe live vor dem Karlsruher Schloss.
Sonntag, 19. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Alexander der Große.
Sonntag, 19. Juli, 21.02 Uhr, tagesschau24: Fasse dich kurz – Telefonieren in der DDR.
Sonntag, 19. Juli, 23.30 Uhr, ZDF: Churchill – der Jahrhundertmann. Dokumentation, F 2015.
Sonntag, 19. Juli, 0 Uhr, ZDFinfo: Das Diesel-Rätsel. Biografie, D 2013.
Montag, 20. Juli, 18 Uhr, Phoenix: Der Bendlerblock.
Montag, 20. Juli, 19.30 Uhr, ZDFinfo: Stauffenberg – Die wahre Geschichte. Dokumentation, D 2011.
Dienstag, 21. Juli, 19.15 Uhr, Deutschlandfunk: Schulterschmerz: Von Kalk, Engpässen und Entzündungen.
Dienstag, 21. Juli, 19.15 Uhr, Phoenix: 1913 – Der letzte Tanz des Kaisers – Deutschland vor dem großen Krieg.
Dienstag, 21. Juli, 21.45 Uhr, HR: Die Opel-Geschichte – Autos für jedermann.
Dienstag, 21. Juli, 23 Uhr, Servus TV: Napoleon (4/4): Waterloo (1812–1821). TV-Historiendrama, F/D/A/I 2002.
Mittwoch, 22. Juli, 18 Uhr, Phoenix: Hochsaison am Märchenschloss – Chiemsee, König und Touristen.
Donnerstag, 23. Juli, 20.15 Uhr, Phoenix: V-Mann-Land – Spitzel im Staatsauftrag. Dokumentation, D 2015.
Donnerstag, 23. Juli, 22.15 Uhr, Phoenix: Schweig, Verräter! – Whistleblower im Visier. Dokumentation, USA 2014
Donnerstag, 23. Juli, 22.15 Uhr, Servus TV: Vom Pionier zum Millionär (1/5): William Edward Boeing – Der Traum vom Fliegen. Dokumentation, D 2010.
Donnerstag, 23. Juli, 23.05 Uhr, MDR: Lebensläufe (122): Hermann von Pückler-Muskau – Der grüne Fürst.
Donnerstag, 23. Juli, 23.55 Uhr, Phoenix: Jagd auf Snowden – Wie der Staatsfeind die USA blamierte. Dokumentation, D 2014.
Freitag, 24. Juli, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 900 Jahren: Die italienische Markgräfin Mathilde von Canossa gestorben.
Freitag, 24. Juli, 20.05 Uhr, N24: Mythos und Wahrheit (4): Bunker. Dokumentation, USA 2014.
Freitag, 24. Juli, 20.15 Uhr, SWR/SR: Der Südwesten von oben (2): Unsere Schlösser. Dokumentation, D 2014.
Freitag, 24. Juli, 20.15 Uhr, Phoenix: Queen Victoria – Eine königliche Familiensaga. Dokumentation, GB 2013.
Freitag, 24. Juli, 23.15 Uhr, WDR: Ukraine – Grenzland zwischen Ost und West.
Freitag, 24. Juli, 0 Uhr, Phoenix: Polen und seine Deutschen – Der lange Weg zur Nachbarschaft in Schlesien.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Breslau – 26. September: In der niederschlesischen Stadt Breslau findet dieses Jahr das Kulturfestival der deutschen Minderheit in der Jahrhunderthalle statt. Dieses gibt es nur alle drei Jahre und ist durchaus etwas Besonderes. Die Stadtfahrt dient dazu, sich gemeinsam einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen, und bietet Gelegenheit, die schöne Stadt zu erkunden, und das natürlich nicht nur am Tage. Die Teilnehmer treffen sich in Breslau am Abend des 24. Septembers und reisen am 27. September wieder ab. Der Altersschwerpunkt der Stadtfahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit weiteren Einzelheiten findet sich auf www.junge-ostpreussen.de.

Düsseldorf – Freitag, 9. bis Sonntag 11. Oktober, Düsseldorf: Bundestreffen. Am 11. Oktober 2015 steht in diesem Rahmen eine Führung durch das Museum Stadt Königsberg in Duisburg auf dem Programm, das Ende 2015 seine Tore schließen wird. Anmeldeschluss ist der 31. Juli 2015! Späteren Anmeldungen kann kein Platz in der Jugendherberge garantiert werden.



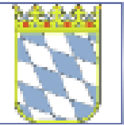
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Frauengruppe – Dienstag 21. Juli, 14,30 Uhr, Kleiner Saal, Haus. der Heimat: Die Frauengruppe trifft sich zu einem abwechslungsreichen Nachmittag. Das Thema; „Reiseberichte“. Auch alle Mitglieder der Kreisgruppe können teilnehmen und, wenn sie möchten, mit eigenen Beiträgen das Programm bereichern. Gäste sind herzlich eingeladen.

Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Weberstraße 15, 73084 Salach die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

Stuttgart – Sonnabend, 29. August, 14,30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Die Westpreußen der Stuttgarter Gruppe treffen sich zum interessanten Kulturnachmittag unter Leitung von Herrn Schwalke. Alle Ostpreußen sind herzlich eingeladen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Donnerstag, 17., bis Sonntag, 20. September: Landeskulturfahrt nach Warendorf, Minden und Bad Pyrmont. Organisiert wird die Reise von Dr. Jürgen Danowski, Landeskulturreferent Bayern. Er erläutert: „Auch in diesem Jahr wollen wir Sie wieder im Rahmen einer Landeskulturfahrt „auf Preußens Spuren“ entführen. Letztmals steht dabei unser Ostheim zur Verfügung – für Generationen ein vertrautes Stück ostpreußischer Heimat ist - wo kann man schon in Zimmern mit den Namen Elbing, Königsberg, Memel oder Lyck nächtigen? Das ist, neben dem bezaubernden Kurstädtchen selbst ein wesentlicher Grund für Bad Pyrmont als Konstante.“

Wer es komfortabler haben möchte, als in dem etwas „preußisch-spartanisch“ eingerichteten, aber sehr günstigen Ostheim kann gegen geringe Mehrkosten auch extern im benachbarten Hotel „Königin Luise“ oder in einer benachbarten Privat-Pension untergebracht werden. Auf dem Programm stehen unter anderem Besuche im neuen Westpreußischen Landesmuseum in Warendorf und im Preußen-Museum in Minden. Jürgen Danowski bittet darum auch kulturhistorisch interessierte Freunde, Verwandte und Bekannte auf die reise hinzuweisen. „Sie sind die ebenso herzlich eingeladen, mit uns Preußen im Westen Deutschlands aufzuspüren“, erklärt er.

Anmeldungen bis spätestens 3. August bei Jürgen Danowski, Telefon (0981) 488490, Fax: (0981) 4884949 oder per E-Mail: dr.juergen.danowski@gmx.de. Für Teilnehmer aus den südlichen und östlichen Teilen Bayerns wurden die Fahrtzeiten so gelegt, dass die Abreiseorte Gunzenhausen, Ansbach oder Würzburg am selben Tag erreicht werden können. Entsprechend sind die Rückfahrtzeiten eingerichtet.

Altmühlfranken – Sonnabend, 25. Juli, 15 Uhr, Seezentrum Gunzenhausen-Schlungenhof: Seefahrt mit der MS „Gunzenhausen“ auf dem Altmühlsee.

Ansbach – Sonnabend, 25. Juli: Sommerfest auf dem Altmühlsee. Gefeiert wird mit den Landsleuten aus Gunzenhausen/Weißenburg.

Kitzingen – Sonnabend, 18. Juli, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Sommerfest. Bei schönem Wetter im Garten.

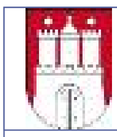
München – Sonnabend (Freitag?), 24. Juli, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5: gemeinsame Kaffeetafel mit anschließender Besichtigung der Ausstellung im HDO „Mitgenommen – Heimat in Dingen“ anlässlich der Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa vor 70 Jahren

Weiden – Die Kreisgruppe traf sich vor der Sommerpause zum traditionellen Gartenfest bei Familie Uschald in Neunkirchen. Der Vorsitzende Norbert Uschald konnte bei gemäßigten Temperaturen die zahlreichen Mitglieder und Gäste in zwei Zelten begrüßen.

Zum Kaffee konnte man verschiedene schmackhafte Kuchen und Kücheln wählen. Für das Gebäck waren Frau Kiekhäfer, Inge Otto, Hilde Wendt, Anita Putz und Anita Uschald zuständig. Norbert Uschald bedankte sich bei allen Helferinnen und Helfern für den reibungslosen Ablauf der geselligen Zusammenkunft.

Am Abend bereiteten die Grillmeister Paul Wendt und Adolf Uschald verschiedene Bratwürste und Leberkäs für die Anwesenden zu. Dazu gab es guten Kartoffelsalat und verschiedene Salate von Kassiererin Ingrid Uschald. Katharina und Barbara Uschald versorgten die zufriedenen Gäste mit Speis und Trank. Zur Unterhaltung trug Ingrid Uschald einige lustige Geschichten vor und gratulierte den Geburtstagskindern.

So wurde es eine rundum gelungene Veranstaltung und man verabschiedete sich bis zum nächsten Heimatnachmittag am 6. September um 14.30 Uhr im Cafe Mitte.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 18. Juli, 14 Uhr, Traditionshaus „Lakkemann“, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg (Parkplatz Quarree, Parkhaus P2): Sommerfest 2015: Zum buntem Programm gehören Lesungen, kleine Geschichten zum Schmunzeln sowie ein Filmvortrag „65 Jahre Landesgruppe Hamburg“. Nach der gemeinsamen Kaffee- und Kuchentafel wird Herr Dziobaka die Festgemeinschaft mit seinem LAB-Chor fröhlich einstimmen.

Das Traditionshaus „Lackemann“ ist sehr gut zu erreichen mit der U1 und Bussen. Vom U1- und Busbahnhof Wandsbek-Markt sind es nur wenige Gehminuten. Wenn Sie von der Wandsbeker Marktstraße den Durchgang „Hinterm Stern“ zwischen Quarree und Hotel Tiefenthal durchgegangen sind, sehen Sie es bereits. Weitere Auskünfte erteilt Organisator Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.

Acht Chöre dabei

Das 20. Landestreffen der Ostpreußen in Schwerin

Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern treffen sich am Sonnabend, dem 26. September von 10 bis 17 Uhr in der Sport- und Kongresshalle Schwerin, Wittenburger Straße 118. Dort werden mehr als 2000 Besucher erwartet. „Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen“, erklärt Veranstalter Manfred F. Schukat.

Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Für die Gäste ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet. Angesagt haben sich sieben Chöre aus Ostpreußen (Masuren, Königsberg, Memelland), der Shanty-Chor „De Klaashahns“ aus Rostock-Warnemünde und das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern. Ehrengäste sind der Botschafter der Republik Litauen, Deividas Matulionis, die Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder, und der Bundessprecher der Landsmannschaft, Stephan Grigat. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt.

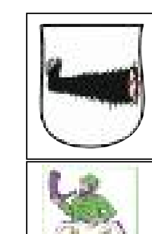
Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Hotelplätze vermittelt die Tourist-Information Schwerin, Telefon (0385) 5925212. Die Sport- und Kongresshalle ist mit der Stadtbuslinie 11 sehr gut vom Hauptbahnhof erreichbar.



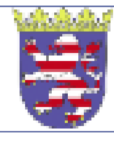
Die Kongresshalle Schwerin: Alle Heimatkreise sind an Extratischen ausgeschildert Bild: privat

Harburg – Sonntag, 19. Juli, St. Johanniskirche Harburg, Bremer Straße 9 (zu erreichen mit der S3 und S31, Station Harburg-Rathaus): Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss laden wir zu Gesprächen im Gemeindesaal bei Tee, Kaffee und Gebäck ein.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und zu einem kulturellem Programm um 12 Uhr, im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

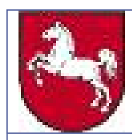


HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Wiesbaden – Sonnabend, 18. Juli, 15 Uhr, Kleingartenverein am Wasserwerk, Erbenheim: Gartenfest. Für die musikalische Unterhaltung sorgt das bewährte Duo Budau/Hübenthal.

Wegen der Essen-Disposition bitte bis zum 10. Juli bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 84 49 38, anmelden. Das Gartenfest findet bei jeder Witterung statt; überdachte Bereiche stehen zur Verfügung.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Wegen der Sommerpause findet am 22. Juli keine Versammlung statt. Die Gruppe trifft sich erst wieder am 26. August.

Helmstedt – Jeder zweite Donnerstag im Monat, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen. Die nächsten Termine: 13. August, 10. September.

Lüneburg – Zu ihrer jährlichen Delegiertenversammlung lud die Bezirksgruppe Lüneburg ein. Der Bezirksgruppenvorsitzende, Manfred Kirrinnis, begrüßte im Lüneburger Restaurant „Krone“ die Delegierten der örtlichen Gruppen, die Vorstandsmitglieder, Kassenprüfer und Gäste sowie die Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen, Dr. Barbara Loeffke. Die Ehrung der Verstorbenen, zu der eine Gedenkminute eingelegt wurde, nahm der Stellvertretende Bezirksgruppenvorsitzende, Gerold Plewa, vor. Darin eingeschlossen wurden die beiden Anfang des Jahres leider verstorbenen Bezirksgruppenvorstandsmitglieder Wolfgang Weyer (Stellvertretender Vorsitzender) und Walter Osten (Kassenwart und Geschäftsführer).

Barbara Loeffke dankte als Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen für die Einladung und den Ehrenamtlichen vor Ort für die geleistete Arbeit. Des Weiteren berichtete sie über Neuigkeiten aus dem Bund der Vertriebenen, des Bundesverbandes der Landsmannschaft Ostpreußen und des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum. Im Vorstands- und Geschäftsbericht ging Manfred Kirrinnis auf die Veranstaltungen im abgelaufenen Jahr ein. Er hob dabei besonders das Ostpreußentreffen in Kassel, zu dem die Gruppe Buxtehude – auch für Mitglieder anderer Gruppen innerhalb des Bezirks Lüneburg – eine Busfahrt mit zusätzlichem Rahmenprogramm organisierte, hervor. Ebenso kam es zu einer Neuauflage der Gemeinschaftsveranstaltung der Heimatkreise Schlossberg und Ebenrode in Zusammenarbeit mit den Landesgruppen Niedersachsen und Hamburg in Winsen/Luhe.

Der kommissarische Kassenwart, Rainer Schartner, stellte den Finanzbericht für das letzte Geschäftsjahr vor. Daran schloss sich der Bericht des Kassenprüfers Heinz Kutzinski an. Dem Antrag auf Entlastung gab die Versammlung statt.

Bei den erforderlichen Nachwahlen für den Vorstand wurden Rainer Schartner (Ebstorf) zum Kassenwart und Dr. Karsten Uffhausen (Lüneburg) zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Mit den Berichten aus den örtlichen Gruppen endete die diesjährige Delegiertenversammlung.

Uwe Jäckel

Oldenburg – Zusammen mit den anderen Landsmannschaften Oldenburgs machten wir am 8. Juli eine Kulturfahrt zum neu eröffneten Westpreußischen Landesmuseum nach Warendorf, in seinem neuen Domizil im ehemaligen Franziskanerkloster. Die neu konzipierte Dauerausstellung erleben wir in zwei detailliert und faktenreich vorgetragenen Führungen. Es wird unverkennbar die Identität Westpreußens dargestellt, ihre geographische Lage und die Heterogenität der Landesgeschichte. Die Mehrzahl unserer Mitfahrer betrat geographisches und geschichtliches Neuland und bewunderte in den Fluren des ehemaligen Klosters das Ergebnis der neuen Konzeption eines historischen Museums, das in vermehrtem Maße das kulturelle und historische Erbe der Landschaft betont – im Gegensatz zum heimatgeschichtlichen Erinnerungsort. Technische Schwierigkeiten, wie die verhinderte

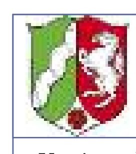
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Busanfahrt wegen zu enger Straßen und Kurven und die mangelnde Lüftung im Obergeschoss (auch wegen sehr niedriger Dekke), konnten wir bei Kaffee und herrlichem Kuchen im Bauerncafé außerhalb der Stadt schnell vergessen. Es war eine rundum gelungene Kulturfahrt.

Im August machen wir Sommerpause. Rechtzeitig zum September laden wir wieder ein.

Gisela Borchers, Erste Vorsitzende



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 3. August, 15 Uhr, Kreisvereinigung, Wilhelmstraße 1B, 33602 Bielefeld: Treffen der Frauengruppe.

Bonn – Dienstag, 28 Juli, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüserberg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises – Dienstag, 4. August, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74: Sommerstammtisch in lockerer Runde.

– Bericht –

25 Teilnehmer reisten vom 22. Juni bis zum 1. Juli für zehn Tage in die Heimat. Organisiert wurde die Fahrt von der Kreisgruppe Bonn. Die Leitung hatte Manfred Ruhnau. Er führte die Gruppe zur ersten Übernachtung ins „Novotel“ in Posen. Weiter ging es über Gnesen (Dombesichtigung) und Thorn (Stadtbesichtigung) nach Osterode. Gewohnt wurde im Hotel „Masuria“ etwas außerhalb von Osterode. Henryk Hoch, dem Vorsitzenden der deutschen Gruppe in Osterode, wurde vier Kartons mitgebrachter Kleidung übergeben.

Weiter ging es nach Allenstein. Dort stand eine Führung durch die Altstadt auf dem Programm, ebenso wurde die Burg und der Dom besichtigt. Beim Besuch der deutschen Gruppe im Allensteiner „Kopernikus Haus“ berichtet die Vorsitzende Christina Plocharski bei Kaffee und Kuchen über deren Arbeit vor Ort. Auch ihr wurden mehrere Kartons mit Kleidung und Medikamenten übergeben.

Per Bus ging es weiter nach Nikolaiken zu zwei Übernachtungen im Hotel „Golebiewski“. Das Ernst-Wiechert-Haus wurde dort besucht. Einen Tagesausflug führte die Gruppe zum Staken auf der Krutinna. Zurück in Nikolaiken stand ein Einkaufsbummel auf dem Programm. Eine Schiffstour auf dem Spirdingssee folgte sowie Besichtigung der Wallfahrtskirche „Heilige Linde“ inklusive Orgelkonzert. Beeindruckend war auch die Besichtigung des Heilsberger Schlosses.

In Wormditt erwartete uns der Bürgermeister. Die Wormditter Gruppe bekam Zeit, ihre Stadt und Umgebung zu besichtigen. Als nächstes erwartet uns dann Langwalde. Dort besichtigen wir den voriges Jahr neu aufgestellten Gedenkstein zum 70-jährigen Jubiläum Langwaldes. Leider ist nur der polnische Name „Dlugoburu“ niedergeschrieben...

Nächste Station der Reise war Braunsberg, wo auf dem evangelischen Friedhof eine neue Gedenktafel für die ehemaligen evangelischen Braunsberger eingeweiht wurde. Anwesend waren der Probst der Katharinenkirche. Herr Galica, der Pfarrer der ortodoxen Gemeinde, der Landrat Leszek Dziag und der Gemeindevorsteher.

Am nächsten Tag fuhren wir zur Dombesichtigung mit Orgelkonzert nach Frauenburg. Der Gedenkstein am Frischen Haff wurde ebenfalls besucht. Ein Blumengebinde wurde niedergelegt. Danach ging es zur Haffüberfahrt nach Kahlberg. Auf dem frischen Haff stoppte das Schiff zu einer kurzen Andacht mit Domherrn Andre Schmeier. Das Totengedenken und die Übergabe eines Blumengebindes in das Wasser war für alle Teilnehmer ein bewegender Moment.

Gegen 16 Uhr fuhren wir dann per Schiff nach Frauenburg zurück. Einen Tag später steuerte die Gruppe Elbing an. Dort wurde der Dom besichtigt. Eine Oberlandkanalfahrt folgte. Zur Kutschfahrt und zum Kaffetrinken ging es auf einen Reiterhof in Naarz.

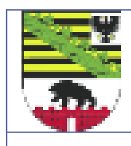
In Marienburg war die nächste Station. Von dort aus führte die Reise nach Danzig. Zum Programm gehörte unter anderem ein Besuch des Domes zu Oliwa inklusive Orgelkonzert. Über Stettin führte die Reise dann zurück nach Deutschland. Manfred Ruhnau

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova – Sonntag, 26. Juli, 9.30 Uhr, Mariendom Neviges, Velbert/Rheinland: Pontifikalamt zum zwanzigjährigen Jubiläum „Mutter-Anna-Wallfahrt“ – Mittwoch, 5. August, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Köln – Dienstag, 21. Juli, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Monatliche Versammlung der Ostpreußenrunde. Die Versammlung am 18. August wird wegen vieler Urlaubsfälle – wie in den Jahren davor – ausfallen. Im September treffen wir uns wie üblich am dritten Dienstag des Monats.

Neuss – Donnerstag, 30. Juli, bis Sonntag, 2. August: Jahresausflug nach Hamburg. Anmeldung: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern.

Witten – Montag, 20. Juli, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Gemeinsames Treffen zum Thema „Erlebte Naturschönheit in unserem Lande“.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 31. Juli, 14 Uhr, Waldgaststätte Lindenthal: Grillnachmittag mit Programm.

Magdeburg – Dienstag, 21. Juli, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

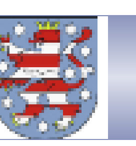


SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Freitag, 24. Juli, 15 Uhr, AWO Stadtteilcafé, Mathildenstraße 22: Vortrag von Oberstleutnant a. D. Hartwig Wilckens: „Mai 1945, das Kriegsende in Schleswig-Holstein“.

Neumünster – Mittwoch, 5. August, 14 Uhr: Jahresausflug nach Schafstedt. Anmeldung bitte bis zum 31. Juli unter Telefon (04321) 82314



THÜRINGEN

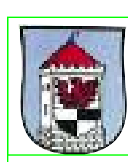
Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Schmalkalden – Donnerstag, 6. August, 14 Uhr, Klub der Volkssolidarität: Heimatnachmittag der Kreisgruppe „I. Kant“.



Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Neun Tage in Angerburg

Vom 4. bis zum 12. Juni bereiste eine Gruppe der Kreisgemeinschaft zusammen mit Landrat Hermann Luttmann den Landkreis Angerburg [Wegorzewo]. Die 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwartete ein umfangreiches Programm.

Auf der Fahrt machte die Gruppe in Stettin und der pommerschen Stadt Stolp Halt. Weitere Stationen auf der Reise waren Zopott, Danzig und Wormditt. Einen musikalischen Höhepunkt gab es im Wallfahrtsort Heilige Linde. Die Gruppe besuchte in der mächtigen barocken Wallfahrtskirche ein Orgelkonzert und hörte unter anderem die Toccata d-Moll (BWV 565) von Johann Sebastian Bach.

Die Reise der Kreisgemeinschaft stand ganz im Zeichen des Wiedersehens, zum einen mit der Heimat und zum anderen mit Freunden und Bekannten. Die politischen Würdenträger der Stadt und des Landkreises Angerburg haben sich stets mit den Heimatvertriebenen verbunden gefühlt. So war es eine Selbstverständlichkeit, dass die Reisegruppe von vielen Politikern und anderen Honoratioren im Angerburger Rathaus empfangen und herzlich aufgenommen wurde. Auch Vertreter der Deutschen Minderheit in Angerburg waren zu diesem Treffen gekommen.

Während des Empfanges stellten Bürgermeister Krzysztof Piwowarczyk und Landrätin Halina Faj die jüngste Entwicklung von Stadt und Kreis Wegorzewo dar. Mit Hilfe von EU-Fördergeldern ist die Entwicklung von Stadt und Landkreis in den letzten Jahren sehr positiv verlaufen.

Der Bürgermeister erinnerte, zusammen mit dem Angerburger Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski an das zwanzigjährige Bestehen der Deutschen Gesellschaft Mauersee. Beide dankten der Leiterin Herta Andrulonis für die geleistete Arbeit. Die Gesellschaft betreibt vor Ort eine Sozialstation, die von der Stadt Wegorzewo getragen wird. Unterstützung erhält sie dabei von der Kreisgemeinschaft Angerburg und vom Landkreis Rotenburg (Wümme).



Landrat Luttmann überreicht Herta Andrulonis die Ehrenurkunde Bild: Landkreis Rotenburg

Auch Landrat Luttmann würdigte das 20jährige Engagement der Gruppe rund um die Vorsitzende Herta Andrulonis und übergab ihr eine Ehrenurkunde. Der Landrat zeigte sich von der Arbeit tief beeindruckt. „Sie leisten hier wirklich einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Menschen, denen es nicht so gut geht. Sei es wegen wirtschaftlicher oder gesundheitlicher Probleme.“ Gleichzeitig sprach Landrat Luttmann einen Dank für die geleistete Arbeit zum Wohle der deutschen Landsleute aus. Für diese Menschen war es 1944/1945 nicht möglich, auf die Flucht zu gehen. Auch wurde Ihnen später oftmals die Ausreise in die Bundesrepublik verweigert. Die Bevölkerungsgruppe hatte oftmals ein hartes Schicksal durchzustehen, verbunden mit vielen einschränkenden Vorgaben der polnisch-kommunistischen Behörden. So war es Ihnen beispielsweise untersagt Deutsch zu sprechen. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenkreis Angerburgs fühlte sich den in Ostpreußen gebliebenen Deutschen immer sehr verbunden.



„Reise im Zeichen des Wiedersehens“: Ein Teil der Angerburger Gruppe Bild: Landkreis Rotenburg

Ein weiterer Programmpunkt war der Besuch des städtischen Lyzeums. Seit über 20 Jahren gibt es einen sehr aktiven Schüleraustausch zwischen dem Lyzeum und dem Rotenburger Ratsgymnasium. Beim Besuch der Angerburger Kreisgemeinschaft war sogar eine Gruppe aus Rotenburg (Wümme) zu Gast. Die Rotenburger Schüler und ihre Gastschüler aus Polen freuten sich über das Zusammentreffen und berichteten von ihren Erfahrungen.

Die Angerburger Kreisgemeinschaft hatte noch weitere Ziele in ihrem Programm. So besuchten sie am nächsten Tag den deutschen Friedhof in Benkheim. Dort wurde ein Kranz niedergelegt und an die Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung gedacht.

Nach neun Tage kehrte die Gruppe zurück nach Rotenburg (Wümme). Der Besuch machte deutlich, wie eng die Beziehungen zwischen den Angerburgern, Rotenburgern und den Menschen in Wegorzewo sind. Wichtig ist allen Beteiligten auch ein gelebter Austausch. „Wenn die Menschen sich persönlich begegnen, kennen und schätzen lernen, dann ist das ein Schritt in eine friedlichere Zukunft“, so der Bürgermeister Angerburgs Krzysztof Piwowarczyk.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Büchermarkt und Ausstellung

Sonnabend, 18. Juli, 10 bis 16 Uhr, Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 h, 24537 Neumünster: „Bücher aus 100 Jahren“ – Ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik. Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Letzter Tag der Ausstellung „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen“.

Sonnabend, 25. Juli, 15.30 Uhr, Heimatmuseum: Eröffnung der Ausstellung „Lieselotte Plangger-Popp – Aus dem graphischen Werk einer ostpreußischen Künstlerin“. Nach der Begrüßung folgt eine Einführung in Leben und Werk der Künstlerin (1913–2000), die auf dem Gut Karlsfelde in Treuburg geboren wurde, durch Dr. Jörn Barfod, Kustos im Ostpreußischen Landesmuseum

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

in Lüneburg. Für die musikalische Umrahmung sorgen Peter Döring, Violine, (Berlin), und Dr. Eckhard Schlemminger, Viola, (Hamburg). Die Ausstellung ist bis zum bis 21. November zu sehen. Sie entstand in Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Friedhof unter Denkmalschutz



Friedhof in Mostolten: Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee am Grab ihrer Urgroßeltern Bild: privat

Als ich, Gerd Bandilla, erstmals 1971 unsere Heimat besuchte, war der Friedhof in Mostolten, mitten im Dorf gelegen, in einem nicht verwildertem Zustand. Das lag daran, dass meine Tante, Elfriede Hinz, bis 1956 in Lyck wohnte und den Friedhof pflegte. Ab 1971 habe ich dafür gesorgt, dass der Friedhof auf einfachste Weise unterhalten wurde. Im Jahre 1997 habe ich den Friedhof auf eigene Kosten renovieren lassen. Seitdem pflegt der jetzige Eigentümer des ehemaligen Hofes meiner Eltern, Marian Lewinski, den Friedhof mustergültig gegen Bezahlung. Etliche Jahre zahlte ich die Vergütung allein. Seit einigen Jahren beteiligen sich daran Herma Schormann (Nichte von Otto Bienko aus Mostolten) und die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, deren Ur-Großeltern Narwutsch auch auf diesem Friedhof ruhen. Beide haben den Friedhof auf Fahrten von mir kennen gelernt.

Am 28. Oktober 2014 habe ich bei dem damaligen Bürgermeister der Gemeinde Lyck-Land, Antoni Polkowski, beantragt, den Friedhof unter Denkmalschutz zu stellen. Dies ist mit Verfügung vom 12. Juni 2015 des jetzigen Bürgermeisters Tomasz Osewski erfolgt.

Mit Mostolten ist der zweite Friedhof im Kreis Lyck unter Denkmalschutz gestellt worden. Der andere ist der Friedhof in Kalkofen. *Gerd Bandilla, Kreisältester*



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Großes Treffen in Wesel

Der Kreis Wesel und die Kreisgemeinschaft der Rastenburger laden am 22. und 23. August herzlich zum 59. Kreistreffen ein. Verbunden ist die Veranstaltung am 23. mit einer Mitgliederversammlung und einer Kreistagssitzung. Anträge beziehungsweise Vorschläge dafür sind bis zum 10. August einzureichen. Hier die bisherige Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen- und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2016, 7. Heimatbriefe „Rund um Rastenburg", 8. Bildband, 9. Rastenburger Treffen 2015/2016, 10. Verschiedenes.

Das Programm des Hauptkreistreffens am Samstag, 22. August:

9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof.

10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia", Caspar-Baur-Straße.

10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionsstube.

14 Uhr: Gemütlicher Nachmittag im Biergarten des Hotels Kaiserhof.

19 Uhr: Geselliges Beisammensein und Lichtbilder aus dem Kreis Rastenburg in der Niederrheinhalle Wesel.

Das Programm am Sonntag, 23. August:

9 Uhr: Einlass in die Niederrheinhalle, Möglichkeit zum Frühstück.

9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wakkenbrucher Straße 82, Predigt Pfarrerin M. Biebersdorf mit Abendmahl

10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu in der Feldmark, Wesel

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Schlesische Blasmusik, ostpreußischer Bernstein

Zum ersten Mal trafen sich die beiden Landsmannschaften gemeinsam auf Schloss Burg bei Solingen



Sorgte für die musikalische Begleitung: das Oberschlesische Blasorchester Ratingen Bilder (4): Göllner



Ostpreußische Köstlichkeiten: Vertreterinnen der umliegenden landmannschaftliche Gruppen sorgten für das leibliche Wohl

Das nunmehr 19. „kleine" Ostpreußentreffen fand Anfang Juli an der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg bei Solingen statt. Die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, lud auch im 65. Jahr ihres Bestehens zu der traditionellen Kulturveranstaltung ein. Neu war, dass diesmal auch die Landsmannschaft Schlesien in Nordrhein-Westfalen mitfeierte.

Erstmals bot in diesem Rahmen auch das Oberschlesische Blasorchester Ratingen ein abwechslungsreiches Platzkonzert.

Zu den Gästen zählten zahlreiche Mitglieder und Freunde der Landsmannschaften, unter anderem die Kreisvertreter Manfred Ruhnau (Braunsberg) und Elke Ruhnke (Heiligenbeil). Viel zu sehen gab es für sie und alle anderen Teilnehmer. An den Ständen waren Bücher, Schriften, Zeitschriften, historische Land- und Postkarten aus ost- und westpreußischen sowie schlesischen Regionen zu entdecken. Die gebürtige Königsbergerin Monika Dahlhoff stellte ihr Buch „Eine Handvoll Leben" vor. Interesse weckten auch die Filme von Ostpreußen-TV, die zu unterschiedlichen historischen Themenschwerpunkten als DVD-Video verfügbar waren. Gute Gespräche und spannende Reiseberichte gab es am Stand des Bundes Junges Ostpreußen (BJO). Neben vielen Jugendlichen war auch diesmal wieder eine Kindergruppe aus Solingen dabei, die ihre selbstgebastelten preußischen Hauswichtel und andere Handarbeit-Artikel zum Verkauf anboten. Es ist ein gutes Zeichen für die Perspektive der Landsmannschaften, wenn die junge Generation Interesse an Tradition und Brauchtum zeigt, und in die Fußstapfen der Eltern und Großeltern tritt.

Und was wäre ein Ostpreußentreffen ohne Bernstein? An einem der Stände war das „Gold des Meeres" in vielen Schmuck-Variationen zu sehen. Für das leibliche Wohl sorgten Vertreterinnen der umliegenden landsmannschaftlichen Gruppen aus Wuppertal und Solingen mit typisch ostpreußischen Kuchen. Sie traten übrigens diesmal zum „Wettbewerb" mit dem schlesischen Streuselkuchen an. Die Traditionsbäckerei Artur Müller aus Schwelm lockte mit schlesischen Back- und Kuchenspezialitäten nach überlieferten Rezepturen.

Auch viele jüngere Leute waren dabei

Den „Bunten Reigen" betreute die Kulturverantwortliche der ostpreußischen Landesgruppe NRW, Bärbel Beutner. Die Tanzgruppe Weniger Hohenlimburg führte mehrere Tänze auf, während der Ostpreußenchor Remscheid und das Oberschlesische Blasorchester Ratingen für die musikalische Begleitung sorgten. Bärbel Beutner rezitierte aus Agnes Miegels Dichtung „Sommer in Ostpreußen" sowie aus Joseph von Eichendorffs Werk „Sommer in Schlesien".

Den offiziellen Teil der Veranstaltung eröffneten der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Jürgen Zauner, und Rudolf Pawelka von der Landsmannschaft Schlesien in NRW. Die Ansprachen waren vom Glockenläuten der Königsberger und Breslauer Glocken sowie vom Trompetensolo: „Ich hatt' einen Kameraden" umrahmt. Ein beeindruckender Programmpunkt war auch diesmal das Gedenken an die Opfer der Vertreibung mit einer Kranzniederlegung.

Jürgen Zauner nahm in seiner Ansprache Bezug auf die aktuelle Flüchtlingssituation: „Nach 70 Jahren müssen wir noch immer feststellen, dass die sogenannte Nachkriegsordnung in Europa weiterhin auf Vertreibung und Raubmord fußt." Der Redner wandte sich an die Politik und fragte im Namen seiner Landsleute: „Herr Bundespräsident, Frau Bundeskanzlerin, wie sieht nach Jahrzehnten die ‚Willkommenskultur' für die Opfergeneration von 1945 und später, in Deutschland aus?"

Stephan Rauhut, der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V., begrüßte es ausdrücklich, dass sich die beiden Landsmannschaften für diese Veranstaltung auf Schloss Burg zusammenschlossen hatten. „Gemeinsam für Ostdeutschland" eintretend, könnten die Landsmannschaften auch in 10, 20 und 30 Jahren noch ein wichtiger Faktor in Deutschland und Europa sein.

Als Hauptredner konnte der Bonner Historiker Dr. Tobias Körfer, Vorsitzender der AGMO e.V. (Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen), gewonnen werden. In seinem Beitrag ließ Körfer die wichtigsten historischen Erinnerungs- und Gedenktage dieses Jahres Revue passieren.

„Kehren wir also nach diesem schönen, gemeinschaftlichen Sonntag nach Hause zurück und erzählen wir den Menschen in unserer Umgebung von Schlesien, den masurischen Seen, den Wäldern Ostpreußens, den Bernsteinstränden, dem Riesengebirge und von den Angehörigen der deutschen Volksgruppe, die dort leben und um ihre kulturelle Identität unter nicht einfachen Bedingungen täglich ringen. Zeigen wir Politik und Gesellschaft, dass wir noch da sind. Dass wir Ziele haben. Mischen wir uns auch in Zukunft aktiv ein!" – so lautete der Schlussapell von Körfer.

Dieter Göllner



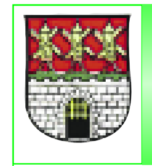
Organisator Jürgen Zauner bei seiner Eröffnungsrede



„Gute Gespräche": Auch der Bund junges Ostpreußen (BJO) war mit einem Stand vertreten

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

14.30 Uhr: Hauptkreistreffen in der Niederrheinhalle Wesel
– Musikeinführung mit der Blasmusik Lackhausen
Begrüßung Hubertus Hilgendorf, Kreisvertreter
Gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder“
Ansprachen von Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel
16 Uhr: Großer Zapfenstreich mit der Blasmusik Lackhausen und dem Tambourcorps Wesel-Fusternberg.
16.30 Uhr: Geselliges Beisammensein.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Alberten für die Abiturienten

Bereits 1966 übernahm das Gymnasium Winsen/Luhe die Patenschaft für die Friedrich-Wilhelm-Oberschule Schloßberg in Ostpreußen. Seit diesem Jahr werden jährlich in der Abiturfeier auf Wunsch der jeweiligen Schüler Alberten an diese Abiturientinnen und Abiturienten verliehen. Im Jahr 2015 überraschte der Abiturjahrgang die Schülervereinigung der Friedrich-Wilhelm-Oberschule besonders angenehm: Der ganze Jahrgang wünschte sich die Alberte. Sprecherin Ursula Gehm reiste von Schwäbisch Hall zur Abiturfeier am Freitag, dem 3. Juli nach Winsen, um die ehrenvolle Aufgabe der Verleihung der Alberten zu übernehmen.

In ihrem Grußwort sprach Ursula Gehm die Glückwünsche der Ehemaligen des Schloßberger Patengymnasiums und der Kreisgemeinschaft Schloßberg zum bestandenen Abitur aus. Sie erklärte: „Liebe Abiturientinnen und Abiturienten, sehr geehrter Herr Studiendirektor Schulz, verehrtes Kollegium, meine Damen und Herren.

Die herzlichste Gratulationen ihres Patengymnasiums und der Kreisgemeinschaft Schloßberg überbringe ich Ihnen zu Ihrem bestandenen Abitur. Überaus stolz und glücklich sind wir, dass sich alle 80 Abiturientinnen und Abiturienten – der ganze Jahrgang – die Alberte von uns gewünscht haben. Es ist eine ehrenvolle Aufgabe, diese alte ostpreußische Tradition an unserem Patengymnasium heute zu pflegen. Im kommenden Jahr zum 50. Mal, das heißt 50 Jahre Patenschaft seit 1966.

Die Albertus Nadel, die Alberte hier in meiner Hand, ist eine kleine vergoldete Nadel. Sie zeigt das Brustbild des letzten preußischen Hochmeisters des Deutschen Ordens und späteren ersten Herzogs in Ostpreußen Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Er führte die Reformation in Ostpreußen ein, entsagte dem Orden und reformierte nicht nur Kirche und Verwaltung, sondern ordnete auch das Bildungswesen neu. Im Jahr 1544 gründete er die Königsberger Universität, die nach ihm „Albertina“ benannt wurde. Bereits im 19. Jahrhundert wurde zu Ehren von Herzog Albrecht die Alberte als Auszeichnung für die bestandene Reifeprüfung verliehen. Es gibt nur wenige ostpreußische Gymnasien, die heute noch diese alte Tradition pflegen.

70 Jahre sind seit der Vertreibung aus der ostpreußischen Heimat vergangen. Der Kreis Harburg übernahm die Patenschaft für den Kreis Schloßberg und die Stadt Winsen für unsere Heimatstadt. Das Gebäude unserer Friedrich-Wilhelm-Oberschule hat den Krieg überstanden und ist heute im russischen Königsberger Gebiet, dem Oblast Kaliningrad, in Dobrovolsk wieder eine weiterführende Schule, an der auch Deutschunterricht stattfindet.

Meilensteine in unserer Schülervereinigung sind im Jahr 2016 die Jubiläen der 1946 von Hans-Günther Segendorf gegründeten Schülervereinigung und der 1966 begonnenen Patenschaft Ihres Gymnasiums für unsere Schloßberger Oberschule. Dankbar denken alle Ehemalige an diese so wertvollen Ereignisse. Einmal im Jahr treffen sich die Ehemaligen in Winsen und besuchen am Samstag Ihr Patengymnasium und den 1982 eingeweihten Traditionsraum. Die Ehemaligen freuen sich immer auf das Wiedersehen mit den alten Schulfreunden und tauschen gerne die Erinnerungen an die gemeinsame Schulzeit aus. Daher lege ich Ihnen ans Herz: Halten Sie Kontakt zu Ihren Schulfreundinnen und Schulfreunden, zu Ihrem Gymnasium und zu Ihrem Schulverein.

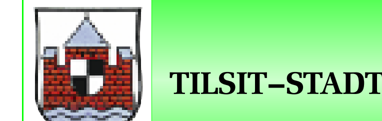
Nun wünsche ich Ihnen nicht nur Erfolg sondern auch Freude an Ihrer Ausbildung und auf Ihrem weiteren Lebensweg.“

Der neue Schulleiter des Winsener Gymnasiums Studiendirektor Stefan Schulz überreichte den Abiturientinnen und Abiturienten ihre Reifezeugnisse und gratulierte zum bestandenen Abitur. Ursula Gehm steckte die gewünschten Alberten mit einer herzlichen Gratulation an. Rückblicke in das vergangene Schulleben enthielten die Reden der Lehrer, Eltern und Schüler. Die besten Abiturienten wurden mit Preisen ausgezeichnet. Die Ehemaligen machte es sehr stolz, dass alle 80 Abiturienten, die Alberten gewünscht hatten, ihrer Abiturfeier beiwohnten. Die musikalische Umrahmung der Feier hatte die Bläserklasse unter bewährter Leitung von Herrn Bokelmann übernommen.

In jedem Jahr bringt das Gymnasium Winsen ein Jahrbuch heraus. Es ist ein Spiegelbild des vergangenen Schuljahres. In zahlreichen Beiträgen und Fotos findet sich jede Klasse wieder. Auch die Patenschule, die Friedrich-Wilhelm-Oberschule, berichtet dort aus ihrem Kreis über die Ereignisse des letzten Jahres. Meilensteine sind die im kommenden Jahr: 70 Jahre Schülervereinigung und 50 Jahre Patenschaft des Gymnasiums Winsen für unsere Schloßberger Oberschule. Dankbar und im würdigen Rahmen werden die Ehemaligen das Jubiläumsjahr planen.

Vorher aber findet am Freitag, dem 11. September das diesjährige Schülertreffen in der Stadthalle in Winsen statt. Ab 11 Uhr treffen sich die ersten Schulfreunde. Nach gemeinsamem Mittagessen und Kaffeetrinken beginnt um 19.30 Uhr die Feierstunde. Hier haben die Ehemaligen Gelegenheit, den neuen Schulleiter ihres Patengymnasiums Stefan Schulz kennen zu lernen. Am folgenden Samstag findet die übliche Begegnung im Traditionsraum des Patengymnasiums statt, *Ursula Gehm*

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



TILSIT–STADT

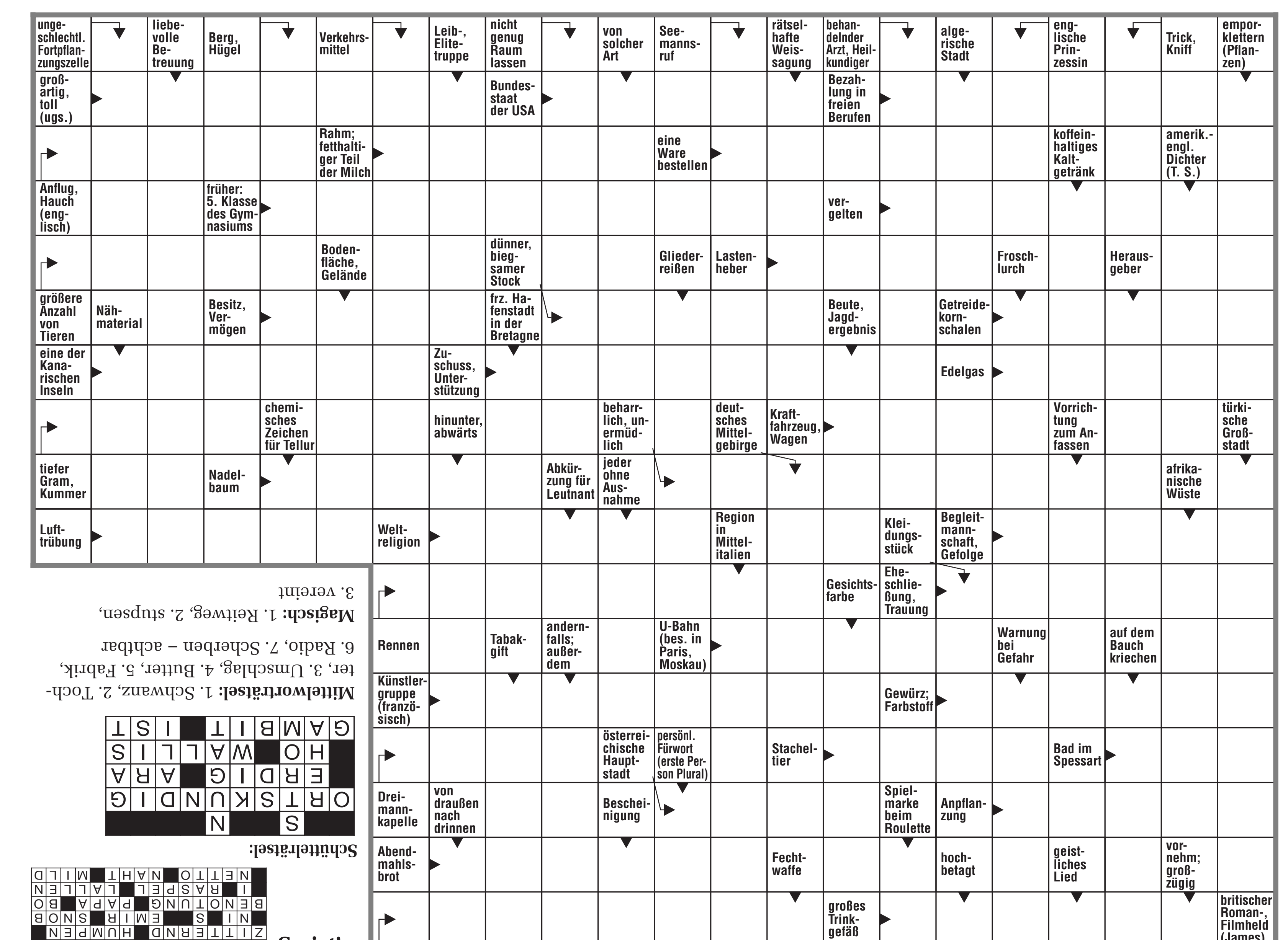
Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Heimatbrief

Mit der Ausgabe 96 von „Land an der Memel – Tilsiter Rundbrief“ ist es dem neuen Schriftleiter Heiner C. Coenen gelungen, einen in Optik und Inhalt hochwertigen Heimatbrief zusammenzustellen, der viele positive Reaktionen ausgelöst hat. Alle Tilsiter, die den Heimatbrief bisher nicht bekommen haben, sei es durch nichtgemeldeten Wohnungswechsel oder durch langjährige Spendenabstinenz, haben die Möglichkeit, ein Exemplar anzufordern bei Siegfried Dannath-Grabs, Angelikastraße 13, 01099 Dresden.

Ruth Geede ist mit der „Königsberger Bürgermedaille“ für ihr Lebenswerk ausgezeichnet worden. Zur Überreichung der Medaille und der dazugehörigen Urkunde stattete der 2. Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Königsberg, Lorenz Grimoni in Begleitung seiner Ehefrau der Königsberger Schriftstellerin und Journalistin einen Besuch in ihrer Privatwohnung in Hamburg-Niendorf ab. *M.R.*





Schüttelrätsel

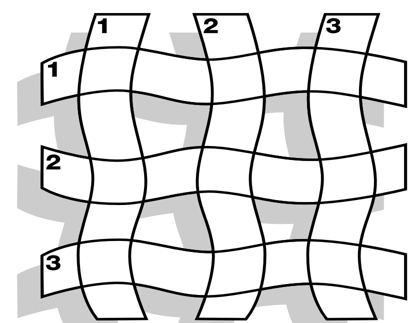
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

DGIKN ORSTU	AEHR		MORST	IIKW		AGNTU	ADIL	IIRS	AGST
DEGIR						AAR			
ABGI MT			AILL SW						
						IST			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für ehrenwert.

1	FUCHS		FLOSSE
2	ENKEL		FIRMA
3	BRIEF		HAFEN
4	MARKEN		BLUME
5	TRAUM		ARBEITER
6	KOFFER		WECKER
7	GLAS		HAUFEN



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Pfad für Pferdesportler
2 einen leichten Stoß versetzen
3 zusammengeführt

In Minsk eingeweiht

Ein Mahnmal für ermordete Ostpreussen jüdischer Herkunft

Nun erinnert in der weißrussischen Hauptstadt Minsk auch ein Gedenkstein an die Ostpreußen, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Hamburg, Berlin, Wien und andere Städte hatten dort bereits Mahnmale aufgestellt. Sie stehen auf dem Gelände des früheren jüdischen Friedhofes. Dort wurde am 24. Juni auch der Gedenkstein für die Ostpreußen eingeweiht. Anwesend waren unter anderem der deutsche Botschafter, Wolfram Maas, und Olga Rensch-Wenzel vom Internationalen Bildung- und Begegnungszentrum Minsk. Für die jüdische Gemeinde Kaliningrad war Victor Schapiro gekommen. Als Zeitzeugin und Holocaustüberlebende nahm die gebürtige Königsbergerin Nechama Drober teil.

Finanziert wurde der Gedenkstein mit Geldmitteln der Stiftung und Stadtgemeinschaft Königsberg, der Ostpreußischen Kulturstiftung, der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen und der Landsmannschaft Ostpreußen. „Zur Ehrung dieser jüdischen Mitbürger und zu ihrem Gedenken haben wir uns zusammengeschlossen, um diesen Stein zu errichten, den wir heute enthüllen“, erklärte Klaus Weigelt von der Stiftung und Stadtgemeinschaft Königsberg. Er sprach als Vertreter der Geldgeber bei der Festveranstaltung und betonte: „Dieser Stein ist kein Grabstein, er ist ein Mahnmal. Er soll bezeugen, dass die Königsberger und Ostpreußen die Verantwortung für die bleibende Erinnerung an die dunklen Jahre deutscher Geschichte übernehmen.“

»Erinnerung an die dunklen Jahre«

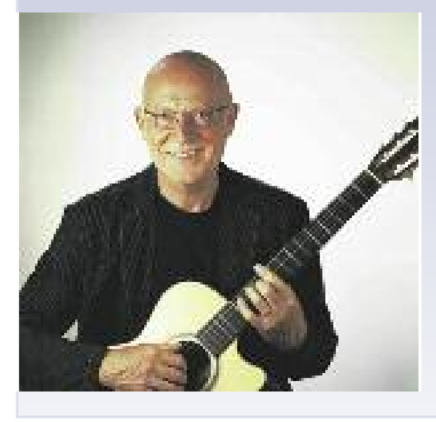
Die jüdischen Kinder, Frauen und Männer waren 1942 nach Minsk verschleppt worden. Zwei Tage später wurden sie im zwölf Kilometer südöstlich von Minsk gelegenen Maly Trostenez bei Blagowtschina ermordet. Zwischen Sommer 1941 und Frühjahr 1944 wurden dort bis zu 150 000 Menschen von den deutschen Besatzern erschossen oder in Gaswagen ermordet worden.

In Maly Trostenez hatte Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko schon am 22. Juni, dem Jahrestag des Angriffs auf die Sowjetunion, eine Gedenkanlage eingeweiht. Der Zeremonie auf dem jüdischen Friedhof schloss sich daher auch ein Besuch dieser Erinnerungsstätte an sowie eine Fahrt zu den eigentlichen Erschießungsstätten im Wald.

Erst 2009 hatte die Holocaust-Überlebende Nechama Drober erfahren, wohin die SS ihre Angehörigen und Freunde verschleppt hatte. Nun, 73 Jahre nach der Deportation, war sie erstmals am Ort des Mordes. Über eine halbe Stunde hing sie schweigend ihren Erinnerungen nach. So beschwerlich der Besuch für die fast 88-jährige, die heute in Israel lebt, auch war, die Gewissheit an der Erschießungsstätte gewesen zu sein, böte ihr Erleichterung, berichtete sie. Bei ihrer Rede auf dem jüdischen Friedhof hatte sie betont, dass die Feierlichkeit ein besonderer Tag für sie sei und eine Ehre. „Ich spreche heute für die Juden aus Königsberg und aus Ostpreußen, die in Minsk und anderswo von den Nazis ermordet wurden, und ich spreche auch für alle Nichtjuden aus meiner Heimat, die den Krieg und die anschließende Hungersnot nicht überlebt haben.“ *PAZ*



Der Gedenkstein in Minsk und vier Teilnehmer der Einweihungsfeier (v.l.): Uwe Neumärker (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas), Klaus Weigelt, Nechama Drober und ihr Sohn Edik Bild: Weigelt



Zur Festwoche vom 18. bis 24. Juli lädt die Königsberger Diakonie in Wetzlar ein. Anläßlich des 165-jährigen Bestehens des Mutterhauses sowie der 25-jährigen Freundschaft zwischen dem Kreiskrankenhaus Kaliningrad und der Königsberger Diakonie gibt es Konzerte, Podiumsgespräche, Lesungen und andere Veranstaltungen. Unter anderem wird der christliche Liedermacher Siegfried Fietz (Foto) in der Altenberger Kirche auftreten. Freya Klier wird ihr Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens“ vorstellen. Weitere Informationen: Königsberger Diakonissen-Mutterhaus, Robert-Koch-Weg 4a, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 206123, Internet: www.koenigsbergerdiakonie.de

Paradies und Kriegsfurie

Unterhaltsam, bewegend, krass: Michael Cadens Ostpreußen-Roman

Genau 60 Jahre nach seiner Flucht aus dem Ermland im Winter 1945 besucht Albert Steinky zum ersten Mal sein Heimatdorf Klotainen (Klutajny) in der Nähe der Kreisstadt Heilsberg. Dem inzwischen 83jährigen steht eine intensive Begegnung mit seiner Vergangenheit bevor – und mit den Menschen, die heute in dieser Gegend wohnen.

Davon handelt Michael W. Cadens unterhaltsamer Roman mit dem Titel „Das Mädchen mit den Schlittschuhen“. Der Roman führt jedoch auch den krassen Gegensatz zum Kindheitsparadies von Albert Steinky vor Augen, nämlich das abgrundtief traurige, kaum in Worte zu fassende Geschehen bei Kriegsende 1945. Wie Caden versichert, beruht die Handlung dieser Familiengeschichte großenteils auf wahren Begebenheiten. Der Romantitel nimmt Bezug auf eine Episode rund um ein paar alte Schlittschuhe, die sich wie ein roter Faden durch die Handlung zieht.

Mit dem Untertitel „Ein Ostpreußen-Roman der nächsten Generation“ verweist der Autor auf sich selbst. Michael Wenzel, so lautet sein richtiger Name, ist Sohn ostpreußischer Eltern und im westfälischen Kaden zu Hause. Von Beruf ist er Redakteur der Westfälischen Zeitung. Aus dem Namen seines Wohnorts hat er sein Pseudonym als Autor abgeleitet. 2008 kam ihm die Idee zum Roman, als er den Heimatort des Vaters besuchte, eben das Dorf Klotainen in der heutigen Woiwodschaft Ermland-Masuren. Als Vorbereitung für seinen Erstlingsroman sichtete der Autor schriftliche Dokumente und befragte Zeitzeugen. Im Kern enthält sein Buch das Schicksal seiner großelterlichen Familie in väterlicher Linie. So werden seine Großeltern Elisabeth und Willi Wenzel sowie ihre drei Kinder – Vater, Onkel und Tante des Autors – die Vorbilder für die Hauptfiguren des Romans sein: Willi und Elisabeth Steinky sowie ihre Kinder Albert, Karl und Lieschen.

Bis zu ihrer Flucht im Kriegswinter 1945 wohnen die Steinkys in dem 200-Seelen-Dorf Klotainen. Der Handlungsablauf bezieht sich im Wesentlichen auf das Schicksal von Willi Steinky und das seiner Söhne Albert und Karl. Willi stammt aus Elbing. Auf dem Rittergut Klotainen arbeitet er als Kutscher und ist verantwortlich für die Pferdestallungen. Zentrale Romanfigur ist jedoch Albert Steinky, der bei Kriegsende 13 Jahre alt ist.

Die Handlung beginnt im Sommer 2005 mit der Landung Albert Steinkys auf dem Flughafen von Rebiechowo, ehemals Ramkau. Plötzlich ergreift ihn eine innere Unruhe. Vor seinem inneren Auge laufen die lange verdrängten Bilder von der Flucht hunderttausender Menschen vor der sowjetischen Kriegsfurie ab. Albert selbst konnte 1945 in Danzig am Bahnhof nur knapp dem Beschuss sowjetischer Tiefflieger entkommen.

Welches Geheimnis hütet das Mädchen?

Am Ausgang des Flughafens erwartet ihn wie verabredet Heinrich Ostrowsky, der ihn in den nächsten Tagen mit seinem Pkw in die Städte und Dörfer seiner alten Heimat fahren wird. Heinrich wurde 1935 auf einem Gutshof bei Guttstadt geboren und blieb bei Kriegsende in Ostpreußen. Ihm und einigen anderen Gesprächspartnern wird Albert in mehreren Rückblenden nach und nach die Geschichte seiner Familie erzählen. Dafür hat sich Caden eine Reihe von drolligen Anekdoten einfallen lassen, deren Akteure, vor allem die Bewohner von Klotainen, markant charakterisiert sind: der schwerhörige Pfarrer Brieskorn, die verlotterten Schibulskis, ein hüstelnder Spötter namens Kalludrigkeit und Adolf Willumeit, ein Sonderling, der ein dunkles Geheimnis hütet. Selbst die Gängelung der Menschen durch die Gesetze und Vorschriften der Nationalsozialisten wird durch manche possenhafte Begebenheit ins Lächerliche gezogen. Man muss in der Tat oft schmunzeln beim Lesen dieses Buches.

Umso krasser wirkt der Bruch, als es zur Schilderung des Überlebenskampfs der Steinkys und anderer Familien aus Klotainen kommt, die sich Ende Januar 1945 im Treck auf die Flucht in den Westen begeben. Auf Berichte seiner Großeltern sowie des Vaters, des Onkels und der Tante von Michael W. Caden beziehen sich vermutlich die im Roman beschriebenen dramatischen Geschehnisse während der Flucht. Bei der Überquerung des zugefrorenen Haffs werden Elisabeth Steinky sowie Karl und Lieschen Zeugen des grausigen Todeskampfs von Menschen und Pferden in ihrer Nähe, die in das Eis eingebrochen sind.

Die drei Steinkys überleben die Gefahr, werden aber auf einem Gutshof in Ostpommern, unweit von Stolp, von Rotarmisten eingeholt. Albert war zuvor wegen einer Schussverletzung von seiner Familie getrennt worden. Er wird von deutschen Soldaten mitgenommen und gelangt auf einem Frachter von Frauenburg über das Haff nach Pillau. Im Sanatorium von Pößneck wird seine Verletzung gerade noch rechtzeitig behandelt. Am Ende kommen alle Steinkys mit dem Leben davon.

Zurück in das Jahr 2005: Heinrich Ostrowsky macht Albert mit den heutigen Bewohnern seines Elternhauses in Klotainen bekannt. Zu der kleinen polnischen Familie gehört auch die 14jährige Patrycia. Sie ist „das Mädchen mit den Schlittschuhen“. Vor Jahren schon hatte Patrycia die alten Schlittschuhe, die einst Albert und vorher seinem Vater gehörten, in einer Truhe auf dem Dachboden entdeckt, heimlich benutzt und weiterhin sorgfältig aufbewahrt. Dass ein dunkles Geheimnis das Mädchen umgibt, macht den Roman dann noch einmal richtig spannend.

Dagmar Jestrzemski



***Michael W. Caden: „Das Mädchen mit den Schlittschuhen. Ein Ostpreußen-Roman der nächsten Generation“**, Engelsdorfer Verlag, Leipzig 2014, gebunden, 395 Seiten, 22 Euro*

Ständig unter Dampf

Rügen vom Zugfenster aus betrachtet – Historische Eisenbahn dampft seit 120 Jahren unermüdlich über die Insel

Vor 120 Jahren wurden die Weichen für den „Rasenden Roland" gestellt. Die Insel Rügen feiert am 21. Juli ihre historische Dampfeisenbahn.

Nostalgiker kommen in diesem Sommer auf Rügen voll auf ihre Kosten, denn die größte deutsche Insel feiert 120 Jahre Eisenbahngeschichte: Die historische Schmalspurbahn „Rasender Roland" dampft seit Juli 1895 über den Südosten der Insel, und solch ein Jubiläum verlangt ein attraktives Festprogramm, an dem nicht nur die ältesten Teilnehmer ihre Freude haben. Aber auch ohne die Feierlichkeiten entlang der Strecke Putbus–Göhren ist diese Fahrt geschichtsträchtig und erlebnisreich. Darum rollen die von Dampflokomotiven geführten Personenzüge im „rasanten" Tempo von 30 Stundenkilometern nicht nur durch den vom Tourismus bestimmten Inselsommer, sondern sind ganzjährig im Einsatz.

Der „Rasende Roland" gehört nun einmal zu Rügen wie die Kreidefelsen und die Inselbäder mit den berühmten Seebrücken. Gerade diese Perlen der Bäderarchitektur liegen auf der Strecke des „Rasenden Rolands", der mit Volldampf in eine Erfolg versprechende, vom wachsenden Tourismus bestimmte Zukunft rollt.

Das war nicht immer so, denn der historischen Schmalspurbahn drohte in ihrer wechselvollen Geschichte schon oft, auf das Abstellgleis geschoben zu werden. Das hat man sprichwörtlich mit dem größten Teil ihres Streckennetzes getan. Denn seit am 21. Juli 1895 der 10,8 Kilometer lange Abschnitt Putbus–Binz in Betrieb genommen worden war, hatte es der Gründer und Betreiber, die Rügensche Kleinbahnen Aktien-Gesellschaft, immer weiter ausgebaut, bis es 1899 die Gesamtlänge von 97,5 Kilometern erreichte.

Ursprünglich für den Transport der landwirtschaftlichen Güter der Insel und ihrer damit verbundenen Personen gedacht – daran erinnern noch heute die Schilder „Für Traglasten" an einigen Wagen –, begann bereits im Kaiserreich der Tourismus als „Sommerfrische" eine Rolle zu spielen. Was dann kam, war ein dauerndes Wechselspiel der Betreiber, das – bedingt durch zwei Weltkriege und die wirren Nachkriegszeiten – zu einer Stilllegung des Schienennetzes bis auf die Strecke Putbus–Göhren führte.

Aber auch dieser drohte das Aus, bis 2008 die Wende kam: Die im Erzgebirge so erfolgreiche Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft Pressnitztalbahn (Press) übernahm mit der Gründung der Zweigniederlassung „Rügener Bäderbahn – Rasender Roland" (Rübb) die Inselbahn, die über keine einzige betriebsfähige Lokomotive mehr verfügte. Mit großem Aufwand holte die Press aus ihrem Bestand einige Dampflokomotiven, mit denen die Strecke in Betrieb genommen wurde. Heute verfügt die Rübb über acht Dampflokomotiven und zwei Diesellokomotiven für die Dreischienenstrecke zwischen Putbus und dem nahen Lauterbach, dem ältesten Badeort Rügens, mit der sie das Schmalspurnetz ergänzt.

Wie die „Schwäb'sche Eisebahne" hat auch Rügens „Rasender Roland" viele Stationen – nur hat sie noch keiner besungen. Auch das Tempo dürfte mit 30 Kilometer pro Stunde gleich sein, das ergibt zwischen Putbus und Göhren 75 Minuten Fahrzeit. Wie Perlen an der Schnur liegen am Schienennetz die Stationen aufgereiht, insgesamt 13, von denen fünf Hauptstationen sind, an denen der „Rasende Roland" auf jeder Fahrt hält. Es sind dies das ehemalige Residenzstädtchen Putbus mit seinem „Häuser-Circus" im klassizistischen Stil, und das mondäne Binz, das größte und bekannteste Ostseebad Rügens, von dessen Seebrücke aus man den herrlichen Blick auf die Kreidefelsen der Stubbenkammer hat.

In der Reihe der bekannten Ostseebäder folgen Sellin mit seiner 99-stufigen Himmelsleiter hinab zu der mit 400 Meter längsten Seebrücke der Insel mit Europas größter Tauchgondel, Baabe mit einem der schönsten Naturhäfen Deutschlands und schließlich Göhren, wo die Kleinbahn fast bis zum Strand fährt und die Fahrt endet. Zwischen diesen Hauptstationen liegen acht Haltepunkte, zu denen Granitz mit seinem berühmten Jagdschloss gehört, das hoch über den herrlichen Buchenwäldern auf dem über 100 Meter hohen Tempelberg steht.

Von seinem Turm hat man einen großartigen Rundblick über die ganze Insel. Wer an einer der Bedarfshaltestellen aussteigen will, muss dies dem Zugpersonal vorher mitteilen. Die Schaffner müssen auf dieser alten Dampfbahn immer bereit für Auskünfte sein, und die werden von Fahrgästen aller Altersgrade verlangt. Jeder regulär verkehrende Personenzug der Rübb wird von Dampflokomotiven geführt, die älteste von ihnen verrichtet schon 100 Jahre zuverlässig ihre Dienste. Nostalgiker kommen voll auf ihre Kosten. Ob es die Holzbänke sind, auf denen es sich erstaunlich gut sitzen lässt, die Fenster, die man öffnen kann und durch die man den Menschen an den Bahnübergängen zuwinkt, oder die offenen Perrons, auf denen man sich den Fahrtwind um die Nase wehen lässt: Blumen pflükken ist allerdings auch bei diesem Zuckeltempo verboten. Für ältere Leute ist es eine Zeitreise zurück in ihre Kindheit, und sie genießen sie buchstäblich in vollen Zügen, denn vor allem während der Hauptsaison sind die Fahrten mit dem „Rasenden Roland" sehr gefragt.



Dampfross voraus: Im Zuckeltempo pirscht sich der „Rasende Roland" durch Rügens sommerlich grüne Landschaft Bild: MRK

Ja, warum heißt diese Dampfbahn der Rübb überhaupt so? Historisch, wie man annehmen könnte, ist der Name nicht begründet, sie hat mit dem mittelalterlichen Roland, der Symbolfigur für die der betreffenden Stadt zugestandenen Marktrechte, nichts zu tun – berühmtestes Standbild ist der Bremer Roland am Rathaus der Hansestadt.

Der Ursprung des rollenden Rolands ist weitaus jüngeren Datums, denn mit großer Wahrscheinlichkeit geht er auf eine fröhliche Kumpel-Runde zurück, die in den 60er Jahren zur Erholung nach Rügen geschickt wurde und die den Bummelzug so getauft haben soll. Das „rasend" ist natürlich liebevoll ironisch gemeint. Eine andere Version kann man dem Begleitheft „Die Rübb – mit Volldampf auf Rügen" entnehmen, in dem in einer lustigen Geschichte für Kinder erklärt wird, dass zwei mitfahrende Kinder aus dem Erzgebirge den Lokführer so getauft hätten, weil er ihrem Onkel Roland so ähnlich sähe. Diese Version erscheint allerdings reichlich abgekupfert von der „Oscar"-Figur der Filmbranche Hollywoods.

Wie auch immer: Der Name klingt lustig, und das soll eine Fahrt mit dem „Rasenden Roland" auch sein. Das Begleitheft bietet ausgezeichnete Informationen in Wort und Bild nicht nur über die befahrene Strecke, sondern auch über die acht Dampfloks und den Wagenpark. Das wird natürlich die Eisenbahnfreunde interessieren, aber noch mehr das Angebot einer Führerstandsmitfahrt, die nach Anmeldung ermöglicht wird. Gegen Entgelt können Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren auf dem Führerstand mitfahren, jüngere Kinder nur im Beisein von einem Erwachsenen.

Aber Vorsicht, es ist eine Dampflok! Das Tragen von festem Schuhwerk und langer dunkler Kleidung wird deshalb empfohlen. Diese Führerstandsmitfahrten gehören zum Standardprogramm des „Rasenden Rolands". In diesem Jubiläumsjahr legt die Rübb noch ein Jubiläumsprogramm auf, das Bahnhofsfeste und Sonderfahrten beinhaltet. *Günther Falbe*

Über Angebote und Service, Fahrplan und Tarife informiert ausführlich der gut aufgemachte Prospekt „Rasender Roland". Die Fahrtkosten sind übersichtlich in fünf Tarifstufen eingeteilt. Die Einzelfahrt für die Gesamtstrecke beträgt zehn Euro, ermäßigt fünf Euro, die Familienkarte (zwei Erwachsene, drei Kinder) 21 Euro. Auskunft: Rügensche BäderBahn „Rasender Roland", Bahnhofstraße 14, 18581 Putbus, Telefon (038301) 1884012, Internet: www.ruegensche-baederbahn.de. Die E-Mail-Adresse lautet: ruegen@pressnitztalbahn.com

Im Weinberg des Herren gereift

Vor 80 Jahren geweiht – 103-Jähriger Monsignore ist dienstältester Priester Deutschlands

Schon seit acht Jahrzehnten arbeitet Rudolf Salzer im „Weinberg des Herrn". Am 16. Juni 1935 erhielt er 23-jährig im St.-Veits-Dom zu Prag von Erzbischof Karel Boromejský Kašpar die Priesterweihe. „Priester zu sein, ist meine Lebensaufgabe", lautet sein Wahlspruch.

Seine Wiege steht im böhmischen Erzgebirge. In Neugeschrei, einem Ortsteil von Weipert, erblickte er am 8. November 1911 das Licht der Welt. Sein Vater war Fleischer und betrieb mit seiner Frau Marie auch eine kleine Landwirtschaft. Ein harter Schlag war der Tod des Vaters im November 1914 auf dem Kriegsfeld in Galizien. Die Mutter musste nun allein für die Familie sorgen.

Im Jahr 1922 veranlasste der örtliche Kaplan und spätere Bürgermeister von Weipert, Rudolf Hacker, dass Salzer die Ausbildung am Erzbischöflichen Konvikt in Mies fortsetzte. „Mit einer ausgezeichneten Matura", so Salzer im Rückblick, schloss er 1930 das Gymnasium ab. Schon im Oktober begann er an der Theologischen Fakultät der Prager Karls-Universität das Theologiestudium und trat dort ins Priesterseminar ein. Die Priesterweihe erfolgte am 16. Juni 1935, und am 23. Juni war die Primiz, die erste Messe, in Neugeschrei.



103 Jahre: Monsignore Rudolf Salzer Bild: privat

Salzers priesterliches Wirken begann im Herbst 1935 als Kaplan in St. Joachimsthal. Drei Jahre später übernahm er eine Tätigkeit als Religionslehrer und Administrator in Schlackenwerth. Für die Schultätigkeit wurde er im September 1938 noch auf die CSR-Verfassung vereidigt, einen Monat später marschierte die Wehrmacht ein. Ein Spagat für ihn in jenen Jahren. Wegen eines Beinbruchs im Jahr 1939 wurde er nicht zum Kriegsdienst gerufen.

Mit dem letzten Transport wurde er im September 1946 aus der Heimat ausgewiesen und landete in Parsberg in der Oberpfalz. Er meldete sich im Regensburger Ordinariat und wurde in Wallersdorf bei Landau als Kooperator eingesetzt, wo er bis 1952 wirkte. In gleicher Funktion war er bis 1958 in Oberwinkling (Landkreis Bogen) tätig. Seine Lebensstelle fand er ab 1958 in Reicheneibach (Landkreis Rottal-Inn), wo er bis August 2001 – noch mit 89 Jahren und nach 43 Dienstjahren – die Seelsorge innehatte, verbunden mit der Pfarradministration in zwei Nachbarpfarreien.

Schon Jahre vor dem Zweiten Vatikanum praktizierte er moderne Elemente wie die Mitarbeit von Laien oder volksnahe Gottesdienste. Und er erhielt auch mehrere Auszeichnungen und Ernennungen: So 1979 zum Bischöflich Geistlichen Rat, 2005 zum Päpstlichen Ehrenkaplan „Monsignore" und 2010 die Ehrenbürgerschaft des Marktes Wallersdorf, wo er seit 2001 seinen Ruhestand verbringt. Am 22. Juli wird sein 80. Priesterjubiläum mit einem Festgottesdienst im Seniorenheim in Wallersdorf (Niederbayern) gefeiert, wo Monsignore Salzer wohnt. *Markus Bauer*

Spaß mit Kanonen

Festung Königstein rüstet für Kinder auf

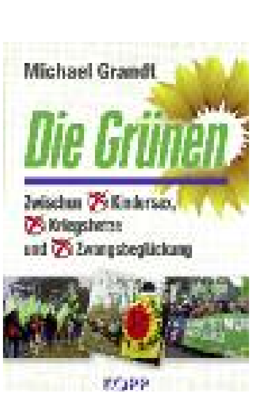
Geschichte zum Anfassen bietet im Sommer die Festung Königstein ihren jugendlichen Besuchern an. Mit ihrer neuen Dauerausstellung „In lapide regis – Auf dem Stein des Königs" will eine der größten Bergfestung Europas in der Sächsischen Schweiz die Kinder mit neuartigen interaktiven Konzepten an das Erlebnis Museum heranführen. Auf 1200 Quadratmetern setzt die Festung ganz auf aktives Mitmachen, Ausprobieren und spielerisches Lernen. Und hält darüber hinaus noch weitere spannende Überraschungen für ihre jüngsten Besucher bereit.

> Detektivisch in die Geschichte eintauchen

So sind Kinder eingeladen, die Festung, die eine Größe von 13 Fußballfeldern besitzt, in einem Strategiespiel nachzubauen, eine virtuelle Steinschleuder abzufeuern oder einen mittelalterlichen Ritterhelm anzuprobieren. An Medienstationen können sie dem Kurfürsten Speisen servieren. Ihnen begegnen die Kinderhelden Flax und Krümel aus dem DDR-Fernsehen. An einer Hörstation singt für sie der Kinderchor der Semperoper Dresden das bekannte Spottlied „Auf der Festung Königstein". Und in Mitmachprogrammen können sie an einer Ausgrabung teilnehmen, Steinmetz-Zeichen herstellen oder eine Urkunde mit ihrem eigenen Abzeichen siegeln.

In den Sommer- und Herbstferien gibt es täglich altersgerechte Programme. Unter dem Motto „Ferienspaß für Königskinder" werden Such- und Ratespiele, Märchenerzählungen, Bastelstunden und das Detektivspiel „Die verschwundenen Kanonenkugeln" geboten.

„Das alles zeigt Kindern, dass Geschichte auch Spaß machen darf", so Angelika Taube, die Geschäftsführerin der Festung Königstein. Informationen über die Angebote der Festung Königstein für Kinder auf der Internetseite www.festung-koenigstein.de. *tws*



Demaskierte Moralpartei

Özdemir und Co. im Zwielicht

Mit „Die Grünen“ ist Autor Michael Grandt ein aufklärerischer Wurf gelungen. Leicht lesbar und mit 1167 Quellenangaben belegt, zeichnet der Journalist und Bestsellerautor („Deutschland vor dem Kollaps“) die Geschichte der Grünen in all ihrer Doppelzüngigkeit und Widersprüchlichkeit nach. Mit seinen fünf Kapiteln ist das Buch klar gegliedert. „Wer sind die Grünen“, fragt der Autor eingangs und beschreibt, wie sich die Grünen von Anfang an als Moralpartei präsentieren. Sie unterscheiden sich von allen anderen durch ihre schulmeisterliche Art, ihre Selbstgerechtigkeit und ihre erziehungsdikatorische Neigung.

Gegründet wird die Partei aus vielen bunt-chaotischen Vorläuferbewegungen am 13. Januar 1980. Sie bezeichnete sich als ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Schnell kristallisierten sich zwei Flügel heraus, ein radikalökologischer und ein ökosozialistischer. Den Begriff Öko führen zwar beide Gruppierungen in ihrer Bezeichnung, aber bis 1987 galten die Aktivitäten der Grünen eher dem Ziel, den Staat zu zersetzen und wehrlos zu machen. Die Gefängnisse sollten abgeschafft werden, das politische Strafrecht ebenso. Auch die Verfassungsschutzämter hätte man am liebsten aufgelöst.

Von Horst Seehofer stammt die Forderung „Entlarvt die Grünen, demaskiert sie“, doch keine politische Partei suchte ernsthaft die geistige Auseinandersetzung mit diesen erklärten Staatsfeinden. So konnten die Grünen tonangebend werden und über die Medien die Parteien dirigieren.

Und das trotz ihrer Haltung zum Thema Kindersex. Damit befasst sich das zweite Kapitel. Es geht um die Pädophilie, den sexuellen Kindesmissbrauch und die Bemühungen der Grünen, das Sexualstrafrecht zu ändern. Die „sexuelle Revolution“ samt „freier Liebe“ sollte bis zur sexuellen Selbstbestimmung von Kindern erweitert werden. Diese Vergangenheit holte die Grünen vor der Bundestagswahl 2013 ein und brachte ihre Scheinheiligkeit ans Tageslicht.

Kapitel Drei lautet „Wasser predigen und Wein trinken: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ Hier geht es um die führenden Köpfe der Partei und ihre widersprüchliche Haltung zum Krieg, sei es in Afghanistan, Jugoslawien, dem Irak oder der Ukraine. Im nächsten Kapitel geht Grandt dann ausführlicher auf die grüne Polit-Prominenz ein. Schattenseiten, Blößen und erstaunliche Gedächtnislücken hat Grandt bei Cem Özdemir, Katrin Dagmar Göring, Claudia Benedikta Roth und Co. aufgespürt.

Schulmeisterlich und selbstgerecht

Gar nicht zur Sprache kommt leider das „Klima“. Dieses Thema zeigt die Kunst der Grünen als Trittbrettfahrer und Möchtegern-Lockführer. Im Parteiprogramm von 1980 war von „Klimaschutz“ mit keinem Wort die Rede. Die Chance, sich hier aufs hohe Ross zu schwingen, ergab sich 1986 als die Deutsche Physikalische Gesellschaft die drohende Klimakatastrophe verkündete und der „Spiegel“ die Notwendigkeit von Klimaschutz in die Öffentlichkeit hineintrug. Nach der Vorarbeit wurden die Grünen politisch aktiv und tun jetzt so, als hätten sie den ganzen Unsinn angestiftet. Dass eine Partei, die stolz darauf ist, dass 68 Prozent ihrer Mitglieder Hochschulabschluss haben, nicht zwischen dem realen und nicht schützbaren Wetter und dem statistischen, vom Wetter abgeleiteten Konstrukt, Klima unterscheiden kann, offenbart das ganze Ausmaß der Bildungskatastrophe, die von ihr mitangestoßen wurde.

Das Buch ist lesenswert, auch wenn es fast zu spät kommt, um die grünen Geister aus unseren Gehirnen wieder zu vertreiben.

Wolfgang Thüne

***Michael Grandt: „Die Grünen. Zwischen Kindersex, Kriegshetze und Zwangsbeglückung“**, Rottenburg 2015, gebunden, 326 Seiten, 22,95 Euro*



Im Namen Allahs

Wie der Islam unsere Gesellschaft prägt, verändert und bedroht

Mittlerweile geht selbst die Bundeskanzlerin mit der Bemerkung hausieren, der Islam gehöre „unzweifelhaft“ zu Deutschland. Zugleich verkünden diverse Amtsträger und „Fachleute“ aber gebetsmühlenartig, dass keine Islamisierung unseres Landes stattfinde, weshalb sämtliche Warner vor einer solchen „islamophob“ seien, also wahrnehmungsgestört und krankhaft ängstlich. Wie abgrundtief verlogen diese Behauptung ist, zeigt das neueste Buch von Udo Ulfkotte, welches den Titel „Mekka Deutschland. Die stille Islamisierung“ trägt.

Der Autor hat unter anderem Islamkunde studiert und kennt die meisten Staaten der muslimischen Welt auch aus eigener Anschauung – darüber hinaus konvertierte er zum Glauben an Allah, wobei er diesen Schritt jedoch später wieder rückgängig machte. Auf jeden Fall ist er damit ein wesentlich kompetenterer Analytiker der derzeitigen Situation als viele Angehörige unserer ebenso naiven wie manipulativen politischen „Elite“, einschließlich des Chefs des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, der einen Salafisten vor allem daran erkennen will, dass der sich zum Islam bekennt ...

Allerdings wäre Ulfkotte nicht Ulfkotte, wenn seine in schneller Folge produzierten Bücher („Gekaufte Journalisten“, „Der Krieg im Dunkeln“) keine Detailfehler enthalten würden. So behauptet er diesmal beispielsweise, der Karnevalsumzug in Braunschweig sei 2015 abgesagt worden, „weil sich strenggläubige Moslems durch ihn gestört fühlten“. Tatsächlich lag ein Hinweis auf mögliche Anschlagspläne vor.

Das ändert jedoch nichts daran, dass es eine Vielzahl von Belegen dafür gibt, dass der Islam unsere Gesellschaft immer mehr prägt, verändert und bedroht. Um dies zu erkennen, braucht der Durchschnittsdeutsche indes kein solches Werk mehr, wie das von Ulfkotte jetzt vorgelegte, dazu reicht bereits ein kurzer Blick auf all die Absurditäten des BRD-Alltages im Jahre 2015 beziehungsweise 1437 (nach islamischer Zählung). Trotzdem ist es eindrucksvoll, noch einmal in geballter Form nachzulesen, wie viele Bereiche des Lebens hierzulande schon vom Islam umgekrempelt worden sind: Im Rechtswesen macht sich die Scharia breit. So ist Bigamie jetzt offenbar nur noch für Deutsche strafbar. Die neuen Regeln fürs Essen und Trinken bekommen nun auch die Nichtmuslime aufgezwungen. Christliche Feste und Bräuche werden sukzessive umbenannt oder ganz dem Aussterben preisgegeben. Künstler müssen darauf achten, dass ihre Werke islamkompatibel sind, und so weiter und so fort.

Bigamie nur noch für Deutsche strafbar

Besonders interessant wird das Buch aber in den Abschnitten, in denen es tatsächlich um die stille und nicht um die lautstarke Islamisierung geht, wie sie sich beispielsweise in den Muezzinrufen von den Minaretten deutscher Vorstadtmoscheen manifestiert. Diese heimliche Islamisierung findet unter anderem dort statt, wo Halal-Produkte, also für Muslime erlaubte Kosmetika und Nahrungsmittel, von der Öffentlichkeit unbemerkt den Markt überschwemmen. Das gilt auch und gerade für das Fleisch von Tieren, denen bei vollem Bewusstsein die Kehle durchgeschnitten wurde, um den mohammedanischen Vorschriften zu genügen. Das heißt, es findet eine schleichende „Islamisierung der Lebensmittel“ statt, die laut Ulfkotte unter anderem von Edeka und Metro vorangetrieben wird.

Islamisierung durch Edeka und Metro

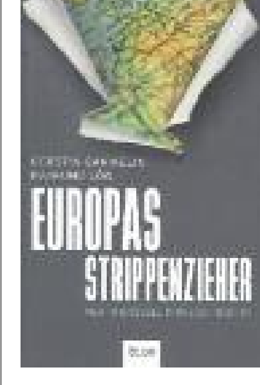
Zugleich greifen die islamischen Mächte, welche über reichlich Geld aus dem Erdölgeschäft verfügen, mit Krakenarmen nach unserer Wirtschaft. So erwarb Scheich Hamad al-Thani aus Katar 2014 mal eben 60 Millionen Aktien der Deutschen Bank – und bald will er wieder zuschlagen. Ebenso besitzt das Golfemirat Anteile an VW sowie dem Baukonzern Hochtief. Und der Staatsfonds Aabar aus Abu Dhabi nennt inzwischen schon sieben Prozent von Daimler sein eigen. Darüber hinaus steckt muslimisches Geld im Energieriesen E.ON und der Fluggesellschaft Air Berlin.

Welche Konsequenzen dies haben kann, zeigte sich Ende 2014, als Manager und der Betriebsratsvorsitzende des Dresdner Mikrochip-Herstellers Globalfoundries öffentlich gegen Pegida polemisierten – sehr wohl wissend, dass das Unternehmen letztlich von der Mubadala Development Company, also einem Staatsfonds in Abu Dhabi beziehungsweise den Vereinigten Arabischen Emiraten, kontrolliert wird.

Hierüber sollte Ulfkotte künftig noch sehr viel mehr schreiben. Dann kann der mündige, nichtmuslimische Verbraucher besser entscheiden, welchen Computer mit welchen Bauteilen er kauft, bei wem er seinen Wochenendeinkauf tätigt und mit welcher Fluglinie er in den Urlaub reist.

Wolfgang Kaufmann

***Udo Ulfkotte: „Mekka Deutschland. Die stille Islamisierung“**, Kopp-Verlag, Rottenburg 2015, 256 Seiten, gebunden, 19,95 Euro.*



Machtlose Fehlkonstruktion

Woran die EU scheitern wird – eine ungewöhnliche Pespektive

Mit milder Ironie dargebotene Sachkenntnis zeichnet dieses Buch aus. Die Brüssel-Korrespondenten Cerstin Gammelin von der „Süddeutschen Zeitung“ und Raimund Löw, der für den österreichischen Sender ORF tätig ist, schreiben über Hintergründe und Doppelbödigkeiten der Europäischen Union. Ihre Sicht ist eine ziemlich ungewohnte. Der Titel deutet es an: „Europas Strippenzieher. Wer in Brüssel wirklich regiert“.

Für die beiden Autoren ist die EU nicht das selbstgefällige Monster, das 506 Millionen Bürger in 28 Mitgliedsstaaten mit unsinnigunnötigen Auflagen nervt. Schaden richte die EU deswegen an, weil sie eine schwächliche und machtlose Fehlkonstruktion sei. Aus Eigenkompetenz bewirke die EU gar nichts, weil sie ausschließlich „Vorschläge“ in Gemeinschaftsform gießt, die aus den nationalen Hauptstädten kommen.

Dieser Argumentation mag man folgen oder nicht. Lesenswert ist das Buch in jedem Fall, denn es ist so unterhaltsam und informativ geschrieben, wie man es im Sachbuchgenre selten findet. EU-Skeptiker gleich welcher Couleur werden zudem das Gesamturteil von Gammelin und Löw mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen. Es fällt vernichtend aus: „Es ist ein System, das dauerhaft so nicht funktionieren kann“. Über Erweiterung oder gar Vertiefung rede in der EU niemand mehr, auch die „halbfertige Währungsunion“ habe kaum Zukunft: Die 18 „Euro-Länder“ bleiben souveräne Staaten und unterstreichen es in gemeingefährlicher Weise. Gemeinschaftliche Haftung gäbe es nicht. „Die Gemeinschaft bekomme die Rechnung des Einzelnen präsentiert. Kredite gegen eiserne Auflagen seien fromme Wünsche. Pleitestaaten wie Griechenland erpressen seit Jahren die Gemeinschaft unter Verweis auf die Ansteckungsgefahr, die sie verbreiten. Dagegen hilft auch nicht der „Rettungsfonds“ (EFSF), der dank deutscher Schusseligkeit überreich bestückt ist.

Was im griechischen Fall wiederum zwecklos ist: Die Rettungsmilliarden scheinen zu versikkern. Die Reformen greifen nicht, die Wirtschaft bricht so massiv zusammen, wie es sonst nur in Kriegen passiert. „Der Weg des nationalen Zögerns und Zauderns, der die Gemeinschaft an den Rand des Zerfalls bringen sollte, ist vorprogrammiert“, lautet Gammelins und Löws pessimistische Prognose. *Wolf Oschlies*

***Cerstin Gammelin, Raimund Löw: „Europas Strippenzieher – Wer in Brüssel wirklich regiert“**, Ullstein Buchverlage, Berlin 2014, gebunden, 384 Seiten, 19,99 Euro*



Amikinder und »brown babies«

250 000 Kinder zeugten Besatzungssoldaten mit deutschen Frauen nach dem Krieg – Ein Buch beschreibt ihre Schicksale

Wer in den Nachkriegsjahren im Süden oder Südwesten Deutschlands zur Schule ging, hatte häufig ein sogenanntes Besatzungskind in seiner Klasse. Zumindest an der Schule gab es fast überall diese Kinder, von denen man wusste, dass ihre Väter oft amerikanische oder französische (seltener britische) Soldaten waren. Diese Kinder wurden oft genug scheel angesehen, was sich bis zu offen gezeigter Abneigung steigerte, wenn es farbige Kinder waren, also wenn sie „Neger“ oder „Schwarzer“, wie es damals hieß, zum Vater hatten. „Amikind“ oder „brown babies“ waren noch die freundlichsten Ausdrücke, die sie hörten.

Die 1946 in Österreich geborene Autorin von „Wir Besatzungskinder. Töchter und Söhne alliierter Soldaten erzählen“ ist selbst die Tochter eines amerikanischen Soldaten. Erst an ihrem 52. Geburtstag erfuhr sie es durch Zufall, und hörte, dass ihr leiblicher Vater schon bald nach ihrer Geburt in die Staaten zurückkehrte und – wie in unzähligen anderen Fällen – Mutter und Kind sitzenließ.

Die intensive Suche nach ihm brachte sie dazu, sich generell für dieses Problem zu engagieren und in ähnlichen Fällen soweit möglich zu helfen. Aus dieser intensiven Arbeit entstand das vorliegende Buch. Nach heutigen Schätzungen gab es in den vier Besatzungszonen etwa 250 000 Besatzungskinder, in Österreich rund 20 000. Die in der sowjetischen Besatzungszone geborenen Kinder waren sehr oft das „Ergebnis“ brutaler Vergewaltigungen. In den westlichen Zonen war es, von Ausnahmen unmittelbar bei Kriegsende abgesehen, anders. Trotz des Fraternisierungsverbots durch die jeweiligen Militärverwaltungen kam es schon bald zu Kontakten zwischen Deutschen und Besatzern. Junge Frauen, oft nicht einmal 20 Jahre alt, erlebten bei ihren Kontakten mit den ebenfalls meist blutjungen Soldaten so etwas wie die erste große Liebe, die dann fast immer in Enttäuschung endete, weil im Falle der Geburt eines Kindes die jeweiligen Militärbehörden jegliche Verantwortung strikt ablehnten und weil oft genug die Soldaten schon wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren. Soziale Not, Stigmatisierung und Diskriminierung selbst seitens der eigenen Familien waren häufig die Folge.

Not, Stigmatisierung, Diskriminierung

Den persönlichen Schicksalen sind im Buch zwei Forschungsberichte britischer und deutscher Historikerinnen vorangestellt, die deutlich machen, wie lange dieses Thema in der Historiographie vernachlässigt wurde und welch großer Aufklärungsbedarf besteht, etwa über die Politik der einzelnen Besatzungsmächte – als einzige haben sich bisher die USA offiziell zur Mithilfe bei der Suche nach den Vätern bereiterklärt.

Die Autorin beschreibt in zwölf lebendig erzählten Berichten die Suche der heute selbst schon im Rentenalter stehenden Deutschen nach ihren leiblichen Vätern. Motiv ist fast immer der Wunsch endlich zu wissen, wer der Vater ist und was aus ihm wurde. Ein wenig hat man den Eindruck, die Autorin habe besonders solche Geschichten ausgesucht, die ein happy end haben, sei es, dass in einigen Fällen nach mitunter jahrelanger und detektivischer Suche tatsächlich der inzwischen hochbetagte Vater gefunden wurde und sich herzlich über „sein Kind“ freute, sei es, dass man noch Verwandte, vor allem weitere Kinder des Vaters, ausfindig macht, was dann zu überraschend glücklichen Gemeinsamkeiten führt. Ganz selten, den Schluss lässt zumindest dieses Buch zu, verhält sich die andere Seite ablehnend. Die Suche nach Vätern in Russland scheint dagegen fast aussichtslos zu sein.

Für Leser, die vor ähnlichen Fragen stehen, hält das Buch nützliche Hinweise zu Anlaufstellen in den USA, in Frankreich und in Großbritannien bereit. Die Autorin selbst hat sich seit zehn Jahren in der Organisation GItrace engagiert und schon bei über 200 Familienzusammenführungen geholfen.

Dirk Klose

***Ute Baur-Timmerbrink: „Wir Besatzungskinder. Töchter und Söhne alliierter Soldaten erzählen“**. Ch. Links Verlag, Berlin 2015; gebunden, 240 Seiten, 19,90 Euro*



Georg Hermanowski
Das Ermland – Im Herzen Ostpreußens
144 Farbfotos aus den 90er Jahren und einige historische S/W-Fotos von vor dem Krieg, lassen die Schönheiten des Ermlands wieder lebendig werden. Format 24 x 23 cm. 144 Seiten
Nr. P 1765 Gebunden 5,95 €

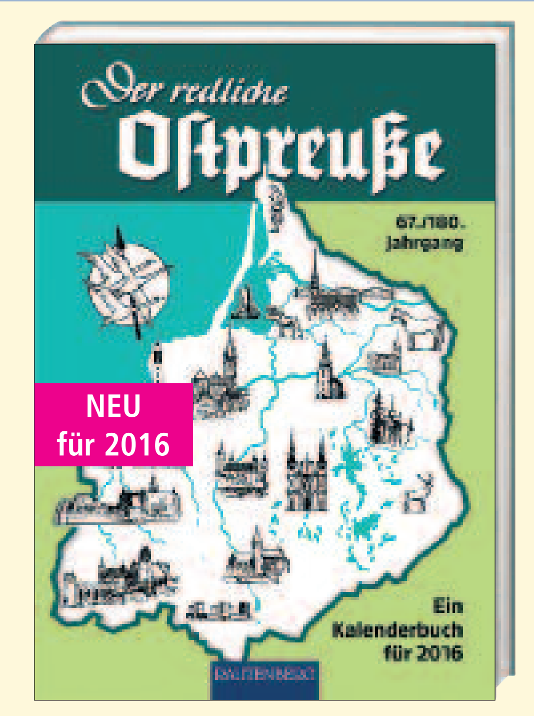
Nur noch wenige Exemplare
Früher € 12,95
Jetzt € 6,95

Ursula Unterweger und Wolf-Dietmar Unterweger
Blumensträuße aus Wiese, Feld und Wald
Großformatiger Bildband. 144 Seiten
Nr. P 575158 Geb. 6,95 €

Blumensträuße aus Wiese, Feld und Wald – ein Stück erlebte Natur harmonisch arrangiert, sachlich beschrieben führt uns zurück in die alte Bauernwelt. Die Bilder der Sträuße bezaubern durch ihren natürlichen Charme, sie sind unverwelklich, ein Geschenk, das das ganze Jahr über erfreut.
Ein weiteres Buch des Autorenehepaars Unterweger in der Reihe ihrer Naturbücher – genauso viel wert wie 100 Blumensträuße auf einmal. Zusammen mit seiner Frau Ursula hat Wolf-Dietmar Unterweger mittlerweile über 40 Bild- und Textbände veröffentlicht und rund 150 Kalender. Zahlreiche Ausstellungen – mit dem Schwerpunkt der bäuerlichen Kultur in Deutschland – zeigten seine Fotografien einem größeren Publikum.

Nur noch wenige Exemplare

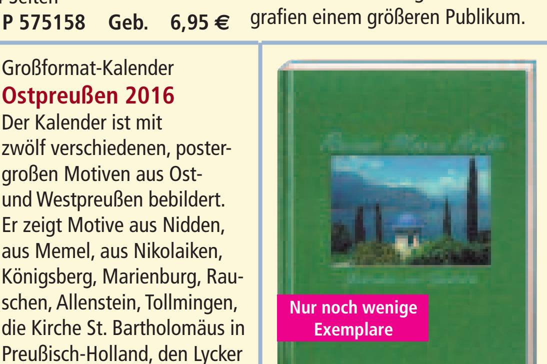
Ralf Freyer/Ernst-Otto Luthardt
Schlesien – in Gegenwart und Vergangenheit
Reisebildband im Querformat 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe) 331 farbige und S/W-Abbildungen auf 304 Seiten zeigen Schlesien in heutiger Zeit und wie es früher einmal war.
Nr. P 533150 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



Silke Osman (Hrsg.)
Der redliche Ostpreuße 2016
Ein Kalenderbuch für 2016
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2016, jetzt mit 144 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten und Architekten wie Theodor Gottlieb von Hippel d. Ä., Ruth Geede, Ferdinand Gregorovius, Alfred Brust, Hermann Scherchen, Heinrich Bromm, Johann Christoph Gottsched, Waldemar Rösler sowie Erzählungen und Gedichten von: Charlotte Keyser, Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Hildegard Rauschenbach, Walter Scheffler, Ruth Geede, Willy Kramp, Eva Maria Sirowatka, Ermina von Olfers-Batocki, Theodor Gottlieb von Hippel, Annemarie in der Au, Robert Roberthin, Ruth Maria Wagner, Ferdinand Gregorovius, Frieda Jung, Agnes Harder, Johann Daniel Falk u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 144 S.
Nr. P 533174 Gebunden 9,95 €

OSTPREUSSEN WESTPREUSSEN
NEU für 2016

Großformat-Kalender
Ostpreußen 2016
Der Kalender ist mit zwölf verschiedenen, postergroßen Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Nidden, aus Memel, aus Nikolaiken, Königsberg, Marienburg, Rauschen, Allenstein, Tollmingen, die Kirche St. Bartholomäus in Preußisch-Holland, den Lycker See in Lyck, Masuren, den Drewenzsee in Osterode und die ehemalige Ordensburg des Deutschen Ritterordens in Rhein. Das Kalendarium zeigt Mondphasen und die wichtigsten Feiertage an. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535383 27,95 €



Tina und Horst Herzig
Rainer Maria Rilke
Gedanken und Gedichte
Stimmungsvolle Fotografien mit Gedichten und Gedanken von Rainer Maria Rilke. Kleiner Fotogeschenkband. 48 Seiten
Nr. P 575653 Geb. 2,95 €

Weisheiten aus Japan
Nur noch wenige Exemplare

Klassische Weisheiten aus Japan
Mit der Bilderrolle „Amewakahiko no soshi“
Klassische Weisheiten aus Japan in einem kleinen handlichen Geschenkband. 64 Seiten
Nr. P 575233 Geb. 2,95 €



Die schönsten Volkslieder
Mit dem Notensatz der Singstimme
Die schönsten Volkslieder mit dem Notensatz der Singstimme in einem kleinen handlichen Geschenkband. 64 Seiten
Nr. P 575177 Geb. 2,95 €



Michael Welder
Schönes Pommern
Pommern, das Land am Meer, ist mit seinen herrlichen Stränden und Landschaften eine Perle des Ostens. In den einundsechzig Farbaufnahmen dieses Bildbandes wird Pommern in seiner landschaftlichen Vielseitigkeit porträtiert. 61 farbige Abbildungen. 60 Seiten
Nr. P 3030 Gebunden 4,95 €



Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2016
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535494 Kalender 14,95 €



Kalender Masuren in Farbe 2016
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Land der kristallenen Seen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535493 Kalender 14,95 €



Kalender Pommern in Farbe 2016
Mit 12 aktuellen Motiven aus Pommern, dem Land am Meer. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535495 Kalender 14,95 €



Harald Kohtz
Westpreußen – Land der unteren Weichsel
96 Farbfotos aus den 90er Jahren zeigen Westpreußen von Elbing bis Thorn, von Putzig bis Deutsch-Krone, von Schlochau bis Löbau und Danzig. Format 24 x 23 cm. 168 Seiten
Nr. P 2645 Gebunden 10,95 €



Kalender Schlesien in Farbe 2016
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535497 Kalender 14,95 €



Kalender Trakehner 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Trakehner-Pferden. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535492 Kalender 9,95 €



Kalender Elche 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Elchen, dem Wappentier Ostpreußens. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535467 Kalender 9,95 €



Otto Henning
Als Panzer- und Spähtruppführer in der Panzerlehrdivision 1943–1945
Mit der Panzeraufklärungslehrabteilung 130 in Ungarn, der Normandie und den Ardennen.
Anhand seiner ausführlichen Aufzeichnungen beschreibt Otto Henning seinen Einsatz als Panzer- und dann als Spähtruppführer beim Einmarsch seiner Division nach Ungarn, die Hölle der Invasionsschlachten in der Normandie, die Rückzugsgefechte durch Frankreich, den opfervollen Einsatz bei der Ardennenoffensive und den Endkampf seiner Einheit im Ruhrkessel. Von den US-Streitkräften gefangen genommen, wird er vom Lager auf den Rheinwiesen nach Frankreich in die Gefangenschaft abtransportiert. Der Bericht von seiner Flucht aus französischer Kriegsgefangenschaft und die glückliche Heimkehr in die von Russen besetzte Zone, schließen diesen authentischen und packenden Bericht ab.
98 S/W-Abbildungen. 256 Seiten.
Nr. P 575634 Gebunden Geb. 6,95 €



Kalender Riesengebirge in Farbe 2016
Mit 12 aktuellen Motiven aus dem Reich von Rübezahl, dem Riesengebirge. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535496 Kalender 14,95 €



Kalender Katzen 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Katzen und Kätzchen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535473 Kalender 9,95 €



Kalender Kühe 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Kühen. Spiralbindung Format 33 x 31 cm
Nr. P 535481 Kalender 9,95 €



Kalender Esel 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Eseln. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535469 Kalender 9,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Asylbewerber aus Athen

Stuttgart – Auf dem Stuttgarter Flughafen sorgt für Rätselraten, dass immer wieder Asylbewerber mit Linienmaschinen aus Athen anreisen. Dem Vernehmen nach schließen die Behörden nicht aus, dass die Personen, darunter Syrer und Albaner, in der griechischen Hauptstadt gar nicht kontrolliert worden sind. Andernfalls hätten sie dort gefälschte Papiere vorlegen und diese auf dem Flug vernichten müssen. *H.H.*

»Die Stimmung kippt extrem«

Stuttgart – In der Politik wächst die Sorge vor einem Stimmungsumschwung bei den Deutschen zum Thema Asyl. Gegenüber der „Schwäbischen Zeitung" äußerte ein baden-württembergischer Landtagsabgeordneter „hinter kaum vorgehaltener Hand": „Die Stimmung kippt gerade extrem." Er war soeben aus seinem Wahlkreis zurückgekehrt. Der Ministerpräsident des grün-rot regierten Landes, Winfried Kretschmann (Grüne), meint laut der Zeitung indes: „Das Boot ist nie voll." *H.H.*

ZUR PERSON

Gescheiterter Hoffnungsträger

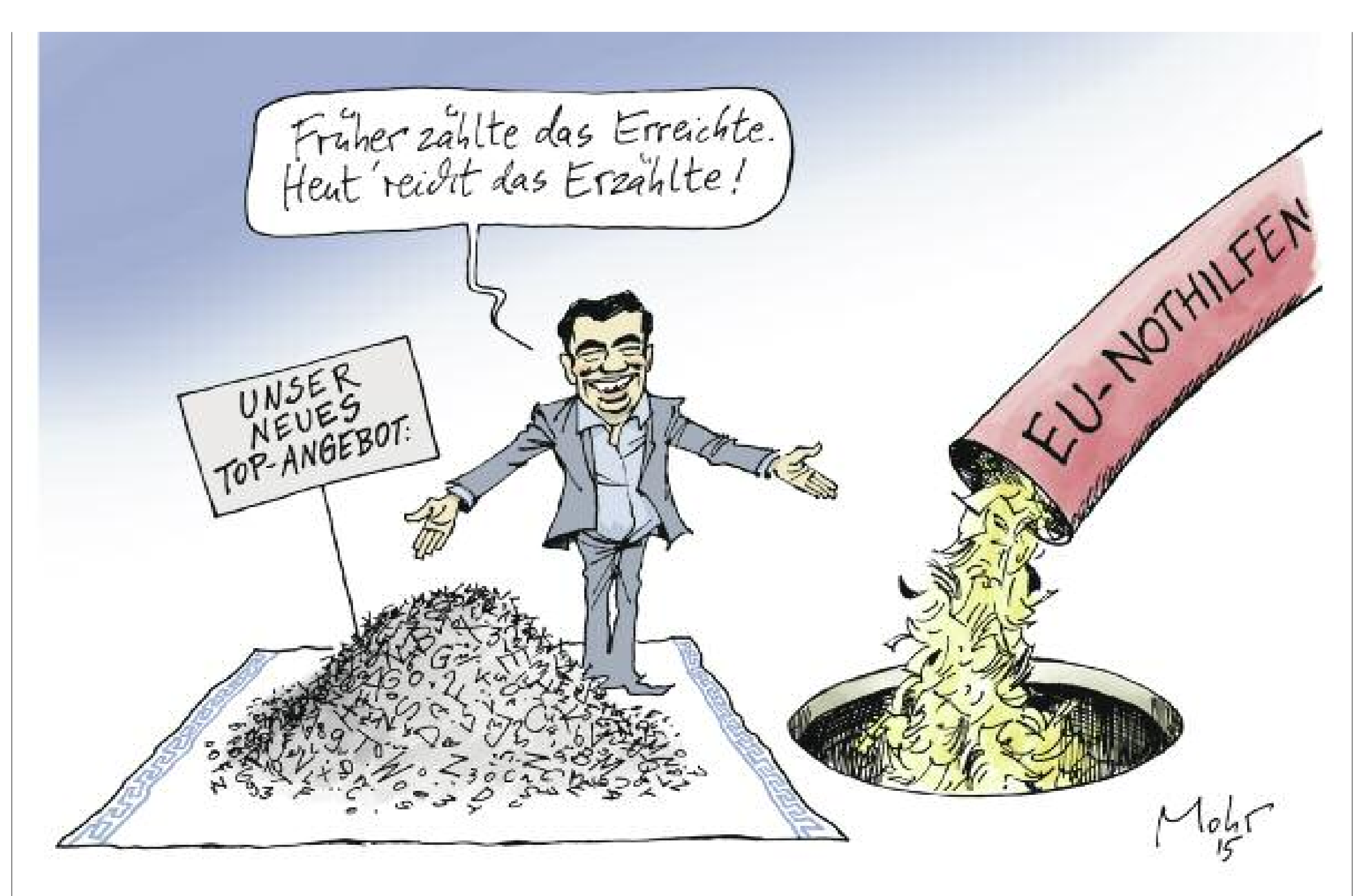
Plötzlicher Tod eines Hoffnungsträgers." So oder ähnlich waren viele der Nachrufe auf den verstorbenen CDU-Bundestagsabgeordneten **Philipp Mißfelder** überschrieben. Ein Hoffnungsträger war er nicht allein wegen seines blühenden Alters von 35 Jahren. Viele von der profillos gewordenen Union Enttäusche setzten auf den langjährigen Vorsitzenden der Jungen Union, vertrat er doch entschieden konservative Standpunkte.

Bereits 2007 meldete er sich in der parteiinternen Programmdebatte zu Wort und forderte die Rückkehr der CDU zu ihrem ursprünglichen konservativen Leitbild. „Mißfelder fordert Merkel heraus", hieß es in den Schlagzeilen, wenn er die Öffnung der CDU nach links, die Erosion bürgerlicher Werte und den Modernisierungskurs der Parteivorsitzenden kritisierte. Und er traute sich sogar, von „deutscher Leitkultur auf der Grundlage christlich-abendländischer Werte" zu sprechen. Auch in Sachfragen kam er manches Mal als erster aus



der sicheren Deckung. So schimpfte er über die Alleingänge der Bundesregierung bei der sogenannten Energiewende, bei Steuersenkungen und der „Euro-Rettung". Aufmerksamkeit erregte er, als er nach New York flog, um sich das deutsche Gold zeigen zu lassen, oder durch seine Teilnahme an einer Geburtstagsfeier für Altkanzler Gerhard Schröder in Sankt Petersburg, an welcher der mittlerweile geächtete Wladimir Putin teilnahm. Auch in Gewissensfragen zeigte er klare Kante. Trotz des Vorwurfs, ein Ewiggestriger zu sein, positionierte er sich klar gegen Abtreibung und für ein Verbot der Sterbehilfe.

Grundsätzlich bewirkt haben mag Mißfelder angesichts der Dominanz der Partei- und Parlamentsaltvorderen nicht viel. Mit manchem Vorstoß ist er auch kläglich gescheitert. Aber er hat wichtige Debatten eröffnet. *J.H.*



Tsipras wird Kult!

Wie »Dada« in die Politik kam, wie sich die Linke einen neuen Allende backt, und wie es sich am besten argumentieren lässt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Als Grieche hätte man dieser Tage allen Grund durchzudrehen. Hin- und hergeworfen zwischen unleistbaren Zahlungsverpflichtungen, uneinlösbaren Versprechen einer unseriösen Regierung und einer abstürzenden Wirtschaft singt die Tspiras-Regierung ein Potpourri, bei dem kein Takt mehr zum anderen passt: politischer „Dadaismus". „Dada" war eine wilde Kunstrichtung Anfang des 20. Jahrhunderts. Ihr Ziel war es, alle Konventionen, Traditionen, Institutionen und alles irgendwie Geregelte im Leben der Menschen und in der Welt der Kunst einzureißen.

Als „Dada" modern und damit gewissermaßen selbst zur Institution in der Kunst wurde, rief ein Pionier der Bewegung dazu auf, nun auch „Dada" einzureißen: Die Zerstörung musste sich notwendigerweise selbst zerstören, um als Kraft der gewollten Zerstörung glaubhaft zu bleiben.

Bekloppt, was? Ja, aber unausweichlich.

Alexis Tsipras' Rücktritt ist ebenso die unausweichliche Erfüllung seiner politischen Aufführung. Die Rolle, die er sich geschneidert hatte, zwingt ihn dazu, seine letzte Patrone auf sich selbst abzufeuern. Da sage noch einer, die heutigen Griechen könnten ihren antiken Ahnen nicht mehr das Wasser reichen. Das ist eine klassische Tragödie mit allem Pipapo!

Um das Drehbuch zu begreifen, müssen wir kurz in die Zeit vor dem Regierungsantritt von Tsipras zurückreisen. Damals herrschten in Athen die Parteifreunde der deutschen CDU/CSU und SPD, die in Hellas unter den Bannern der bürgerlichen Nea Dimokratia und der sozialdemokratischen Pasok segelten.

Deren Führer waren stolz auf ihre Duzbekanntschaften mit den Parteifreunden in den großen EU-Staaten wie Deutschland oder Frankreich und gaben daheim kräftig damit an. Die Griechen fanden das auch eine ganze Weile lang recht erbaulich: Unser Griechenland ist zwar klein und machtlos, aber unsere Politiker gehen mit den Mächtigen aus den großen Ländern einen saufen und sind mit ihnen „befreundet" – also sind auch wir trotzdem irgendwie auf Augenhöhe mit den Titanen Europas.

Aber dann drehte sich der Wind. Die Griechen empfanden diese Saufkumpanei plötzlich wie Verrat. Tsipras sah seine Chance und versprach ihnen das genaue Gegenteil: Nix mehr mit „Liebe Angela". Denen in Berlin und so weiter würde er was auf die Nase geben.

Damit war die Welt über Nacht eine andere geworden. Mit Tsipras' Vorgängern hatten Merkel und Co. nämlich ein geheimes Abkommen geschlossen: Ihr Griechen tut so, als sagtet ihr uns die Wahrheit, und wir tun so, als glaubten wir euch den Quatsch.

So hat man sich von Gipfelchen zu Gipfelchen gemogelt, doch gelogen – das war das Entscheidende – wurde immer im Chor. Jeder hatte seinen Text, keine scherte aus oder verhaspelte sich.

> Im Unterschied zu dem Chilenen wird der Grieche seinen Ruhm hienieden auskosten können

Alexis Tsipras hat das Lügnerkartell von Anfang an verraten. Außerdem stand er mit dem „auf die Nase geben" bei seinen Wählern im Wort. Das barg für ihn eine Gefahr: Jede Einigung mit den verhassten Euro-Partnern konnte ihm zu Hause als Desertion ausgelegt werden. Daher hat er stets in dem Moment, als eine der üblichen verlogenen Einigungen zum Greifen nahe schien, eine Stinkbombe unter den Verhandlungstisch geworfen. Er musste das machen, sonst hätten sie ihm auf den Straßen von Athen die Hölle heiß gemacht. Die dickste Bombe war schließlich die Volksabstimmung.

Da er sich kurz darauf wieder um 180 Grad drehte, ist Tsipras' Rücktritt die einzige, künstlerisch akzeptable Variante für einen Dada-würdigen Abschluss dieser großartigen griechischen Aufführung: Der Zerstörer zerstört sich am Ende selbst.

Das hat doch Klasse! Aber muss man den Tsipras nicht auch ein wenig bedauern? Ach was, als Privatmann stehen ihm wunderbare Jahre als wandelnde Legende bevor; überall wird man sich darum reißen, ihn für neunmalkluge Vorträge mit Geld überschütten zu dürfen. Wir wissen schließlich, was rote Legendenschmieden fertigbringen. Die haben aus Terror-Lenin den guten Mann von Petrograd gemacht und aus Fidel Castro den Befreier und Beglücker seines Volkes.

Alexis Tsipras werden sie zu einem europäischen Allende hochjubeln. Jener chilenische Präsident stürzte sein Land Anfang der 1970er Jahre ins wirtschaftliche Chaos. Auf den Straßen herrschten linke Horden, die hemmungslos vom Faustrecht Gebrauch machten und das Bürgertum malträtierten.

Dann putschte ihn der (Allende anfangs zugeneigte) General Augusto Pinochet aus dem Amt, der Präsident erschoss sich bei den Kämpfen um seinen Amtssitz. Gleich darauf wurde der Mann mit dem Vornamen Salvador, zu Deutsch: Erlöser, in den Pantheon der roten Säulenheiligen aufgenommen, in Deutschland sind Straßen und Plätze nach ihm benannt. Das kann auch Tsipras gelingen. Vielleicht nicht das mit den Straßen und den Plätzen, dafür aber kann er seinen Glanz hienieden auskosten, was seinem chilenischen Genossen verwehrt blieb.

Dass die Sterne günstig stehen für einen Tsipras-Kult liegt auch daran, dass im Moment dringender Bedarf besteht für eine lebende linke Lichtgestalt. Alle anderen, die für die Rolle in Frage kämen, sind nämlich recht schal geworden.

Der Klassiker Fidel Castro ist ebenso gebrechlich wie seine marode Volksrepublik, sein nunmehr regierender Bruder Raúl obendrein strunz langweilig. Boliviens Evo Moráles ist einfach zu bäurisch und Koreas Kim Jong-Un – nun hören Sie aber auf! Der einstige mittelamerikanische Star-Marxist Daniel Ortega verschachert sein Nikaragua gerade an chinesische Brutalo-Kapitalisten und in Afrika ist schon lange kein linker Staatschef mehr gesehen worden, mit dem sich die Weltlinke gern öffentlich sehen ließe. Bliebe noch Venezuela, das mit dem Amtsantritt von Hugo Chávez zum neuen Sehnsuchtsort auch der deutschen Linken aufstieg. Chávez ist aber tot, und sein Nachfolger Nicolás Maduro hat mit den typischen Folgen sozialistischer Misswirtschaft zu kämpfen.

Venezuela ist eigentlich steinreich, weil mit riesigen Ölvorkommen gesegnet. Trotzdem haben es die Sozialisten geschafft, das Land ins Fiasko zu steuern mit Maßnahmen wie beispielsweise dieser hier: Um sich die Zustimmung des ärmeren Bevölkerungsteils zu angeln und zu sichern, befand Chávez, dass die Lebensmittelpreise zu hoch seien. Daher ließ er staatliche Verkaufsstellen überall im Land errichten, wo günstige, weil subventionierte Nahrungsmittel angeboten werden.

Mit denen konnten die privaten Supermärkte nicht konkurrieren, und schlimmer noch: Die Preise sind so niedrig, dass die Bauern die Lebensmittel dafür nicht mehr kostendeckend (geschweige denn gewinnbringend) herstellen können. Folge ist, dass der Einzelhandel zusammenbrach und die Bauern ihre Produktion auf Eigenbedarf herunterfuhren. Nun fehlt es an allem, Schlangestehen dominiert das Straßenbild des Landes. Verstaatlichungsorgien taten ihr Übriges dafür, dass die Versorgung kollabierte. Die Welt lachte schon vor Jahren über die Meldung, dass in Venezuela kein Klopapier mehr zu kaufen war. Es tut uns ja leid, aber in einen derart ruinösen Hintergrund lässt sich auch mit aller demagogischen Finesse kein roter Volksheld hinein pinseln.

Tsipras dagegen ist ideal. Der wird so kurz am Ruder gewesen sein, dass die gesamte Märchenerzählung aus nichts als „hätte" und „wäre" besteht – „hätte" er sich durchgesetzt, „wäre" heute alles viel, viel besser. Denn nur dann laufen Sozialisten zur agitatorischen Hochform auf: Wenn sie die holprige Praxis der fehlerhaften Marktwirtschaft runterputzen können, indem sie sie der strahlenden Theorie ihres marxistischen Wolkenkuckucksheims gegenüberstellen. Tsipras-Jünger, unsere Talkshows gehören euch!

MEINUNGEN

*Der aus der AfD ausgetretene Volkswirtschaftsprofessor **Joachim Starbatty bezweifelt** im „Donaukurier" (7. Juli), dass eine **unnachgiebige Haltung gegenüber Athen** zu **negativen Folgen** für Europa führen würde, wie von der griechischen Regierung angedroht:*

„In der wirtschaftswissenschaftlichen Denkrichtung der Spieltheorie, für die diese (griechische) Regierung ja ein besonderes Faible hat, nennt man dieses Verhalten ‚chicken game': Man rennt aufeinander zu, für den Fall eines Zusammenstoßes drohen schlimme Folgen – und wer zuerst die Nerven verliert und ausweicht, ist das ängstliche, schwache Hühnchen. Aber Europa darf sich von dieser griechischen Regierung auf keinen Fall einschüchtern oder erpressen lassen."

***Holger Steltzner** verwahrt sich in der „Frankfurter Allgemeinen" (13. Juli) gegen den **Vorwurf**, die Kritiker der **Euro-Rettungspolitik** seien Gegner der **europäischen Einigung**:*

„Die meisten Kritiker ... wollen den Zusammenhalt und den Erfolg für Europa. Deswegen kritisieren sie das Retten um jeden Preis, deshalb sind sie gegen die Anbetung des Euros. Denn sie sehen, dass der Euro die Währungsunion und die EU spaltet, dass die Eurozwangsjacke bei divergierenden Volkswirtschaften nicht jedem Land passt und dass die EU attraktiver war, als alle vom gemeinsamen Binnenmarkt profitierten."

*Der Kommentator der „Basler Zeitung" (13. Juli), **Markus Somm**, gibt **Merkels** Politik des Nichtentscheidens und „Weiterwurstelns" eine **Hauptschuld am Griechen-Drama** und fragt sich, was die Deutschen dazu sagen:*

„Man hat Milliarden in der Ägäis versenkt – und nichts dafür bekommen, ausser Hass und Spott und eine linksextreme Regierung. Ob sich die Deutschen dessen bewusst sind? Ob sie Angela Merkel je dafür zur Rechenschaft ziehen?"

***Silke Wettach** zeigt sich in der „Wirtschaftswoche" (13.Juli) sehr **pessimistisch**, was die **neueste Einigung** der Euro-Staaten mit Griechenland angeht:*

„Tsipras war in den vergangenen Wochen gut für viele Kehrtwenden. Aber dass ausgerechnet er seine Landsleute dazu bringen wird, das Programm zu akzeptieren, ist nicht abzusehen. Nichts deutet darauf ... Vieles von dem, was nun von Griechenland gefordert wird, steht seit Jahren auf der Reformliste. Es gibt keinen Grund für Tsipras die Schritte nun wie gefordert umzusetzen. Die nächsten Krisentreffen könnten schon bald anstehen."

***Hugo Müller-Vogg** steht offenbar recht fassungslos vor der Tatsache, dass sich **Hellas' Regierung** wieder hat **durchmogeln** können. Im Netzportal „Tichys Einblick" (13. Juli) resümiert er:*

„Bei allem fragt man sich: Will Tsipras die eigene Bevölkerung auf den Arm nehmen oder die Steuerzahler der restlichen 18 Euro-Länder? Im Zweifelsfall beides. Und das Schlimmste: Er wird damit wohl durchkommen. Wo ein Wille ist, sich hinters Licht führen zu lassen, findet sich auch ein Weg – auch im Bundestag."